

Handbuch des Kartellrechts

Wiedemann

5. Auflage 2026
ISBN 978-3-406-79781-1
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Wiedemann
Handbuch des Kartellrechts



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Handbuch des Kartellrechts

Herausgegeben von

Prof. Dr. Gerhard Wiedemann

Rechtsanwalt in Düsseldorf

Honorarprofessor an der Universität Rostock

Bearbeitet von

Dr. Niklas Brüggemann, Hauptverwaltungsrat der Europäischen Kommission, Brüssel;
Holger Dieckmann LL. M. (Harvard), Hauptverwaltungsrat a. D. der Europäischen Kommission, Berlin; *Dr. Rüdiger Dohms*, stellv. Referatsleiter, Europäische Kommission, Brüssel; *Christian Ewald*, Leitender Regierungsdirektor, Bundeskartellamt, Bonn;
Dr. Florian C. Haus, Rechtsanwalt in Bonn; *Hans-Joachim Hellmann LL. M. (Miami)*, Rechtsanwalt in Mannheim; *Silke Hossenfelder*, Direktorin beim Bundeskartellamt, Bonn; *Dr. Christoph Hölken*, Oberregierungsrat, Bundeskartellamt, Bonn;
Prof. Dr. Volker Michael Jänich, Richter am OLG, Friedrich-Schiller-Universität Jena;
Prof. Dr. Wolfgang Kirchhoff, Vors. Richter am Bundesgerichtshof a. D., Karlsruhe;
Prof. Christian Klawitter, Rechtsanwalt in Hamburg; *Dr. Tobias Klose*, Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Dr. Ulrich Klumpp*, Rechtsanwalt in Stuttgart; *Dr. Martin Klusmann*, Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Prof. Dr. Andrea Lohse*, Richterin am OLG a. D., Ruhr-Universität Bochum; *Prof. Dr. Thomas Lübbig*, Rechtsanwalt in Berlin; *Hartwig Ollerdißén*, Vors. Richter am Landgericht a. D., Düsseldorf; *Dr. Julian Alexander Sanner*, Rechtsanwalt in Köln;
Dr. Denis Schlimpert LL.M. (Univ. Paris 1 Panthéon-Sorbonne), Rechtsanwalt in Hamburg;
Hans-Helmut Schneider, Leitender Regierungsdirektor, Bundeskartellamt, Bonn;
Dr. Markus Schöner M. Jur. (Oxford), Rechtsanwalt in Hamburg; *Marieke Scholz*, Stellv. Referatsleiterin, Europäische Kommission, Brüssel; *Dr. Ulrich Scholz LL. M. (Tulane)*, Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Prof. Dr. Dirk Schroeder (†)*, zuletzt Rechtsanwalt in Köln;
Dr. Michael Schütte, Rechtsanwalt i. R., Lenzerheide; *Prof. Dr. Daniela Seeliger LL. M. (King's College, London)*, Rechtsanwältin in Düsseldorf; *Dr. Till Steinvorth*, Rechtsanwalt in Hamburg; *Prof. Dr. Stefan Thomas*, Universität Tübingen; *Dr. Markus Wagemann*, Direktor beim Bundeskartellamt a. D., Bonn; *Prof. Dr. Gerhard Wiedemann*, Rechtsanwalt in Düsseldorf;
Dr. Gunnar Wolf LL.M. (Berkeley), Europäische Kommission, Brüssel

5., neu bearbeitete Auflage
2026



Zitiervorschlag entsprechend der Beck'schen Redaktionsrichtlinie:
Wiedemann KartellR-HdB/Lohse § ... Rn. ...


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG
beck.de

ISBN 978 3 406 79781 1

© 2026 Verlag C. H. Beck GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de

Satz, Druck und Bindung: Druckerei C.H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Umschlag: Druckerei C.H. Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur 5. Auflage

Seit der 2020 erschienenen 4. Auflage des Handbuchs hat das Kartellrecht mehrere wichtige Änderungen erfahren, die eine Aktualisierung des Werkes erforderlich machen. Für das deutsche Kartellrecht sind hier insbesondere die 10. GWB-Novelle (2021) und die 11. GWB-Novelle (2023) zu nennen. Die 10. Novelle („GWB-Digitalisierungsgesetz“) enthielt neben der Umsetzung der ECN-Plus-Richtlinie (EU) Nr. 2019/1 mehrere Änderungen, mit denen auf die akuten Herausforderungen der Digitalwirtschaft reagiert werden sollte. Im Mittelpunkt dieser Regelungen stand der neugefasste Missbrauchstatbestand gemäß §§ 18, 19 GWB und die Einführung einer speziellen Missbrauchsaufsicht über Unternehmen mit überragender marktübergreifender Bedeutung für den Wettbewerb („Umümb“) im neuen § 19a, mit der insb. die „großen Digitalkonzerne“ kontrolliert werden sollen (s. dazu den neuen § 25 des Handbuchs). Eine weitere wichtige Neuregelung findet sich in der Vorschrift zur Missbrauchsaufsicht über Unternehmen mit relativer oder überragender Marktmacht (§ 20 GWB). Dort wurde ein Datenzugangsrecht geschaffen, und zwar für Unternehmen, die für die eigene Tätigkeit auf den Zugang zu Daten angewiesen sind, die von einem anderen Unternehmen kontrolliert werden. Ferner wurde in § 20 Abs. 3a GWB ein Eingriffstatbestand eingeführt, der durch frühzeitige Eingriffsmöglichkeiten das sogenannte Tipping von Märkten verhindern soll (dazu jeweils in § 26). Aber auch die deutsche Fusionskontrolle wurde in wichtigen Punkten geändert, und zwar einerseits durch eine Heraufsetzung der Umsatzschwellenwerte bei der Anwendbarkeit, andererseits durch eine Herabsetzung dieser Schwellenwerte für Zusammenschlüsse in bestimmten wettbewerbslich gefährdeten Wirtschaftszweigen (§ 39a aF, heute § 32f Abs. 2 GWB, dazu § 19 sowie § 51 des Handbuchs). Die 11. Novelle („Wettbewerbsdurchsetzungsgesetz“) führte im Zusammenhang mit einer Neuregelung der Sektoruntersuchungen zu einer Ausweitung der Eingriffsmöglichkeiten der Kartellbehörde nach abgeschlossenen Verfahren; dazu zählt neben der Schaffung von Abhilfemaßnahmen bei erheblichen und fortwährenden Störungen des Wettbewerbs die – gelegentlich als Paradigmenwechsel bezeichnete – Einführung einer missbrauchsunabhängigen Entflechtung als ultima ratio (§ 32f Abs. 4 GWB). Als weitere Neuerung ist die Effektivierung der Vorteilsabschöpfung (§ 34 GWB) zu nennen (dazu jeweils § 51 des Handbuchs).

Auch im Unionskartellrecht gab es wichtige Änderungen bzw. Neuerungen. Hier sind in erster Linie die neugestaltete Vertikal-GVO (2022) (dazu § 11) und die geänderten Horizontal-GVOs für F&E-Kooperationen und für Spezialisierungsvereinbarungen (2023) (dazu §§ 8, 9) zu nennen. In der Fusionskontrolle gab es zwar keine Novellierung der bestehenden Verordnung, wohl aber neue Leitlinien zu Art. 22 FKVO, die eine Verweisung von kleinen Zusammenschlüssen durch die Kartellbehörden der Mitgliedstaaten an die Kommission auch in Fällen zuließen, in denen weder die EU- noch die nationalen Umsatzschwellenwerte erfüllt sind; diese neue Praxis der Kommission hat der EuGH allerdings in *Illumina/Grail*-Urteil vom September 2024 als rechtswidrig angesehen (dazu § 17). Einen rechtspolitischen Meilenstein stellt das Ende 2022 in Kraft getretene Gesetz über digitale Märkte (Digital Markets Act/DMA) dar, das das klassische Wettbewerbsrecht der Art. 101, 102 AEUV in einem umfangreichen, auf große Digitalunternehmen zugeschnittenen Regulierungswerk ergänzt (dazu § 23 des Handbuchs). Die seit Anfang 2023 geltende neue VO (EU) 2022/2560 über den Binnenmarkt verzerrende Drittstaatsbeihilfen mit ihrer fusionskontrollähnlichen Anmeldepflicht nebst Vollzugsverbot wird im Handbuch vorgestellt, aber wegen ihres Charakters als Sonderregelung nicht im Einzelnen erläutert.

Unser Handbuch ist weiterhin ein Werk von Praktikern für Praktiker. Im Autorenkreis hat es einige Wechsel gegeben. So sind Frau Julia Topel und Herr Dr. Hans-Dieter Lübbert

aus dem Bearbeiterkreis ausgeschieden. Ihnen ist an dieser Stelle für die seit dem erstmaligen Erscheinen des Handbuches geleisteten Beiträge herzlich zu danken. Darüber hinaus sind bei mehreren Abschnitten Bearbeiterteams gebildet worden. Dafür ist der Kreis der Autoren durch die Herren Prof. Dr. Volker Michael *Jänich* (zum Kapitel Lizenzverträge), Dr. Florian *Haus* (zur Missbrauchsaufsicht nach § 19 GWB), Dr. Denis *Schlimpert* (ebenfalls zur Missbrauchsaufsicht nach § 19 sowie zu § 20 GWB), Dr. Niklas *Brüggemann* (zum EU-Verfahrensrecht) und Dr. Ulrich *Klump* (zum deutschen Kartellverwaltungsrecht) erweitert worden. Dem DMA wurde ein eigenes Kapitel gewidmet, das von Frau Marieke *Scholz* und Herrn Dr. Gunnar *Wolf* (beide aus der EU-Kommission) erstellt wurde. Darüber hinaus wurde der Bearbeiterkreis durch Frau Silke *Hossenfelder* und Herrn Dr. Christoph *Hölken* aus dem BKartA ergänzt, die das Kapitel zur besonderen Missbrauchsaufsicht nach § 19a GWB beigesteuert haben. Als neue Autorin konnte außerdem Frau Prof. Dr. Andrea *Lohse* gewonnen werden, die – aufbauend auf der früheren Bearbeitung von Frau Topel – den Abschnitt über die zivilrechtlichen Sanktionen im deutschen Kartellrecht neu erstellt hat. Unser langjähriger und besonders geschätzter Mitautor Prof. Dirk *Schroeder* ist im Februar letzten Jahres für die Kartellrechtsfamilie unerwartet und viel zu früh verstorben. Er hatte seinen Beitrag für die Neuauflage noch selbst erstellt; eine behutsame Nachbearbeitung und Aktualisierung insbesondere im Hinblick auf die Sport-Urteile des EuGH vom Dezember 2023 hat freundlicherweise sein Partner Dr. Julian Alexander *Sanner* übernommen.

Der Autorenkreis setzt sich somit auch in der 5. Auflage im Wesentlichen aus Angehörigen der Richterschaft, Beamten des Bundeskartellamtes und der Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission sowie aus auf das Kartellrecht spezialisierten Rechtsanwälten zusammen. Die Ausführungen der Beamten geben nur ihre persönliche Meinung wieder, die nicht notwendigerweise die Sicht des BKartA oder der Europäischen Kommission widerspiegelt. Die Darstellung des Stoffes erfolgt nach den Themenkomplexen, die die Praxis vorgibt und die, wo immer es zweckmäßig erschien, entsprechend dem „integrierten“ Ansatz des Handbuches sowohl nach deutschem als auch nach Unionskartellrecht behandelt werden. Dies gilt – neben der Einleitung (§§ 1–7) – insbes. für die materiellrechtlichen Ausführungen zu den Themenkreisen Wettbewerbsbeschränkungen zwischen Konkurrenten (§§ 8, 9), vertikale Wettbewerbsbeschränkungen, insbesondere im Vertrieb (§§ 10–13), und Lizenzverträge (§ 14). Bei der Fusionskontrolle sind das deutsche Recht und die EG-Fusionskontrollverordnung alternativ anwendbar; sie werden daher auch separat behandelt (§§ 15–17, 18–21). Daneben treten mit der Missbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen (Art. 102 AEUV sowie § 19 GWB) und die sogenannten „UmüB“ (§ 19a GWB) sowie dem verbotenen Verhalten von Unternehmen mit relativer oder überlegener Marktmacht (§§ 22–28) weitere praxisrelevante Themen. Die Erläuterung des Gesetzes über digitale Märkte (DMA) wurde sachlich in diesen Abschnitt eingegliedert (§ 23). Den zweiten Schwerpunkt des Handbuches (§§ 32–36) bilden mehrere Sonderbereiche, für die zum Teil spezielle kartellrechtliche Vorschriften gelten, nämlich die Landwirtschaft, Versicherungen und Banken, Energie und die öffentlichen Unternehmen iSd. Art. 106 AEUV. Den dritten Hauptteil bilden schließlich Beiträge zu den Themen Sanktionen, Verfahren und Rechtsmittel im deutschen und im Unionskartellrecht (§§ 40–58) sowie zu den Besonderheiten des Kartellzivilprozesses (§§ 59–64).

Die Ausrichtung an den Bedürfnissen der Praxis ermöglicht und verlangt eine Konzentration auf das Wesentliche. Damit erklären sich bei weniger bedeutsamen Nebenfragen vereinzelte Lücken, die interessierte Leser/-innen unschwer entdecken werden. Das Ziel, ein kompaktes einbändiges Werk vorzulegen, rechtfertigt jedoch nach Auffassung von Verlag und Herausgeber diese Beschränkung. Maßgebend für das Konzept des Handbuches ist weiterhin die Orientierung an der Rechtsprechung und der Entscheidungspraxis der Kartellbehörden, was eigene Stellungnahmen nicht ausschließt. Wer eine Vertiefung von Einzelfragen wünscht, findet in aller Regel Hinweise auf weiterführende Literatur. Zur Konzentration auf das Wesentliche gehört schließlich der Verzicht auf einen Textanhang.

Die Aufnahme der Texte des deutschen und des Unionskartellrechts hätte den Umfang des Werkes erheblich erweitert, ohne dass den Leserinnen und Lesern damit etwas Neues geboten worden wäre. Der wesentliche Inhalt der gesetzlichen Regelungen wird ohnehin in den Erläuterungen wiedergegeben.

Die Ausführungen befinden sich überwiegend auf dem Stand von Herbst 2024. Bis zum Frühjahr 2025 konnten noch einzelne neue Entwicklungen nachgetragen werden, zB zur Praxis bei § 19a GWB.

Der Herausgeber dankt allen Autoren/-innen für ihre Tätigkeit, die sie wiederum ganz überwiegend neben ihrem ausgefüllten normalen Berufsalltag leisten mussten. Für die umsichtige verlagsseitige Betreuung des Werkes ist dem Lektorat herzlich zu danken.

Im Falle von Unzulänglichkeiten oder bei Verbesserungsvorschlägen ergeht an die Leser/-innen die Bitte, Kontakt mit den Autoren oder dem Herausgeber aufzunehmen. Jede Anregung und jeder Hinweis sind willkommen.

Düsseldorf, im Juli 2025

Gerhard Wiedemann





beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 5. Auflage	V
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XCI
Allgemeines Literaturverzeichnis	CVII

1. Kapitel. Einleitung

§ 1 Regelungszweck und Rechtsquellen (<i>Wiedemann</i>)	1
§ 2 Grundzüge des EU-Kartellrechts (<i>Wiedemann</i>)	56
§ 3 Grundzüge des deutschen Kartellrechts (<i>Wiedemann</i>)	94
§ 4 Persönlicher, sachlicher und räumlicher Geltungsbereich (<i>Wiedemann</i>)	123
§ 5 Internationales Kartellrecht (<i>Wiedemann</i>)	134
§ 6 Das Verhältnis der EU-Wettbewerbsregeln zu anderen Rechtsordnungen (<i>Wiedemann</i>)	199
§ 7 Grundzüge der Wettbewerbsökonomie (<i>Ewald</i>)	223

2. Kapitel. Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen zwischen Konkurrenten (horizontale Vereinbarungen)

§ 8 Rechtsgrundlagen (<i>Lübbig</i>)	373
§ 9 Einzelfragen (<i>Schroeder/Lübbig/Sanner</i>)	471

3. Kapitel. Wettbewerbsbeschränkungen in Vertriebsverträgen und andere vertikale Wettbewerbsbeschränkungen

§ 10 Einleitung und Rechtsgrundlagen (<i>Kirchhoff</i>)	621
§ 11 Die Beurteilung der verschiedenen Arten von Vertriebsverträgen unter besonderer Berücksichtigung der Vertikal-GVO 2022/720 und der dazu erlassenen Leitlinien (<i>Kirchhoff/Seeliger</i>)	633
§ 12 Einflussnahme auf Preise und Geschäftsbedingungen (<i>Kirchhoff</i>)	803
§ 13 Sonstige vertikale Beschränkungen (<i>Kirchhoff/Seeliger</i>)	817

4. Kapitel. Lizenzverträge

§ 14 EU- und deutsches Kartellrecht (<i>Klawitter/Jänich</i>)	825
---	-----

5. Kapitel. Fusionskontrolle

1. Abschnitt. Die EG-Fusionskontroll-Verordnung

§ 15 Anwendungsbereich und Zusammenschlusstatbestand (<i>Wagemann/ Wiedemann</i>)	913
§ 16 Die materielle Beurteilung von Zusammenschlüssen (<i>Wagemann/ Wiedemann</i>)	1001
§ 17 Das Verfahren (<i>Wagemann</i>)	1115

2. Abschnitt: Die deutsche Fusionskontrolle (§§ 35 ff. GWB)

§ 18 Einleitung (<i>Steinvorth</i>)	1217
§ 19 Formelle Fusionskontrolle (<i>Steinvorth</i>)	1223
§ 20 Materielle Fusionskontrolle (<i>Steinvorth</i>)	1319
§ 21 Fusionskontrollverfahren (<i>Steinvorth</i>)	1434

6. Kapitel. Marktmissbrauch durch Unternehmen mit marktbeherrschender Stellung und überragender marktübergreifender Bedeutung für den Wettbewerb sowie Torwächter-Verpflichtungen im Gesetz über digitale Märkte

§ 22	Das Verbot des Missbrauchs marktbeherrschender Stellungen im EU-Kartellrecht (Art. 102 AEUV) (<i>M. Scholz</i>)	1519
§ 23	Das Gesetz über digitale Märkte (Digital Markets Act, DMA) (<i>M. Scholz / G. Wolf</i>)	1649
§ 24	Das Verbot des Missbrauchs marktbeherrschender Stellungen im deutschen Kartellrecht (§ 19 GWB) (<i>Schlimpert/Schöner; Wiedemann/Haus</i>)	1712
§ 25	Missbräuchliches Verhalten von Unternehmen mit überragender marktübergreifender Bedeutung für den Wettbewerb (§ 19a GWB) (<i>Hossenfelder/Hölken</i>)	1889

7. Kapitel. Verbotenes Verhalten von Unternehmen mit relativer oder überlegener Marktmacht (§ 20 GWB)

§ 26	Das Missbrauchsverbot für marktstarke Unternehmen (§ 20 GWB) – Anspruchsvoraussetzungen (<i>Schlimpert/Schöner</i>)	1937
§ 27	Rechtsfolgen des § 20 GWB (<i>Schlimpert/Schöner</i>)	1971
§ 28	Konkurrenzen zu § 20 GWB (<i>Schlimpert/Schöner</i>)	1979
§§ 29–31	(<i>unbelegt</i>)	1981

8. Kapitel. Sonderregelungen für bestimmte Sektoren

§ 32	Landwirtschaftliche Erzeugnisse (<i>M. Scholz</i>)	1983
§ 33	Versicherungen und Banken (<i>Schneider</i>)	2004
§ 34	Energiewirtschaft (<i>U. Scholz</i>)	2087
§ 35	Unternehmen nach Art. 106 AEUV (<i>Dohms</i>)	2235
§ 36	Die Behandlung von EGKS-Altfällen (<i>Thomas</i>)	2477
§§ 37–39	(<i>unbelegt</i>)	2481

9. Kapitel. Sanktionen, Verfahren und Rechtsmittel im EU-Kartellrecht

§ 40	Die zivilrechtlichen Sanktionen eines Verstoßes gegen Art. 101 und 102 AEUV (<i>Dieckmann/Brüggemann</i>)	2483
§ 41	Grundsätze des Verwaltungsverfahrens in Wettbewerbsachen (<i>Dieckmann/Brüggemann</i>)	2498
§ 42	Die Ermittlungsbefugnisse der Kommission (<i>Dieckmann/Brüggemann</i>)	2533
§ 43	Der Antrag auf Negativattest und die Anmeldung von Vereinbarungen mit dem Ziel der Freistellung (<i>Dieckmann/Brüggemann</i>)	2556
§ 44	Das rechtliche Gehör im Verwaltungsverfahren (<i>Dieckmann/Brüggemann</i>) ...	2557
§ 45	Der Abschluss des Verfahrens durch Entscheidung und andere Maßnahmen (<i>Dieckmann/Brüggemann</i>)	2577
§ 46	Geldbußen und Zwangsgelder (<i>Hellmann</i>)	2591
§ 47	Beschwerden (<i>Dieckmann/Brüggemann</i>)	2674
§ 48	Einstweilige Maßnahmen (<i>Dieckmann/Brüggemann</i>)	2685
§ 49	Rechtsmittel im EU-Kartellrecht (<i>Schütte/Thomas</i>)	2688

10. Kapitel. Sanktionen, Verfahren und Rechtsmittel im deutschen Kartellrecht

1. Abschnitt. Zivilrecht

§ 50 Zivilrechtliche Sanktionen (<i>Lohse</i>)	2851
--	------

2. Abschnitt. Verwaltungsrecht

§ 51 Entscheidungsbefugnisse der Kartellbehörden und Vorteilsabschöpfung (<i>Klose/Klumpp</i>)	2943
§ 52 Ermittlungsbefugnisse der Kartellbehörden (<i>Klose/Klumpp</i>)	2983
§ 53 Kartellverfahrensrecht (GWB, VwGO, VwVfG, VwZG, VwVG) (<i>Klose/Klumpp</i>)	3020
§ 54 Rechtsmittel gegen Entscheidungen der Kartellbehörden (<i>Klose/Klumpp</i>) ..	3078

3. Abschnitt. Ordnungswidrigkeitenrecht und Strafrecht

Vorbemerkung zu §§ 55–58 (<i>Klusmann</i>)	3133
§ 55 Ordnungswidrigkeitenrecht (<i>Klusmann</i>)	3134
§ 56 Kartellstrafrecht (§§ 263 und 298 StGB) (<i>Klusmann</i>)	3192
§ 57 Verfahrensrecht (<i>Klusmann</i>)	3207
§ 58 Rechtsmittel im OWiG-Verfahren (<i>Klusmann</i>)	3308

11. Kapitel. Kartellzivilprozesse

§ 59 Einführung, Rechtsweg, Zuständigkeit (<i>Ollerdießen</i>)	3321
§ 60 Zivilprozess und Europäisches Kartellrecht (<i>Ollerdießen</i>)	3354
§ 61 Zivilprozessualer Rechtsschutz in Kartellsachen (ohne Kartellschadensersatzprozesse) (<i>Ollerdießen</i>)	3372
§ 62 Kartellschadensersatzprozesse (<i>Ollerdießen</i>)	3378
§ 63 Informationsbeschaffung und Zugang zu Beweismitteln (<i>Ollerdießen</i>)	3416
§ 64 Kartellrecht und Schiedsverfahren (<i>Ollerdießen</i>)	3454

Sachverzeichnis	3467
-----------------------	------



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 5. Auflage	V
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XCI
Allgemeines Literaturverzeichnis	CVII

1. Kapitel. Einleitung

§ 1 Regelungszweck und Rechtsquellen

A. Ziele und Mittel des Kartellrechts	3
B. Rechtsquellen des Unionskartellrechts	7
I. Die Wettbewerbsregeln des AEU-Vertrages	7
1. Die primärrechtlichen Verbote (Art. 101 ff. AEUV)	7
2. Die EG-Fusionskontrollverordnung des Rates	7
3. Die Durchführungs-Verordnungen des Rates zu Art. 101, 102 AEUV	8
a) Die Verordnung Nr. 1/2003 des Rates und die Verordnung Nr. 773/2004 der Kommission	9
b) Die Rats-Verordnungen für den Verkehrssektor	10
c) Die VO Nr. 1184/2006 (Landwirtschaft)	14
d) Die Verordnungen des Rates über die Verfolgungs- und Vollstreckungsverjährung	14
4. Das Mandat des Anhörungsbeauftragten	15
5. Die Gruppenfreistellungsverordnungen	15
a) Die Ermächtigungs-VOs des Rates	15
b) Die GVOs	17
6. Bekanntmachungen, Mitteilungen und Leitlinien der Kommission	17
II. Die Wettbewerbsregeln des EGKS-Vertrages	21
III. Das Gesetz über digitale Märkte (Digital Markets Act)	21
IV. Die Entscheidungen der Kommission und der Unionsgerichte	23
V. Exkurs: Die Verordnung (EU) 2022/2560 über den Binnenmarkt verzerrende Drittstaatsbeihilfen	25
VI. Ausblick	26
1. Rechtspolitische Vorhaben	26
2. Entwicklungen de lege lata	31
C. Rechtsquellen des deutschen Kartellrechts	36
I. Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen	36
1. Entstehungsgeschichte	36
2. Inhalt des GWB – Überblick	46
II. Ausführungs-Verordnungen zum GWB	47
III. Berichte und Verwaltungsgrundsätze des BKartA	47
IV. Allgemeine Weisungen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	49
V. Monopolkommission	49
VI. Entscheidungen der Kartellbehörden und der Gerichte	50
VII. Vergaberecht und Wettbewerbsregister	50
VIII. Ausblick	51

1. Rechtspolitische Vorhaben	51
2. Entwicklungen de lege lata	54

§ 2 Grundzüge des EU-Kartellrechts

A. Die wesentlichen materiellrechtlichen Regelungen	57
I. Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen (Art. 101 AEUV)	57
II. Missbrauch marktbeherrschender Stellungen (Art. 102 AEUV)	69
III. Wettbewerbsbeschränkungen durch Mitgliedstaaten und Ausnahmeregelung (Art. 106 AEUV, Art. 4 Abs. 3 EUV)	71
1. Wettbewerbsbeschränkungen durch Mitgliedstaaten (Art. 106 Abs. 1 AEUV, Art. 4 Abs. 3 EUV iVm Art. 101, 102 AEUV)	71
2. Die Ausnahmeregelung des Art. 106 Abs. 2 AEUV	74
IV. Die EG-Fusionskontrolle	75
V. Rechtsstaatsgrundsätze und EU-Grundrechte	76
B. Die Auslegung der Wettbewerbsregeln des AEU-Vertrages	82
I. Allgemeine Auslegungsprinzipien des Unionsrechts	82
II. Besonderheiten bei der Auslegung der Wettbewerbsregeln	83
C. Die Durchsetzung des EU-Kartellrechts	84
I. Verwaltungs- und Bußgeldverfahren der Kommission	84
II. Die Unionsgerichte (EuGH und Gericht)	86
III. Die Befugnisse der nationalen Kartellbehörden	86
IV. Zivilrechtliche Sanktionen bzw. Streitigkeiten zwischen Unternehmen vor den nationalen Gerichten	88
D. Die Bedeutung der Wettbewerbsregeln des Unions-Rechts und seiner Sanktionen für die Unternehmenspraxis	89
I. Die Sanktionen	89
1. Zivilrecht	89
2. Bußgelder	91
3. Verwaltungsrechtliche Verfügungen	92
II. Kooperationen, Vertriebsvereinbarungen und Zusammenschlüsse	92

§ 3 Grundzüge des deutschen Kartellrechts

A. Die wesentlichen materiellrechtlichen Regelungen (§§ 1–43a GWB) ...	95
I. Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen	95
II. Missbrauch marktbeherrschender Stellungen, verbotenes Verhalten von Unternehmen mit relativer oder überlegener Marktmacht und Missbrauchsaufsicht über UmüMB	105
III. Neue Befugnisse des BKartA nach einer Sektoruntersuchung: Abstellung von Störungen des Wettbewerbs (Entflechtung ua)	106
IV. Die Zusammenschlusskontrolle	107
V. Weitere materiellrechtliche Regelungen	108
B. Die Auslegung des GWB	109
I. Auslegungsgrundsätze	109
II. Gesetzesumgehung und wirtschaftliche Betrachtungsweise	111
C. Die Durchsetzung des deutschen Kartellrechts	113
I. Verwaltungs- und Bußgeldverfahren der Kartellbehörden	113
II. Zivilrechtliche Streitigkeiten zwischen Unternehmen	114

D. Die Bedeutung des GWB und seiner Sanktionen für die Unternehmenspraxis	115
I. Die Sanktionen	115
II. Unternehmenskooperationen und Zusammenschlüsse	117
III. Der Einfluss des Unions-Kartellrechts auf das GWB	119
1. Fusionskontrolle	119
2. Ausnahmetatbestände und Verfolgung von Kartellen	120
 § 4 Persönlicher, sachlicher und räumlicher Geltungsbereich	
A. EU-Kartellrecht	124
I. Persönlicher Geltungsbereich	124
II. Sachlicher Geltungsbereich	129
III. Geographischer Geltungsbereich	130
B. Deutsches Kartellrecht (GWB)	130
I. Persönlicher Geltungsbereich	130
II. Sachlicher Geltungsbereich	132
III. Geographischer Geltungsbereich	133
 § 5 Internationales Kartellrecht	
A. Problemstellung	137
B. Völkerrechtliche Schranken für die extraterritoriale Anwendung	139
I. Vorrang des Völkerrechts vor Unionsrecht und deutschem Kartellrecht	139
II. Die einschlägigen völkerrechtlichen Grundsätze	139
1. Grundsätze für eine sinnvolle Anknüpfung	139
2. Einschränkungen	140
C. Die extraterritoriale Anwendung der Unions-Wettbewerbsregeln	143
I. Die Praxis der Kommission und der Unionsgerichte	143
1. Die Anwendung der Wettbewerbsregeln auf Unternehmen in Drittstaaten	143
2. Die Nichtanwendung der Wettbewerbsregeln bei fehlenden Auswirkungen in der Gemeinschaft	144
II. Einzelfragen	145
1. Die Verbotstatbestände der Art. 101, 102 AEUV	145
2. Drittstaaten-Zusammenschlüsse und EG-Fusionskontrollverordnung	146
3. Verfahrensrechtliche Maßnahmen (Ermittlungsmaßnahmen sowie Zustellung und Vollstreckung von Entscheidungen)	148
D. Die extraterritoriale Anwendung des deutschen Kartellrechts	151
I. Die gesetzliche Verankerung des Auswirkungsprinzips in § 185 Abs. 2 GWB	151
II. Die Praxis der Kartellbehörden und -Gerichte zu § 185 Abs. 2 GWB	152
III. Einzelfragen	153
1. Kartelle	153
2. Vertikalvereinbarungen	155
3. Missbrauch marktherrschender Stellungen und Fusionskontrolle	156
a) Missbrauch marktherrschender Stellungen und Kontrolle von UmüMB	156
b) Fusionskontrolle	157

4. Verwaltungs- und Bußgeldverfahren (Ermittlungsmaßnahmen, Zustellungen und Vollstreckung von Entscheidungen im Ausland) ..	165
a) Ermittlungsmaßnahmen	165
b) Zustellungen	169
c) Vollstreckung von Entscheidungen im Ausland	171
E. Die Zusammenarbeit von nationalen Kartellbehörden in der EU bei grenzüberschreitenden Sachverhalten	172
F. Internationaler Kartellzivilprozess	173
I. Einleitung	173
II. Internationale Zuständigkeit	175
III. Anwendbares materielles nationales Recht	189
IV. Zustellungen	191
V. Beweisverfahren	192
VI. Anerkennung und Vollstreckung von Urteilen	193
G. Die extraterritoriale Anwendung des US-amerikanischen Kartellrechts auf weltweite Kartelle (insbes. Zivilprozesse vor US-Gerichten)	195
I. Bedeutung	195
II. Extraterritoriale Anwendung des US-Kartellrechts	195
III. (Internationale) Zuständigkeit der US-Gerichte	195
IV. Der Schutz von Unternehmenserklärungen etc. gegenüber der Kommission in US-Zivilprozessen	198
V. Der Schutz von Antworten auf Auskunftersuchen der Kommission in US-Ermittlungsverfahren	198
 § 6 Das Verhältnis der EU-Wettbewerbsregeln zu anderen Rechtsordnungen	
A. Das Verhältnis des EU-Rechts zum Kartellrecht der Mitgliedstaaten ..	200
I. Problemstellung	200
II. Parallele Anwendung, aber Vorrang des Unionsrechts	201
III. EG-Fusionskontrolle	204
IV. Einzelfragen	205
1. Gruppenfreistellungsverordnungen (GVOs)	205
2. Entscheidungen der Kommission nach Art. 7, 8 und 10 VO Nr. 1/2003	205
3. Verpflichtungszusagen (Art. 9 VO Nr. 1/2003)	206
4. Beratungsschreiben	207
5. Entscheidungen der nationalen Wettbewerbsbehörden zum EU-Kartellrecht (Art. 5 VO Nr. 1/2003)	209
6. Parallele Verfahren der Kommission und nationaler Wettbewerbsbehörden	210
B. Das Verhältnis des EU-Kartellrechts zum Kartellrecht dritter Staaten ..	212
I. Parallele Anwendung	212
II. Wettbewerbsregeln der Assoziierungs-, Freihandels- und Europa-Abkommen	214
III. Einzelfragen	215
1. Festsetzung von Bußgeldern durch die Kommission und durch Behörden in Drittstaaten	215
2. Die Kooperationsabkommen zwischen der Kommission und der Regierung der USA	217
3. Das Kooperationsabkommen zwischen der EU und der Regierung von Kanada	219

4. Das Kooperationsabkommen zwischen der EU und der Regierung von Japan	220
5. Das Kooperationsabkommen zwischen der EU und der Regierung der Republik Korea über die Zusammenarbeit bei wettbewerbswidrigen Verhaltensweisen	220
6. Das Abkommen zwischen der EU und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Zusammenarbeit bei der Anwendung ihres Wettbewerbsrechts	220
7. Vereinigtes Königreich	221
8. Memoranda of Understanding zwischen der Generaldirektion Wettbewerb und Wettbewerbsbehörden in anderen Drittstaaten	221
C. EGKS-Kartellrecht	222
 § 7 Grundzüge der Wettbewerbsökonomie 	
A. Rolle und Bedeutung der Wettbewerbsökonomie im Kartellrecht	225
I. Vorbemerkungen und Einordnung	225
II. Bausteine, Entwicklung und Stand der Wettbewerbsökonomie	227
III. Zur Bedeutung wettbewerbspolitischer Wertungen	230
IV. Der <i>more economic approach</i> im Kartellrecht	235
B. Grundlegende wettbewerbsökonomische Konzepte und Modelle	238
I. Marktmacht	238
1. Formen und ökonomischer Analyserahmen	238
2. Angebotsmacht: Zwischen vollkommener Konkurrenz und Monopol	242
3. Grundzüge der Oligopoltheorie	251
4. Nachfragemacht: Monopson, Oligopson und relative Verhandlungsmacht	262
II. Effizienzen: Grundgedanke und Formen	266
III. Sektorspezifische Besonderheiten	271
1. Natürliche Monopole und direkte Netzwerkeffekte	271
2. Indirekte Netzwerkeffekte, mehrseitige Märkte und (digitale) Plattformen	273
C. Abgrenzung relevanter Märkte	278
I. Rechtliche und ökonomische Einordnung	278
II. Grundkonzeption des Hypothetischen-Monopolisten-(SSNIP-)Tests ..	280
III. Qualitative und quantitative Methoden der Marktabgrenzung	283
D. Horizontale Wettbewerbsbeschränkungen und Kartellverbot	289
I. Grundzüge der ökonomischen Theorie der Kollusion	290
II. Praktische Umsetzung im Kartellrecht	293
1. Verfolgung von Hard-core Kartellen	294
2. Kollusionsfördernde Praktiken („facilitating practices“)	297
3. Unternehmenskooperationen	299
E. Vertikale Beschränkungen	302
I. Formen und ökonomischer Analyserahmen	302
II. Denkbare Effizienzwirkungen	304
III. Wettbewerbsbeschränkende Potentiale	306
IV. Praktische Umsetzung im Kartellrecht	308

F. Horizontale Zusammenschlüsse	310
I. Vorbemerkungen und Einordnung	310
II. Einzelmarktherrschaft und nicht-koordinierte („unilaterale“) Effekte	313
1. Theoretische und konzeptionelle Grundlagen	313
2. Ökonom(etr)ische Analysemethoden und praktische Umsetzung	319
III. Kollektive Marktherrschaft und koordinierte Effekte	331
1. Theoretische und konzeptionelle Grundlagen	331
2. Praktische Umsetzung im Kartellrecht	333
IV. Nachfragemacht	336
V. Effizienzanalyse	339
G. Nicht-horizontale Zusammenschlüsse	342
I. Formen und ökonomischer Analyserahmen	342
II. Vertikale Zusammenschlüsse	343
1. Theoretische und konzeptionelle Grundlagen	343
2. Praktische Umsetzung im Kartellrecht	347
III. Konglomerate Zusammenschlüsse	350
1. Theoretische und konzeptionelle Grundlagen	350
2. Praktische Umsetzung im Kartellrecht	353
H. Missbräuchliches Verhalten marktbeherrschender Unternehmen	355
I. Behinderungsmissbrauch	356
1. Ökonomischer Analyserahmen und rechtlicher Prüfungsansatz	356
2. Wichtige Formen des Behinderungsmissbrauchs	358
II. Ausbeutungsmissbrauch	365
I. Rahmenbedingungen ökonomischer Analyse in Einzelfällen	367
I. Behördenaufbau, Chefökonom und ökonomische Gutachter	367
II. Qualitätsstandards	370
2. Kapitel. Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen zwischen Konkurrenten (horizontale Vereinbarungen)	
§ 8 Rechtsgrundlagen	
A. Horizontale Vereinbarungen im EU-Recht (Art. 101 AEUV)	376
I. Adressaten des Verbots gemäß Art. 101 Abs. 1 AEUV	376
1. Unternehmen	376
2. Unternehmensvereinigungen	385
3. Kartellteilnehmer	386
II. Mittel der Wettbewerbsbeschränkung	388
1. Vereinbarungen	388
2. Beschlüsse	390
3. Abgestimmte Verhaltensweisen	391
III. Wettbewerb	395
1. Begriff	395
2. Potentieller Wettbewerb	395
3. Konzerninterner Wettbewerb	397
4. Ungeschützter Wettbewerb	400
IV. Wettbewerbsbeschränkung	401
1. Beschränkung der Handlungsfreiheit	401
2. Beispielskatalog	405
a) Art. 101 Abs. 1 lit. a AEUV	406
b) Art. 101 Abs. 1 lit. b AEUV	407

c) Art. 101 Abs. 1 lit. c AEUV	408
d) Art. 101 Abs. 1 lit. d und lit. e AEUV	410
3. Bezwecken oder Bewirken	410
V. Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels	417
1. Überblick	417
2. Kriterien	420
3. Leitlinien der Kommission	423
VI. Spürbarkeit	423
1. Überblick	423
2. Spürbarkeit der Wettbewerbsbeschränkung	425
3. Spürbarkeit der Handelsbeeinträchtigung	429
VII. Leitlinien über horizontale Zusammenarbeit	433
VIII. Rechtsfolgen	437
IX. Sektorale Einschränkungen des Kartellverbots	440
X. Legalisierungsmöglichkeiten gemäß Art. 101 Abs. 3 AEUV	442
1. Die Systemumstellung durch die VO Nr. 1/2003	442
2. Gruppenfreistellungsverordnungen	446
3. Die Legalausnahme nach Art. 101 Abs. 3 AEUV	447
a) Anforderungen an die Beweisführung	448
b) Materielle Voraussetzungen	451
aa) Verbesserung der Warenerzeugung oder -verteilung, Förderung des technischen oder wirtschaftlichen Fortschritts	452
bb) Verbraucherbeteiligung	454
cc) Unerlässlichkeit	455
dd) Keine Ausschaltung wesentlichen Wettbewerbs	456
B. Horizontale Vereinbarungen im deutschen Recht (§§ 1 ff. GWB)	457
I. Einleitung	457
1. Überblick über die Regelung des Verbots wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen im deutschen Kartellrecht	457
2. Rechtspraktische Bedeutung	458
3. Sektorspezifische Freistellungen:	459
a) Verlagswirtschaftliche Zusammenarbeit	459
b) Forstwirtschaftliche Maßnahmen	460
c) Sozialrechtliche Besonderheiten	461
4. Fortgeltung der bisherigen Rechtspraxis zu den §§ 1 ff. GWB	461
II. Die Bestimmungen des deutschen Verbots wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen (§§ 1 ff. GWB)	463
1. Verbotsstatbestand und Freistellung	463
2. Bagatellfälle	464
3. Mittelstandskartelle	465
a) Inhalt der Norm	465
b) Materielle Voraussetzungen	466
aa) Die Normadressaten	466
bb) Rationalisierung	467
cc) Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit	468
dd) Keine wesentliche Beeinträchtigung des Wettbewerbs	469
4. Deklaratorisches Legalisierungsverfahren	470

§ 9 Einzelfragen

A. Konzerninterne Wettbewerbsbeschränkungen	475
I. Einleitung	475
II. Konzerninterne Wettbewerbsbeschränkungen im europäischen Recht ..	478
1. Eingeschränkte Anwendung des Kartellverbots	478
2. Die wirtschaftliche Einheit	481
III. Konzerninterne Wettbewerbsbeschränkungen im deutschen Recht	485
1. Eingeschränkte Anwendung des Kartellverbots	485
2. Die Abhängigkeit	485
B. Kooperative Gemeinschaftsunternehmen	487
I. Einleitung	487
II. Kooperative Gemeinschaftsunternehmen im europäischen Recht	487
1. Merkmale kooperativer Gemeinschaftsunternehmen	487
a) Gemeinsame Beherrschung	488
b) Keine Vollfunktionsunternehmen	489
c) Koordinierung des Wettbewerbsverhaltens	491
2. Die Anwendung von Art. 101 AEUV	491
a) Art. 101 Abs. 1 AEUV allgemein	492
aa) Weitere Vereinbarung nicht erforderlich	492
bb) Wettbewerbsneutrale GU	492
b) Art. 101 Abs. 1 AEUV bei Vollfunktions-GU	493
aa) Nur künftiges Verhältnis der Gründer zueinander	493
bb) Bezwecken oder Bewirken	493
cc) Koordinierungsrisiko (doppelte Parallele zur Oligopolprüfung)	494
dd) Vertikale Koordinierung?	497
ee) Möglichkeit einer Koordinierung	498
ff) Wahrscheinlichkeit einer Koordinierung	498
gg) Spürbarkeit einer Koordinierung	504
hh) Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels	505
ii) Kausalität	505
c) Art. 101 Abs. 1 AEUV bei Teilfunktions-GU	506
d) Freistellung nach Art. 101 Abs. 3 AEUV	506
aa) Gruppenfreistellung	507
bb) Einzelfreistellung	508
e) Nebenabreden	509
3. Verfahren	510
a) Kooperative Vollfunktions-GU mit unionsweiter Bedeutung	510
b) Andere kooperative GU	511
III. Kooperative Gemeinschaftsunternehmen im deutschen Recht	512
1. Die Anwendung von § 1 GWB auf kooperative Gemeinschaftsunternehmen	512
2. Verfahren	514
C. Gemeinsamer Einkauf	514
I. Einleitung	514
II. Gemeinsamer Einkauf im europäischen Recht	515
1. Wettbewerbsbeschränkung	515
a) Einkaufskartelle	515
b) Bewirkte Wettbewerbsbeschränkung	516
2. Spürbarkeit	519

3. Freistellung	520
4. Verfahren	521
III. Gemeinsamer Einkauf im deutschen Recht	521
1. § 1 GWB	521
2. Freistellung	524
a) Freistellung nach § 2 GWB	524
b) Nach § 3 Abs. 1 GWB freigestellte Mittelstandskartelle	525
D. Gemeinsame Forschung und Entwicklung	527
I. Einleitung	527
II. Gemeinsame Forschung und Entwicklung im europäischen Recht	529
1. Wettbewerbsbeschränkung	529
a) Bezweckte Wettbewerbsbeschränkung	529
b) Bewirkte Wettbewerbsbeschränkung	529
2. Spürbarkeit	532
3. Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels	533
4. Freistellung	533
a) Gruppenfreistellung	533
b) Einzelfreistellung	537
5. Nebenabreden	539
III. Gemeinsame Forschung und Entwicklung im deutschen Recht	539
E. Gemeinsame Produktion	540
I. Gemeinsame Produktion im europäischen Recht	541
1. Wettbewerbsbeschränkung	541
2. Spürbarkeit	543
3. Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels	543
4. Freistellung	544
a) Gruppenfreistellung	544
b) Legal Ausnahme/Einzelfreistellung	545
II. Gemeinsame Produktion nach deutschem Recht	546
1. Kartellverbot und Freistellung nach §§ 1, 2 GWB	546
2. Freistellung für Mittelstandskartelle nach § 3 GWB	547
F. Gemeinsamer Vertrieb	548
I. Gemeinsame Vermarktung im europäischen Recht	548
1. Wettbewerbsbeschränkung	548
2. Spürbarkeit	549
3. Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels	550
4. Freistellung	550
a) Gruppenfreistellungen	550
b) Einzelfreistellung	550
II. Gemeinsamer Vertrieb im deutschen Recht	551
1. Kartellverbot und Freistellung nach §§ 1, 2 GWB	551
2. Freistellung für Mittelstandskartelle nach § 3 GWB	551
G. Normen- und Typenkartelle	552
I. Normen- und Typenkartelle im europäischen Recht	552
1. Grundsätze	552
2. Praxis	553
II. Normen- und Typenkartelle im deutschen Recht	554
1. Freistellungs Voraussetzungen	554
2. Praxis	555

H. Konditionenkartelle	556
I. Konditionenkartelle im europäischen Recht	556
II. Konditionenkartelle im deutschen Recht	557
1. Freistellungsvoraussetzungen	557
2. Praxis	558
I. Strukturkrisenkartelle	560
I. Strukturkrisenkartelle im europäischen Recht	560
1. Grundsätze	560
2. Praxis	561
II. Strukturkrisenkartelle im deutschen Recht	563
1. Grundsätze	563
2. Praxis	563
J. Wettbewerbsregeln	565
I. Wettbewerbsregeln im europäischen Recht	565
1. Grundsätze	565
2. Praxis	566
II. Wettbewerbsregeln im deutschen Recht	567
1. Anerkennungsvoraussetzungen	567
2. Praxis	568
K. Kooperation in der Werbung	570
I. Kooperation in der Werbung im europäischen Recht	570
II. Kooperation in der Werbung im deutschen Recht	572
L. Arbeitsgemeinschaften	573
I. Arbeitsgemeinschaften im europäischen Recht	573
1. Grundsätze	573
2. Praxis	574
II. Arbeitsgemeinschaften im deutschen Recht	576
M. Elektronische Marktplätze/Digitale Plattformen	579
I. Elektronische Marktplätze/Digitale Plattformen im europäischen Recht	579
II. Elektronische Marktplätze im deutschen Recht	582
N. Marktinformati onsverfahren	584
I. Marktinformati onsverfahren im europäischen Recht	584
1. Grundsätze	584
2. Praxis	588
II. Marktinformati onsverfahren im deutschen Recht	592
1. Grundsätze	592
2. Praxis	592
O. Submissionsabsprachen	595
I. Submissionsabsprachen im europäischen Recht	595
II. Submissionsabsprachen im deutschen Recht	597
P. Umweltschutz- und Nachhaltigkeitsvereinbarungen	599
I. Umweltschutz- und Nachhaltigkeitsvereinbarungen im europäischen Recht	599
1. Grundsätze	599
2. Praxis zu Umweltschutzvereinbarungen	606
II. Umweltschutz- und Nachhaltigkeitsvereinbarungen im deutschen Recht	606

Q. Sport	609
I. Einleitung	609
II. Sport im europäischen Recht	610
1. Unternehmen und Unternehmensvereinigung	610
2. Wettbewerbsbeschränkung	611
3. Tatbestandsreduktion des Art. 101 Abs. 1 AEUV	612
a) Legitime Ziele	613
b) Notwendigkeit	614
c) Verhältnismäßigkeit	614
d) Anwendungsbereich des -Tests	614
4. Freistellung	615
5. Einzelfragen	616
a) Genehmigungsvorbehalte und Verbandsausschließlichkeitsregeln	616
b) Regelwerke, die verbundene Märkte betreffen	617
c) Verbandsschiedsgerichtsbarkeit	617
d) Gemeinsamer Vertrieb von Senderechten	618
e) Werbemöglichkeiten für Sportler während der Olympischen Spiele	618
III. Sport im deutschen Recht	619

3. Kapitel. Wettbewerbsbeschränkungen in Vertriebsverträgen und andere vertikale Wettbewerbsbeschränkungen

§ 10 Einleitung und Rechtsgrundlagen

A. Begriff der Vertikalvereinbarung; interbrand- und intrabrand-Wettbewerb	621
B. Das Spannungsverhältnis von Freiheit der Vertriebsgestaltung und freiem Wettbewerb – die Interessenlagen von Herstellern, Absatzmittlern und Endabnehmern	622
I. Hersteller	622
II. Händler	623
III. Online-Vertriebsplattformen	624
IV. Verbraucher	624
V. Konsequenzen	625
C. Die Beurteilung der Beurteilung von Vertikalvereinbarungen im europäischen und deutschen Kartellrecht	625
I. Das Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen im Unionskartellrecht (Art. 101 AEUV)	625
1. Vom generellen Verbot mit Erlaubnisvorbehalt zur Legalausnahme	625
2. Vertikalvereinbarungen als Gefährdung der integrationspolitischen Zielsetzung der EU	626
3. Handelsbeeinträchtigung, Spürbarkeit, Bündeltheorie	627
4. Der „neue Ansatz“ seit der Vertikal-GVO 1999	630
II. Entwicklung im deutschen Recht (GWB)	631
III. Die Bedeutung des Verbots missbräuchlicher Verhaltensweisen für marktbeherrschende und marktstarke Unternehmen (Art. 102 AEUV sowie §§ 19, 19a, 20 GWB) für die Beurteilung vertikaler Wettbewerbsbeschränkungen	632

§ 11 Die Beurteilung der verschiedenen Arten von Vertriebsverträgen unter besonderer Berücksichtigung der Vertikal-GVO Nr. 2022/720 und der dazu erlassenen Leitlinien

A. Vereinbarungen mit Tochtergesellschaften	637
B. Vereinbarungen mit Handelsvertretern, Kommissionären und Kommissionsagenten	638
I. Unionskartellrecht	638
1. Begriff und grundsätzliche Behandlung von Handelsvertretern im Unionskartellrecht	638
2. Die Abgrenzung „echter“ und „unechter“ Handelsvertreterverträge ..	640
a) Das Kriterium der Eingliederung	640
b) Das Kriterium der Risikoverteilung	642
3. Beschränkungen auf dem Markt für Handelsvertreterleistungen (Alleinvertretung und Wettbewerbsverbot)	645
4. Mehrfirmenvertreter	647
5. Verbot der Provisionsweitergabe	649
6. Auch als Eigenhändler oder Dienstleister tätige Handelsvertreter („Handelsvertreter mit Doppelprägung“)	651
7. Handelsvertretung und Online-Plattformwirtschaft	652
8. Kommissionäre, Kommissionsagenten	653
II. Deutsches Kartellrecht	653
C. Vereinbarungen mit Eigenhändlern	654
I. Der einheitliche Ansatz in der Vertikal-GVO Nr. 2022/720	654
1. Vertriebskonzepte der Hersteller	654
a) Selektiver Vertrieb	655
b) Alleinvertrieb	655
c) Franchising	655
2. Einheitlicher Beurteilungsrahmen durch die Vertikal-GVO Nr. 2022/720	656
II. Die Vertikal-GVO	657
1. Einleitung	657
a) Die VO 2022/720	657
b) Überblick über die Regelungen	657
c) Neuere Entwicklungen	658
2. Die Freistellung nach Art. 2 GVO	659
a) Anwendungsvoraussetzungen (Art. 2 Abs. 1 GVO)	659
aa) Begriff der Vereinbarung und der aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen von Unternehmen	660
bb) Definition der vertikalen Vereinbarung	661
cc) Gegenstand der Vereinbarung	662
b) Vertikalvereinbarungen von Unternehmensvereinigungen (Art. 2 Abs. 2 GVO)	663
c) Vereinbarungen über geistige Eigentumsrechte (Art. 2 Abs. 3 GVO)	666
aa) Bestandteil einer vertikalen Vereinbarung	666
bb) Übertragung auf oder Lizenzerteilung an den Abnehmer	667
cc) Nicht Hauptgegenstand der Vereinbarung	667
dd) Unmittelbar zur Nutzung, Verkauf oder Weiterverkauf von Waren oder Dienstleistungen	667
ee) Keine schwarzen oder grauen Klauseln iSd Art. 4 und 5 GVO	667

d) Vertikalvereinbarungen zwischen Wettbewerbern (Art. 2 Abs. 4–6 GVO)	669
aa) Grundsatz	669
bb) Ausnahmen	672
cc) Rückausnahmen	674
e) Das Verhältnis zu anderen Gruppenfreistellungsverordnungen (Art. 2 Abs. 7 Vertikal-GVO)	678
3. Die Marktanteilsschwellen nach Art. 3 GVO	678
a) Abgrenzung des relevanten Marktes	680
b) Doppelte Marktanteilsschwelle (Art. 3 Abs. 1 GVO)	681
c) Dreifache Marktanteilsschwelle (Art. 3 Abs. 2 GVO)	681
d) Ermittlung der Marktanteile	682
e) Vorsorge bei Vertragsschluss	683
4. Kernbeschränkungen nach Art. 4 GVO	684
a) Fest- oder Mindestpreisbindungen (Art. 4 lit. a GVO)	686
aa) Unmittelbare Festsetzung von Fest- oder Mindestverkaufspreisen	686
bb) Mittelbare Festsetzung von Fest- oder Mindestverkaufspreisen	689
cc) Festsetzung von Höchstverkaufspreisen	690
dd) Preisempfehlungen	691
ee) Meistbegünstigungsklauseln	692
ff) Festsetzung von Weiterverkaufspreisen in Erfüllungsverträgen	693
gg) Preisfestsetzungen gegenüber Online-Vermittlungsdiensten	694
b) Kernbeschränkung im Alleinvertriebssystem (Art. 4 lit. b GVO)	694
aa) Grundsatz: Verbot von Gebiets- und Kundenbeschränkungen	694
bb) 1. Ausnahme: Zulassung der exklusiven Gebiets- und Kundenzuweisung für aktive Verkäufe	696
cc) 2. Ausnahme: Beschränkung des Verkaufs an nicht zugelassene Händler im selektiven Vertriebssystem	701
dd) 3. Ausnahme: Beschränkung des Niederlassungsorts	702
ee) 4. Ausnahme: Sprunglieferungsverbot an Großhändler	702
ff) 5. Ausnahme: Beschränkung des Weiterverkaufs von Bestandteilen	702
c) Kernbeschränkung im selektiven Vertriebssystem (Art. 4 lit. c GVO)	703
aa) Begriffsbestimmungen	703
bb) Freistellung des Selektivvertriebs nach der Vertikal-GVO	704
cc) Verbot von Gebiets- und Kundenbeschränkungen	706
dd) Beschränkung von Querlieferungen im selektiven Vertrieb	706
ee) Beschränkung von Verkäufen auf der Einzelhandelsstufe	707
d) Kernbeschränkung im freien Vertriebssystem (Art. 4 lit. d GVO)	708
e) Verhinderung der wirksamen Nutzung des Internets (Art. 4 lit. e GVO)	708
aa) Grundsatz: Verbot von Gebiets- und Kundenbeschränkungen	709
bb) Doppelpreissystem	711
cc) Online-Handelsplattformen/Drittplattformverbote	712
dd) Beschränkungen der Nutzung von Preisvergleichsdiensten	714
ee) Ungleiche Anforderungen im selektiven Vertrieb	715
ff) Geoblocking	715

f) Beschränkungen bei Bestandteilen und Ersatzteilen (Art. 4 lit. f GVO)	716
5. Nicht freigestellte Beschränkungen nach Art. 5 GVO	717
a) Wettbewerbsverbote für die Dauer der Vertragszeit	717
aa) Definition von Wettbewerbsverboten	718
bb) Zeitliche Beschränkung	718
b) Nachvertragliche Wettbewerbsverbote	720
c) Ausschluss bestimmter Anbieter beim selektiven Vertrieb	720
d) Plattformübergreifende Einzelhandels-Paritätsverpflichtungen ...	720
6. Entziehung der Freistellung (Art. 6 GVO iVm Art. 29 VO Nr. 1/2003) und Erklärung der Nichtanwendbarkeit (Art. 7 GVO)	722
a) Entziehung der Freistellung nach Art. 6 GVO iVm Art. 29 VO Nr. 1/2003	722
b) Erklärung der Nichtanwendbarkeit nach Art. 7 GVO	722
III. Bewertung von Vertikalvereinbarungen außerhalb der GVO unter Berücksichtigung bestimmter Vertriebstypen	723
1. Allgemeine Bewertungsgrundlagen nach den Leitlinien der Kommission	724
2. Alleinbezugsverträge („Markenzwang“) und sonstige Bezugsbindungen	725
a) Anwendbarkeit von Art. 101 Abs. 1 AEUV auf Bezugsverträge ..	726
b) Freistellung gemäß Art. 101 Abs. 3 AEUV	729
c) Einzelfragen	730
aa) Englische Klauseln	730
bb) Meistbegünstigungsklauseln	732
cc) Treuerabatte	737
dd) Verlängerungsklauseln	737
ee) Jederzeit leicht kündbare Alleinbezugsverpflichtungen	738
ff) Zeitlich überschießende Bezugsbindungen	738
gg) Bezugsbindung durch Überlassung von Verkaufseinrichtungen	739
hh) Bierlieferungs- und Tankstellenverträge	739
d) Deutsches Kartellrecht	740
3. Alleinvertrieb und Alleinbelieferung	741
a) Alleinvertrieb	741
aa) Wettbewerbsbeschränkung gemäß Art. 101 Abs. 1 AEUV ..	742
bb) Freistellung nach Art. 2 Abs. 1 GVO	743
cc) Einzelfreistellung gemäß Art. 101 Abs. 3 AEUV	745
b) Alleinbelieferung	750
aa) Inhalt und Auswirkungen	750
bb) Freistellungsvoraussetzungen	751
4. Selektiver Vertrieb im Unionskartellrecht	752
a) Selektion durch den Hersteller ohne vertragliche Bindungen	753
b) Vertragliche Absatzförderungspflicht in „offenen“ Systemen (ohne Abnehmerbindung)	753
c) Überblick zu „geschlossenen“ selektiven Vertriebsverträgen (mit Abnehmerbindung): Hersteller- und händlerseitig geschlossene Systeme, einfache und qualifizierte Fachhandelsbindung	754
d) Nicht wettbewerbsbeschränkende qualitativ selektive Vertriebssysteme	756
aa) Produktcharakter muss Bindung rechtfertigen	756
bb) Selektionskriterien – Grundsätze	758
cc) Marktstruktur darf Bindung nicht entgegenstehen	762

dd) Diskriminierungsfreie Zulassung und Anwendung	764
ee) Einzelfragen (in alphabetischer Reihenfolge)	767
5. Selektiver Vertrieb im deutschen Kartellrecht	786
a) Einleitung	786
b) Unbilligkeit	786
c) Quantitative Selektion	788
d) Umstellungsfrist	789
6. Franchising	789
a) Begriffsbestimmungen	789
b) Systemimmanente Wettbewerbsbeschränkungen	790
c) Nach Art. 2 Abs. 1 GVO freigestellte Wettbewerbsbeschränkungen	791
d) Einzelfreistellung von Wettbewerbsbeschränkungen	793
IV. Kfz-Vertrieb	795
1. Regelungstechnik der GVO Nr. 461/2010 für den Kfz-Anschlussmarkt	796
2. Wesentliche Begriffsbestimmungen in Art. 1 GVO Nr. 461/2010 ..	796
3. Die besonderen Kernbeschränkungen des Art. 5 GVO Nr. 461/2010	798
– Vertriebsbindung zulasten unabhängiger Werkstätten (lit. a)	798
– Vertriebsbeschränkung zulasten der Lieferanten von Ersatzteilen und Werkstattausrüstungen (lit. b)	798
– Kennzeichnung von Ersatzteilen durch Teilehersteller (lit. c)	799
4. Selektive Vertriebssysteme im Kraftfahrzeugsektor, die nicht unter die Gruppenfreistellungen fallen	799
a) Vertrieb neuer Kraftfahrzeuge	799
b) Zugelassene Werkstätten	799
5. Mehrmarkenvertrieb	801
6. Zugang unabhängiger Marktteilnehmer zu wesentlichen Inputs	803
7. Beurteilung im deutschen Kartellrecht	803
§ 12 Einflussnahme auf Preise und Geschäftsbedingungen	
A. Grundsatz	804
B. Preise	804
I. Preisbindungsverbot	804
1. Unionskartellrecht	804
2. Deutsches Kartellrecht	810
3. Ausnahme für Zeitungen und Zeitschriften	811
a) Grundzüge	811
b) Missbrauchsaufsicht gem. § 30 Abs. 3 GWB	812
II. Preisempfehlung	814
1. Unionskartellrecht	814
2. Deutsches Kartellrecht	815
C. Geschäftsbedingungen	816
§ 13 Sonstige vertikale Beschränkungen	
A. Zugangsvorauszahlungen von Anbietern/Herstellern an Händler	818
B. Produktgruppenmanagement-Vereinbarungen	818

C. Kopplungsbindungen	820
I. Begriff	820
II. Unionskartellrecht	820
III. Deutsches Kartellrecht	823

4. Kapitel. Lizenzverträge

§ 14 EU- und deutsches Kartellrecht

A. Gewerblicher Rechtsschutz und Kartellrecht	828
B. Die TT-GVO im System des EU-Kartellrechts	831
I. Das Prinzip der Legal Ausnahme	832
II. Gruppenfreistellung und Safe Harbour	832
III. Die Bedeutung der Leitlinien	835
C. Anwendungsbereich und Inhalt der TT-GVO	836
I. Anwendungsbereich	836
1. Technologietransfer-Vereinbarungen	836
2. Sonderfall Software-Urheberrechtslizenzen	838
3. Nicht erfasste Vertragstypen	840
4. Verhältnis zu anderen GVO	840
5. 4-Plus-Test	841
II. Marktanteilsschwellen	841
1. Unterscheidung zwischen Produkt- und Technologiemärkten	842
a) Sachlich relevanter Markt	843
b) Geographisch relevanter Markt	845
c) Zeitlich relevanter Markt	845
2. Berechnung der Marktanteile	846
3. Die Relevanz des Marktanteils für die Beurteilung nach Art. 101 Abs. 1 AEUV	847
III. Die Klauselkataloge	851
1. Vorbemerkung	851
2. Vereinbarungen zwischen Wettbewerbern/Nicht-Wettbewerbern	853
3. Wechselseitige/nicht wechselseitige Vereinbarungen	856
IV. Die Kernbeschränkungen	857
1. Vereinbarungen zwischen Wettbewerbern	857
a) Preisbindungen beim Weiterverkauf (Art. 4 Abs. 1 lit. a) TT-GVO)	858
b) Beschränkungen von Produktion und Absatz (Art. 4 Abs. 1 lit. b) TT-GVO)	859
c) Zuweisung von Märkten oder Kunden (Art. 4 Abs. 1 lit. c) TT-GVO)	861
d) Nutzung eigener Technologien des Lizenznehmers (Art. 4 Abs. 1 lit. d) TT-GVO)	871
2. Vereinbarungen zwischen Nicht-Wettbewerbern	871
a) Preisbindungen beim Weiterverkauf (Art. 4 Abs. 2 lit. a) TT-GVO)	872
b) Verkaufsbeschränkungen (Art. 4 Abs. 2 lit. b) TT-GVO)	873
c) Verkaufsbeschränkungen im selektiven Vertriebssystem (Art. 4 Abs. 2 lit. c) TT-GVO)	877
3. Änderungen im Wettbewerbsverhältnis (Art. 4 Abs. 3 TT-GVO) ...	877

V. Nicht freigestellte Beschränkungen (Art. 5 TT-GVO)	878
1. Rücklizenz- und Übertragungspflichten (Art. 5 Abs. 1 lit. a) TT-GVO)	878
2. Nichtangriffsverpflichtung (Art. 5 Abs. 1 lit. b) TT-GVO)	880
3. Nutzung eigener Technologien des Lizenznehmers (Art. 5 Abs. 2 TT-GVO)	883
VI. „Freigestellte“ Vereinbarungen	884
VII. Sonstige (Lizenz-)Vereinbarungen	885
1. Kopplungs- und Paketvereinbarungen	885
2. Wettbewerbsverbote	886
3. Schutzrechtsgemeinschaften (Technologiepools)	887
VIII. Entzug der Freistellung	891
IX. Nichtanwendbarkeit der TT-GVO	892
X. Übergangsfrist zur Anpassung von Altverträgen	893
D. Sonstige Lizenzverträge außerhalb des Anwendungsbereichs der TT-GVO	893
I. Urheberrechtslizenzen	893
II. Markenlizenzverträge	893
III. Masterlizenzen	895
IV. Joint-Venture-Verträge	895
V. F&E-Vereinbarungen	896
E. Deutsches Kartellrecht (GWB) und TT-GVO	896
F. Gewerbliche Schutzrechte, Art. 102 AEUV und Zwangslizenzen	897
I. Grundprinzipien des Art. 102 AEUV	897
II. Rechtspraxis zur Anwendung von Art. 102 AEUV auf gewerbliche Schutzrechte	898
1. Erwerb von gewerblichen Schutzrechten und Lizenzen	898
2. Die Ausübung gewerblicher Schutzrechte	899
3. Standardessenzielle Patente (SEPs) und Zwangslizenz	901
a) Ausgangserwägungen	901
b) Entwicklungslinien in der Rechtsprechung	901
aa) „Orange Book“	901
bb) Huawei/ZTE	903
c) Verletzungshinweis, Bereitschaft zur Lizenznahme und konkretes Angebot	906
aa) Anforderungen an den Verletzungshinweis und das Angebot des Patentinhabers	907
bb) Lizenzbereitschaftserklärung des Verletzers	908
cc) Inhalt der Lizenzbedingungen	910
dd) Anti-Suit Injunctions (ASI)	910
ee) § 139 Abs. 1 S. 3 PatG	910
d) Der Vorschlag der Kommission zu SEPs vom 27.4.2023	910

5. Kapitel. Fusionskontrolle

1. Abschnitt. Die EG-Fusionskontroll-Verordnung

§ 15 Anwendungsbereich und Zusammenschlusstatbestand

A. Der Anwendungsbereich der FKVO (Art. 1, 21)	921
I. Die Zuständigkeitsverteilung zwischen Kommission und Mitgliedstaaten (Art. 21)	922
II. Gemeinschaftsweite Bedeutung und die Umsatzschwellen des Art. 1 Abs. 2 und 3 FKVO	926
1. Der Begriff der gemeinschaftsweiten Bedeutung	926
2. Die Umsatzschwellen des Art. 1 Abs. 2 FKVO	927
3. „Mehrfachanmeldungen“ (Art. 1 Abs. 3 FKVO)	928
4. Entscheidung der Kommission bei fehlender gemeinschaftsweiter Bedeutung	930
III. Räumlicher Geltungsbereich und „extraterritoriale Anwendung“	931
IV. Die Berücksichtigung sonstiger berechtigter Interessen der Mitgliedstaaten (Art. 21 Abs. 4 FKVO)	933
B. Zusammenschlusstatbestand und beteiligte Unternehmen	936
I. Überblick	936
II. Die Zusammenschlusstatbestände	939
1. Die Fusion	939
a) Rechtliche Fusion	939
b) Wirtschaftliche Fusion	939
2. Alleinige Kontrolle (sole control)	940
a) Die Ausübung eines bestimmenden Einflusses	940
b) Einzelfragen	944
3. Gemeinsame Kontrolle (Gemeinschaftsunternehmen)	957
a) Übersicht	957
b) Gemeinsame Kontrolle	958
c) Das Gemeinschaftsunternehmen als Zusammenschluss	966
aa) Gemeinschaftsunternehmen mit Vollfunktionscharakter (Art. 3 Abs. 4)	966
bb) Koordinierungsrisiko (Art. 2 Abs. 4)	975
4. Änderung der Tätigkeit von Gemeinschaftsunternehmen	977
5. Dauerhafte Veränderung der Kontrolle	978
6. Konzerninterne Umstrukturierungen	981
III. Beteiligte Unternehmen	981
1. Begriff und Funktion	981
2. Fusion	982
3. Kontrollerwerb	982
a) Alleinige Kontrolle	982
b) Erwerb der gemeinsamen Kontrolle	983
c) Erwerb der Kontrolle durch ein Gemeinschaftsunternehmen	984
d) Entflechtung bzw. Auflösung von Gemeinschaftsunternehmen und Tausch von Vermögenswerten (Swaps)	985
e) Kontrollerwerb durch natürliche Personen	986
4. Kontrollerwerb durch staatliche Unternehmen	986
IV. Ausnahmen für bestimmte Transaktionen	988
1. Die Bankenklausel (Art. 3 Abs. 5a)	988
2. Die Insolvenzklause (Art. 3 Abs. 5b)	989

3. Die Luxemburgische Klausel (Art. 3 Abs. 5c)	989
4. Militärische Produkte (Art. 346 Abs. 1 AEUV)	989
V. Aufgabe von Zusammenschlüssen	990
VI. Änderungen von Zusammenschlüssen nach deren Genehmigung durch die Kommission	990
C. Die Berechnung des Umsatzes (Art. 5 FKVO)	991
I. Gesamtumsatz und gemeinschaftsweiter Umsatz (Art. 5 Abs. 1)	991
1. Gesamtumsatz	991
2. Konzerninterner Umsatz	993
3. Gemeinschaftsweiter und nationaler Umsatz	993
II. Berechnung des Umsatzes bei Erwerb von Unternehmensteilen (Art. 5 Abs. 2)	994
III. Umsatz der beteiligten Unternehmen und Konzernumsatz (Art. 5 Abs. 4)	995
IV. Umsatzberechnung bei Gemeinschaftsunternehmen (Art. 5 Abs. 5)	997
V. Sonderregeln für bestimmte Sektoren	997
1. Kreditinstitute (Art. 5 Abs. 3 Buchst. a)	997
2. Versicherungen (Art. 5 Abs. 3 Buchst. b)	999
3. Öffentliche Unternehmen	999
4. Weitere Sonderfälle	1000

§ 16 Die materielle Beurteilung von Zusammenschlüssen

A. Art. 2 FKVO als materielle Grundnorm der europäischen Fusionskontrolle	1003
I. Die Vereinbarkeit mit dem Gemeinsamen Markt	1003
II. Strukturkontrolle und effektbasierter Ansatz	1005
III. Die Prüfungskriterien der Kommission nach den Leitlinien über horizontale sowie über vertikale und konglomerate Zusammenschlüsse .	1006
1. Konzentrationsgrad	1007
2. Negative Wirkungen	1008
a) Nicht koordinierte Wirkungen	1008
b) „Koordinierte“ Wirkungen	1009
3. Nachfragemacht in vorgelagerten Märkten	1009
4. Nachfragemacht der Abnehmer	1009
5. Marktzutritt	1009
6. Effizienzvorteile	1009
7. Sanierungsfusion	1009
8. Fazit	1010
B. Der sachlich relevante Markt	1010
I. Konzept der Austauschbarkeit	1010
II. Praxis der Kommission	1011
1. Grundprinzipien	1012
a) Nachfrageseitige Substitution	1012
b) Angebotsumstellungsflexibilität	1012
2. Einzelkriterien	1012
a) Produkteigenschaften und Verwendungszweck	1012
b) Belege zur Austauschbarkeit aus der jüngeren Vergangenheit	1013
c) Preise und Preisrelationen	1013
d) Äußerungen von Abnehmern und Wettbewerbern	1013
e) Sachliche Hindernisse	1014
f) Unterschiedliche Abnehmergruppen	1014

C. Der räumlich relevante Markt	1015
I. Art. 9 Abs. 7 FKVO und Formblatt CO	1015
II. Entscheidungspraxis der Kommission	1015
1. Grundprinzipien	1015
2. Einzelkriterien	1016
a) Art und Eigenschaften der betreffenden Waren oder Dienstleistungen	1016
b) Verbrauchergewohnheiten	1018
c) Preisunterschiede	1018
d) Anbieterstruktur	1019
e) Marktzutrittsschranken	1019
3. Bewertung der Entscheidungspraxis	1020
D. Erhebliche Behinderung wirksamen Wettbewerbs	1021
I. Begriffsbestimmung und Abgrenzung zum Marktbeherrschungstest	1021
II. Einzelkriterien zur Feststellung einer erheblichen Wettbewerbsbehinderung	1025
1. Marktanteile, HHI-Index, Marktstellung und Finanzkraft der beteiligten Unternehmen	1025
a) Marktanteil	1025
b) Marktstellung	1029
c) Finanzkraft	1029
2. Entwicklung von Angebot und Nachfrage und aktueller Wettbewerb	1029
3. Marktzutrittsschranken und potenzieller Wettbewerb	1031
4. Wahlmöglichkeiten der Lieferanten und Abnehmer	1033
5. Zugang zu Absatz- und Beschaffungsmärkten	1034
6. Interessen der Zwischen- und Endverbraucher	1035
7. Entwicklung des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts/ Effizienzvorteile	1035
III. Formen der Wettbewerbsbehinderung	1040
1. Einzelmarktbeherrschung	1040
a) Begründung einer einzelmarktbeherrschenden Stellung	1041
b) Verstärkung einer einzelmarktbeherrschenden Stellung	1042
c) Geringfügige oder erhebliche Verstärkung?	1043
d) Konglomerate Zusammenschlüsse	1043
2. Oligopolistische Marktbeherrschung („Koordinierte Effekte“)	1045
a) Kommissionspraxis	1046
b) Kriterien seit <i>Nestlé/Perrier</i>	1046
c) Weitere Entscheidungspraxis	1048
3. Nicht koordinierte („unilaterale“) Effekte	1052
a) Horizontale Zusammenschlüsse	1053
b) Vertikale Zusammenschlüsse	1060
c) Konglomerate Zusammenschlüsse	1063
4. Wesentlicher Teil des Gemeinsamen Marktes	1064
E. Die ergänzende Prüfung kooperativer Vollfunktionsgemeinschaftsunternehmen nach Art. 2 Abs. 4 FKVO iVm Art. 81 EG (jetzt: Art. 101 AEUV)	1065
I. Allgemeines	1065
II. Kriterien für die Bewertung von GU iSd Art. 2 Abs. 4, 5 FKVO	1069
1. Bestimmung der Kandidatenmärkte für eine Koordinierung	1070
2. Bezwecken oder Bewirken einer Koordinierung des Verhaltens unabhängig bleibender Unternehmen	1072

3. Spürbarkeit der Wettbewerbsbeschränkung/Koordinierung	1079
4. Kausalität	1079
5. Beeinträchtigung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten	1080
6. Ausräumung von Bedenken durch Zusagen	1080
7. Der Freistellungstatbestand des Art. 101 Abs. 3 AEUV	1081
F. Verpflichtungszusagen der beteiligten Unternehmen	1083
I. Vorrang struktureller Verpflichtungszusagen	1084
II. Arten von Verpflichtungszusagen in der Entscheidungspraxis der Kommission	1088
1. Veräußerungszusagen	1088
2. Überlassung von Produktionskapazitäten oder Liefermengen	1092
3. Gewährung von Lizenzen und Zugangsrechten	1094
4. Sonstige Zusagen	1097
III. Besonderheiten bei Verpflichtungszusagen im Verfahren der „Ersten Phase“	1099
IV. Verpflichtungszusagen „zu Lasten Dritter“	1101
V. Durchsetzung von Verpflichtungszusagen sowie spätere Änderungen ...	1102
VI. Streitschlichtungsverfahren bei Verpflichtungszusagen	1103
G. Die Frage der Abwägungsklausel	1104
H. Nebenabreden	1105
I. Zweck und Voraussetzungen der Freistellung	1105
1. Rechtliche Einordnung	1105
2. Voraussetzungen	1107
a) Einschränkungen	1107
b) Unmittelbare Verbundenheit	1108
c) Notwendigkeit	1108
II. Arten und Beispiele von Nebenabreden	1108
1. Wettbewerbsverbote	1108
2. Gewährung von Lizenzen	1110
3. Liefer-, Bezugs- und Dienstleistungspflichten	1111
4. Sonstige Nebenabreden	1112
I. Die Sanierungsfusion („failing company defence“)	1112

§ 17 Das Verfahren

A. Die Anmeldung des Zusammenschlusses (Art. 4 FKVO)	1118
I. Anmeldung und informelles Vorverfahren	1118
1. Die Pflicht zur Anmeldung von Zusammenschlüssen	1118
2. Gegenstand der Anmeldung	1118
a) Kontrollerwerb	1118
aa) Vorhaben	1119
bb) Behördliche Genehmigung	1119
cc) Option	1119
dd) Zusammenfassung mehrerer Erwerbsschritte	1120
b) Kauf- und Tauschangebot	1120
c) Zivilrechtliche Folgen bei Nichtanmeldung	1120
3. Das informelle Vorverfahren („prenotification“ oder „informal guidance“)	1120
II. Die formalen Voraussetzungen der Anmeldung (Art. 4 Abs. 1 und 2 FKVO)	1122
1. Zeitpunkt der Anmeldung (Abs. 1)	1122
2. Anmeldepflichtige Personen (Abs. 2)	1123

3. Form und Inhalt der Anmeldung	1123
a) Inhalt des Formblattes CO	1124
b) Sprache	1125
c) Anmeldung in Kurzform	1125
d) Formblätter RS und RM	1126
4. Waiver-Praxis	1127
5. Wesentliche Änderungen	1127
III. Wirkung der Anmeldung	1127
1. Wirksamkeit der Anmeldung	1127
2. Die Wirkungen der Anmeldung	1128
a) Beginn der Prüfung	1128
b) Fristbeginn	1128
c) Bußgeldimmunität	1128
3. Unvollständige Anmeldung (Art. 5 Abs. 2 DVO)	1128
4. Unrichtige Angaben	1129
IV. Die Veröffentlichung der Anmeldung (Art. 4 Abs. 3 FKVO)	1129
V. Rücknahme einer Anmeldung und Neuansmeldung	1129
VI. Erfordernis einer Neuansmeldung bei wesentlichen Änderungen nach Freigabe	1130
B. Vollzugsverbot und Ausnahmen (Art. 7 FKVO)	1131
I. Vollzugsverbot (Abs. 1)	1131
II. Sonderregelung für öffentliche Kauf- oder Tauschangebote (Abs. 2)	1132
III. Freistellung vom Vollzugsverbot (Abs. 3)	1132
IV. Folgen einer Missachtung des Vollzugsverbots (Abs. 4)	1134
1. Geldbußen und Zwangsgelder	1134
2. Entflechtung	1134
3. Zivilrechtliche Folgen	1134
C. Die Fristen des Fusionskontrollverfahrens	1135
I. Die Fristen des Art. 10 FKVO und ihre Berechnung	1135
1. Allgemeines	1135
2. Fristen des Art. 10 FKVO	1135
3. Berechnung der Art. 10 FKVO-Fristen	1139
II. Sonstige Fristen	1139
D. Verfahren und Entscheidungen im Verfahren der Ersten Phase	1139
I. Gang des Verfahrens	1139
II. Ermittlungsbefugnisse der Kommission	1141
1. Auskunftsverlangen (Art. 11 FKVO)	1141
a) Adressaten	1141
b) Erforderlichkeit	1141
c) Zweistufiges Verfahren	1143
d) Nationale Behörde	1143
2. „Interviews“	1143
3. Nachprüfungen (Art. 12, 13 FKVO)	1144
III. Wahrung von Geschäftsgeheimnissen (Art. 17 FKVO)	1145
IV. Rechte Dritter im Vorverfahren und im Verfahren der Ersten Phase	1146
1. Rechte Dritter im informellen Vorverfahren	1146
2. Rechte Dritter im Verfahren der Ersten Phase	1146
V. Entscheidungen nach Art. 6 FKVO	1146
1. Entscheidung nach Art. 6 Abs. 1 Buchst. a	1147
2. Entscheidung nach Art. 6 Abs. 1 Buchst. b	1148
a) Zusagen in der Ersten Phase	1148
b) Nebenabreden in der Ersten Phase	1149

3. Die Einleitung des Verfahrens nach Art. 6 Abs. 1 Buchst. c	1149
4. Widerruf einer Freigabe in der Ersten Phase	1150
5. Mitteilung an die beteiligten Unternehmen und Mitgliedstaaten	1150
6. Veröffentlichung	1150
7. Rechtsschutz	1151
E. Verfahren und Entscheidungen im Hauptprüfverfahren („Zweite Phase“)	1151
I. Gang des Verfahrens und Statistik	1151
1. Gang des Verfahrens	1151
a) Ermittlungen	1152
b) Beschwerdepunkte	1152
c) Akteneinsicht	1153
d) Schriftliche Stellungnahme und Anhörung	1153
e) Beratender Ausschuss	1155
f) Kommissionsinterne Verfahrensschritte	1157
g) Abschluss des Verfahrens	1157
2. Statistik	1158
II. Rechte der Zusammenschlussbeteiligten im Hauptprüfverfahren	1158
1. Begriff des Beteiligten	1159
2. Die Rechte im Einzelnen	1159
III. Rechte Dritter im Hauptprüfverfahren	1159
1. Informationsrecht	1160
2. Akteneinsicht	1160
3. Anhörung	1160
IV. Entscheidungen nach Art. 8 FKVO	1161
1. Freigabe ohne bzw. mit Bedingungen und Auflagen (Abs. 1 und 2) ..	1161
2. Untersagung (Abs. 3)	1166
3. Entflechtung (Abs. 4)	1166
4. Einstweilige Maßnahmen (Abs. 5)	1167
5. Widerruf einer Freigabe (Abs. 6)	1168
6. Freistellung von Nebenabreden (Art. 8 Abs. 1 Unterabs. 2 FKVO) ..	1168
V. Veröffentlichung der Entscheidung (Art. 20 FKVO)	1169
VI. Rechtsschutz	1169
F. Verweisungen eines Falles an und von Mitgliedstaaten (Art. 9 und 22, Art. 4 Abs. 4 und 5 FKVO)	1170
I. Verweisung Anmeldung eines Zusammenschlusses	1170
1. Die „deutsche Klausel“ (Verweisung an Mitgliedstaaten gemäß Art. 9 FKVO)	1170
a) Allgemeines	1170
aa) Sinn und Zweck	1170
bb) Statistik	1171
b) Die Verweisungsbefugnis der Kommission	1172
aa) Gegenstand der Verweisung	1172
bb) Antrag	1172
cc) Ermessen	1173
dd) Entscheidung (Abs. 3 und 4)	1174
c) Die materiellen Voraussetzungen der Verweisung (Abs. 2 und 7) ..	1175
aa) Referenzmarkt	1175
bb) Erhebliche Wettbewerbsbeeinträchtigung	1176
d) Weiteres Verfahren (Abs. 8)	1176
e) Rechtsschutz für Mitgliedstaaten	1177

2. Die „niederländische Klausel“ (Verweisung an die Kommission gemäß Art. 22 FKVO)	1177
a) Sinn und Zweck	1177
b) Voraussetzungen (Abs. 1 und Abs. 5)	1181
c) Verfahren (Abs. 2)	1183
d) Entscheidung (Abs. 3) und weiteres Fusionskontrollverfahren (Abs. 4)	1184
II. Verweisung vor Anmeldung	1186
1. Verweisung an Mitgliedstaaten (Art. 4 Abs. 4 FKVO)	1186
2. Verweisung an die Kommission (Art. 4 Abs. 5 FKVO)	1188
G. Die Beteiligung der Mitgliedstaaten am Verfahren (Art. 19 FKVO) ...	1191
I. Allgemeines	1191
II. Übermittlung der Anmeldung und der wichtigsten Schriftstücke (Abs. 1)	1192
III. Die Rechte der Mitgliedstaaten im Verfahren (Abs. 2)	1193
IV. Der Beratende Ausschuss (Abs. 3–7)	1193
1. Zusammensetzung	1193
2. Sitzung und Votum	1194
3. Bedeutung des Beratenden Ausschusses	1194
H. Sanktionen	1195
I. Geldbußen (Art. 14 FKVO)	1195
II. Zwangsgelder (Art. 15 FKVO)	1200
I. Gerichtlicher Rechtsschutz	1201
I. Reichweite und Rechtsgrundlage des gerichtlichen Rechtsschutzes in der EU-Fusionskontrolle	1201
II. Die Entscheidungen nach der FKVO und ihre Rechtsmittelfähigkeit ...	1202
1. Entscheidungen nach Art. 6 und 7 FKVO	1202
a) Art. 6 Abs. 1 Buchst. a und b FKVO	1202
b) Art. 6 Abs. 1 Buchst. c FKVO	1203
c) Art. 7 FKVO	1203
2. Entscheidungen nach Art. 8 FKVO	1204
a) Art. 8 Abs. 1 und 2 FKVO	1204
b) Art. 8 Abs. 3 FKVO	1205
c) Art. 8 Abs. 4 FKVO	1205
d) Art. 8 Abs. 5 und 6 FKVO	1205
3. Die Genehmigungsfiktion des Art. 10 Abs. 6 FKVO	1205
4. Sonstige Entscheidungen	1206
a) Art. 11–13 FKVO	1206
b) Art. 14 und 15 FKVO	1206
c) Art. 9 FKVO	1206
d) Art. 22 FKVO	1206
e) Art. 4 Abs. 4 und Abs. 5 FKVO	1207
f) Erklärungen der Kommission außerhalb des förmlichen Verfahrens	1207
g) Untätigkeitsklage	1207
h) Schadensersatzklage	1207
III. Rechtsweg und Verfahrensbestimmungen	1209
1. Zuständigkeit und Kontrolldichte	1209
2. Klagebefugnis	1210
3. Klagefrist	1211
4. Folgen der Klageerhebung, Entscheidung und Rechtsfolgen	1212
IV. Einstweiliger Rechtsschutz	1212

2. Abschnitt. Die deutsche Fusionskontrolle (§§ 35 ff. GWB)

§ 18 Einleitung

A. Regelungszweck	1217
B. Entstehungsgeschichte	1218
C. Regelungssystematik im Überblick	1222
I. Formelle Fusionskontrolle	1222
II. Materielle Fusionskontrolle	1223

§ 19 Formelle Fusionskontrolle

A. Verhältnis zu anderen Vorschriften	1225
I. Vorrang der europäischen Fusionskontrolle (§ 35 Abs. 3 GWB)	1225
II. Spezialgesetzliche Konzentrationskontrolle	1227
1. Medienrecht	1227
2. Außenwirtschaftsrecht	1228
3. Gesetzliche Krankenkassen	1229
III. Verhältnis zum allgemeinen Kartellrecht	1229
B. Ausnahmebereiche	1232
I. Kommunale Gebietsreform (§ 35 Abs. 2 Satz 1 GWB)	1232
II. Dienstleister in kreditwirtschaftlichen Verbundgruppen (§ 35 Abs. 2 Satz 2 und 3 GWB)	1232
III. Krankenhausfusionen, § 187 Abs. 9 GWB	1233
IV. Hoheitliches Handeln	1233
C. Unternehmensbegriff	1235
I. Funktionaler Unternehmensbegriff	1235
II. Verbundene Unternehmen (§ 36 Abs. 2 Satz 1 GWB)	1239
III. Mehrmütterklausel (§ 36 Abs. 2 Satz 2 GWB)	1242
D. Zusammenschlusstatbestände (§ 37 GWB)	1245
I. Systematik der Zusammenschlusstatbestände	1245
II. Vermögenserwerb (§ 37 Abs. 1 Nr. 1 GWB)	1246
III. Kontrollerwerb (§ 37 Abs. 1 Nr. 2 GWB)	1250
1. Inhalt	1250
2. Alleinige Kontrolle	1253
a) Erwerb von Anteilen	1253
b) Kontrollerwerb auf vertraglicher Grundlage	1255
c) Kontrollerwerb in sonstiger Weise	1258
3. Gemeinsame Kontrolle (Gemeinschaftsunternehmen)	1258
IV. Anteilserwerb (§ 37 Abs. 1 Nr. 3 GWB)	1260
1. Inhalt	1260
2. Anteilsschwellen	1261
3. Treuhand- und Zurechnungsfragen	1263
4. Gemeinschaftsunternehmensfiktion (§ 37 Abs. 1 Nr. 3 Satz 3 GWB)	1266
V. Wettbewerblieh erheblicher Einfluss (§ 37 Abs. 1 Nr. 4 GWB)	1267
1. Gesellschaftsrechtlich vermittelte Unternehmensverbindung	1268
2. Möglichkeit der Einflussnahme	1270
3. Wettbewerbliche Erheblichkeit	1274
4. Gemeinsamer Einfluss	1275

VI. Einschränkungen des Zusammenschlussbegriffs	1276
1. Bereits bestehende Unternehmensverbindung (§ 37 Abs. 2 GWB) ..	1276
2. Anteilserwerb durch Kreditinstitute, Finanzinstitute oder Versicherungsunternehmen (§ 37 Abs. 3 GWB)	1278
E. Finanzielle Aufgreifschwellen (§ 35 GWB)	1280
I. Inhalt und Funktion der Aufgreifschwellen	1280
1. Allgemeine Umsatzschwellen (§ 35 Abs. 1 GWB)	1280
2. Transaktionswertschwelle (§ 35 Abs. 1a GWB)	1281
3. Besondere Umsatzschwellen nach einer Verpflichtungsverfügung des BKartA (§ 32f Abs. 2 GWB)	1283
II. Umsatzberechnung	1287
1. Grundsätze der Berechnung (§ 38 Abs. 1 GWB)	1287
2. Maßgeblicher Zeitpunkt	1289
3. Branchenspezifische Sonderregeln (§ 38 Abs. 2 bis 4 GWB)	1292
4. Geografische Umsatzallokation	1295
a) Grundsatz	1295
b) Einzelfälle	1296
5. Zusammenfassung mehrerer Erwerbsvorgänge	1297
a) Enger sachlicher und zeitlicher Konnex	1297
b) Zweijahresregel (§ 38 Abs. 5 Satz 3 GWB)	1298
6. Maßgebliche Unternehmen	1300
a) Beteiligteigenschaft	1300
b) Umsätze des Veräußerers (§ 38 Abs. 5 Satz 1 und 2 GWB)	1302
III. Wert der Gegenleistung (§ 38 Abs. 4a GWB)	1303
1. Kaufpreis (§ 38 Abs. 4a Nr. 1 GWB)	1304
2. Übernommene Verbindlichkeiten (§ 38 Abs. 4a Nr. 2 GWB)	1308
F. Internationaler Anwendungsbereich	1309
I. Inlandsauswirkungen	1309
1. Bei Gemeinschaftsunternehmen (§ 185 Abs. 2 GWB)	1311
2. Im Zusammenhang mit der Transaktionswertschwelle (§ 35 Abs. 1a Nr. 4 GWB)	1314
II. Völkerrechtliche Grenzen	1317

§ 20 Materielle Fusionskontrolle

A. Untersagungs Voraussetzungen (§ 36 Abs. 1 Satz 1 GWB)	1320
I. Einleitung	1320
II. Marktabgrenzung	1325
1. Vorbemerkung	1325
2. Abgrenzung von Angebotsmärkten	1328
a) Sachlich relevanter Markt	1328
aa) Austauschbarkeit aus Kundensicht (Bedarfsmarktkonzept) ...	1328
bb) Austauschbarkeit aus Anbietersicht (Angebotsumstellungsflexibilität)	1336
cc) Unentgeltliche Leistungen, Netzwerke und mehrseitige Märkte (§ 18 Abs. 2a und 3a GWB)	1340
b) Räumlich relevanter Markt	1344
c) Zeitlich relevanter Markt	1353
3. Abgrenzung von Nachfragemärkten	1353

III. Erhebliche Behinderung wirksamen Wettbewerbs	1355
1. Allgemeines	1355
2. Wettbewerbsbehinderung durch unilaterale Effekte	1357
a) Systematik	1357
aa) Begründung oder Verstärkung einer marktbeherrschenden Stellung	1357
bb) Sonstige erhebliche Behinderung wirksamen Wettbewerbs ..	1365
b) Einzelfragen	1368
aa) Horizontale Zusammenschlüsse	1368
bb) Vertikale Zusammenschlüsse	1391
cc) Konglomerate Zusammenschlüsse	1395
3. Wettbewerbsbehinderung durch koordinierte Effekte (gemeinsame Marktbeherrschung)	1398
a) Voraussetzungen der gemeinsamen Marktbeherrschung	1398
b) Kein wesentlicher Binnenwettbewerb	1402
aa) Marktstrukturprüfung	1402
bb) Berücksichtigung des tatsächlichen Marktgeschehens	1406
c) Kein wesentlicher Außenwettbewerb	1406
d) Begründung oder Verstärkung einer gemeinsamen marktbeherrschenden Stellung	1407
4. Wettbewerbsfördernde Umstände	1409
a) Gegengewichtige Marktmacht	1409
b) Effizienzgewinne	1411
c) Sonstige Umstände	1413
5. Besonderheiten bei Nachfragemärkten	1413
6. Besonderheiten bei einzelnen Zusammenschlusstatbeständen	1415
a) Vermögenserwerb und Kontrollerwerb	1415
b) Nicht-kontrollierende Minderheitsbeteiligung	1416
aa) Horizontale Effekte	1416
bb) Vertikale oder konglomerate Effekte	1418
c) Gemeinschaftsunternehmen (Doppelkontrolle auch nach § 1 GWB)	1419
IV. Kausalität und Prognose	1422
B. Ausnahmetatbestände	1424
I. Überwiegende Verbesserungen der Wettbewerbsbedingungen (§ 36 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 GWB)	1425
1. Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen	1425
2. Kausalität	1427
3. Überwiegen der Verbesserungen	1428
4. Nachweis	1428
II. Bagatellmarkt (§ 36 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 GWB)	1428
III. Sanierungsfusion	1431
1. Allgemeine Sanierungsfusion	1431
2. Erleichterungen für Zeitungs- und Zeitschriftenverlage (§ 36 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 GWB)	1433
C. Ministererlaubnis (§ 42 GWB)	1434

§ 21 Fusionskontrollverfahren

A. Präventive Fusionskontrolle	1436
I. Verfahrensgrundsätze	1436
II. Anmeldung	1438
1. Zeitpunkt der Anmeldung	1438
2. Adressatenkreis	1440
3. Inhalt der Anmeldung	1442
4. Zuständigkeit	1446
5. Sanktionen	1447
III. Verfahren nach Anmeldung	1448
1. Prüfung und Ermittlungen	1448
2. Entscheidungsfristen	1450
a) Erste und zweite Phase	1451
b) Ausnahmen	1453
c) Fristhemmung	1455
3. Kosten	1456
4. Bekanntmachung/Publizität	1458
IV. Vollzugsverbot	1459
1. Inhalt des Vollzugsverbots	1459
2. Ausnahmen vom Vollzugsverbot (§ 41 Abs. 1a GWB)	1467
3. Befreiungen vom Vollzugsverbot (§ 41 Abs. 2 GWB)	1470
4. Sanktionen bei Verstoß gegen das Vollzugsverbot	1471
a) Ordnungswidrigkeit	1472
b) Unwirksamkeit	1474
c) Entflechtung	1475
5. Behördliche Anordnungen zur Absicherung des Vollzugsverbots	1476
V. Abschluss des Verfahrens	1476
1. Vorprüfverfahren (erste Phase)	1476
a) Freigabe	1476
b) Monatsbrief	1481
c) Sonstige Verfahrensbeendigung	1481
2. Hauptprüfverfahren (zweite Phase)	1482
a) Freigabe	1482
aa) Freigabeentscheidung	1482
bb) Freigabe durch Fristablauf	1484
b) Untersagung	1484
aa) Inhalt und Umfang der Untersagungsverfügung	1484
bb) Rechtsmittel	1487
c) Freigabe mit Nebenbestimmungen	1489
aa) Inhalt und Umfang der Nebenbestimmungen	1489
bb) Rechtsmittel	1496
d) Sonstige Verfahrensbeendigung	1497
VI. Rechte Dritter	1497
1. Beiladung oder informelle Mitwirkung	1497
2. Rechtsmittel	1499
a) Rechtsmittel gegen Verfügungen im Hauptprüfverfahren	1499
b) Rechtsmittel gegen Freigaben im Vorverfahren	1502
B. Nachträgliche Vollzugsanzeige	1502

C. Ministererlaubnis (§ 42 GWB)	1503
I. Überblick	1503
II. Verfahren	1505
III. Materiell-rechtliche Voraussetzungen der Entscheidung	1509
D. Entflechtungsverfahren (§ 41 Abs. 3 und 4 GWB)	1511
I. Verfahrensgrundsätze	1511
II. Einstellung	1514
III. Auflösungsanordnung	1516
1. Inhalt und Umfang	1516
2. Durchsetzung der Auflösungsanordnung	1517
3. Rechtsmittel	1518

6. Kapitel. Marktmissbrauch durch Unternehmen mit marktbeherrschender Stellung und überragender marktübergreifender Bedeutung für den Wettbewerb sowie Torwächter-Verpflichtungen im Gesetz über digitale Märkte

§ 22 Das Verbot des Missbrauchs marktbeherrschender Stellungen im EU-Kartellrecht (Art. 102 AEUV)

A. Einleitung	1521
I. Die historischen Grundzüge	1521
II. Der Regelungszweck des Art. 102 AEUV	1522
III. Historischer Rückblick auf die Entwicklung des europäischen Wettbewerbsrechts in der Durchsetzungspraxis der Kommission	1524
IV. Unterschiede zum GWB und US-Recht	1534
1. Die Missbrauchsvorschriften des GWB	1534
2. Die Missbrauchsvorschriften im US-Recht	1534
V. Abgrenzung zu Art. 101 AEUV und Art. 106 AEUV	1536
1. Die Anwendung des Art. 102 AEUV auf unter Art. 101 AEUV fallende Sachverhalte	1536
2. Die Anwendung des Art. 102 AEUV auf mit öffentlichen Aufgaben betraute Unternehmen (Art. 106 AEUV)	1538
B. Die Tatbestandsvoraussetzungen des Art. 102 AEUV	1539
I. Allgemeines	1539
II. Die Normadressaten – Unternehmen in beherrschender Stellung	1540
1. Unternehmen	1540
2. Die beherrschende Stellung	1542
a) Allgemeines	1542
b) Der relevante Markt	1544
c) Wesentlicher Teil des Binnenmarktes	1548
d) Die wirtschaftliche Machtstellung	1549
3. Die gemeinsame beherrschende Stellung	1554
a) Allgemeines	1554
b) Wirtschaftliche Verbindungen	1556
c) Der Airtours-Test (nach dem Impala-Urteil)	1558
III. Das verbotene Verhalten – der Missbrauch einer beherrschenden Stellung	1560
1. Grundzüge	1560
a) Allgemeines	1560
b) Die Kategorisierung missbräuchlicher Verhaltensweisen	1569
aa) Allgemeines	1569

bb) Abgrenzung von Ausbeutungs- und Behinderungsmissbrauch	1570
cc) Der Behinderungsmissbrauch	1571
c) Die Rechtfertigung von missbräuchlichen Verhaltensweisen	1576
aa) Allgemeines	1576
bb) Objektive Notwendigkeit	1578
cc) Effizienzeinrede	1579
2. Die Missbrauchstatbestände in der Anwendungspraxis	1580
a) Die unmittelbare oder mittelbare Erzwingung von unangemessenen Einkaufs- oder Verkaufspreisen oder sonstigen Geschäftsbedingungen (Art. 102 S. 2 lit. a AEUV)	1580
aa) Allgemeines	1580
bb) Unangemessenheit der Einkaufs- oder Verkaufspreise	1582
cc) Unangemessene sonstige Geschäftsbedingungen	1590
b) Die Einschränkung der Erzeugung, des Absatzes oder der technischen Entwicklung zum Schaden der Verbraucher (Art. 102 S. 2 lit. b AEUV) und der Zugang zu „wesentlichen Einrichtungen“	1591
aa) Allgemeines	1591
bb) Die Leistungsverweigerung	1591
cc) Zugang zu wesentlichen Einrichtungen	1598
dd) Zugang zu geistigen Eigentumsrechten	1599
c) Die Anwendung unterschiedlicher Bedingungen bei gleichwertigen Leistungen gegenüber Handelspartnern, wodurch diese im Wettbewerb benachteiligt werden (Art. 102 S. 2 lit. c AEUV)	1601
aa) Allgemeines	1601
bb) Gleichwertigkeit der Leistungen	1603
cc) Unterschiedliche Geschäftsbedingungen	1603
dd) Wettbewerbsnachteil	1604
ee) Objektive Rechtfertigung	1605
d) Die an den Abschluss von Verträgen geknüpfte Bedingung, dass die Vertragspartner zusätzliche Leistungen annehmen, die weder sachlich noch nach dem Handelsbrauch in Beziehung zum Vertragsgegenstand stehen (Art. 102 S. 2 lit. d AEUV)	1605
aa) Allgemeines	1605
bb) Kopplungsgeschäfte in Anschlussmärkten	1607
cc) Technische Kopplung nach dem <i>Microsoft</i> -Urteil	1608
e) Alleinbezugsbindungen	1611
f) Bedingte Rabatte	1615
aa) Allgemeines	1615
bb) Ausschließlichkeitsrabatte	1616
cc) Treuerabatte	1622
g) Kampfpreise	1625
h) Kosten-Preis-Scheren	1630
i) Missbräuchliches Verhalten auf der Grundlage von Immaterialgüterrechten	1633
aa) Der Erwerb ausschließlicher Immaterialgüterrechte	1633
bb) Die Ausübung ausschließlicher Immaterialgüterrechte	1635
j) Sonstige Missbrauchstatbestände	1639
aa) Erwerb von Vermögensrechten	1639
bb) Beschränkungen des grenzüberschreitenden Handels	1639
cc) Sonstige Verhaltensweisen	1640

IV. Die Zwischenstaatlichkeitsklausel	1646
V. Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen Art. 102 AEUV	1648
 § 23 Das Gesetz über digitale Märkte (Digital Markets Act, DMA)	
A. Die Entstehungsgeschichte	1652
B. Regelungsgegenstand und Anwendungsbereich	1660
I. Zweck der Verordnung	1660
II. Verhältnis zum Wettbewerbsrecht und anderen Rechtsgebieten	1664
III. Zentrale Plattformdienste	1665
C. Torwächterbenennung	1667
I. Quantitatives Benennungsverfahren	1667
II. Qualitatives Benennungsverfahren	1670
III. Überprüfung des Torwächter-Status	1672
D. Verpflichtungen	1672
I. Allgemeines	1672
II. Unfaire oder die Bestreitbarkeit beschränkende Praktiken	1674
1. Direkt umsetzbare Verpflichtungen – Artikel 5	1674
2. Möglicherweise noch durch Artikel 8 näher auszuführende Verpflichtungen – Artikel 6	1680
3. Verpflichtung von Torwächtern zur Interoperabilität nummernunabhängiger interpersoneller Kommunikationsdienste – Artikel 7	1689
4. Informationspflichten – Artikel 11, 14 und 15	1691
III. Verpfichtungsrelevante Verfahrensvorschriften und Umgehungsverbot ..	1694
E. Allgemeine Verfahrensvorschriften	1697
I. Marktuntersuchungen	1697
II. Untersuchungs- und Durchsetzungsbefugnisse	1702
F. Governance-System	1707
G. Schlussvorschriften, inkl. Durchführungsverordnungen	1710
 § 24 Das Verbot des Missbrauchs marktbeherrschender Stellungen im deutschen Kartellrecht (§ 19 GWB)	
A. Einleitung	1717
I. Normzweck	1717
II. Die Novellierungen seit 1998	1719
III. Praktische Bedeutung	1723
B. Adressatenstellung (marktbeherrschende Unternehmen gemäß § 18 und Adressaten nach § 19 Abs. 3 GWB)	1725
I. Abgrenzung des relevanten Marktes	1725
1. Einleitung	1725
2. Der sachlich relevante Markt	1725
3. Der räumlich relevante Markt	1732
4. Der zeitlich relevante Markt	1736
5. Besonderheiten von Nachfragemärkten	1737
II. Die marktbeherrschende Stellung	1738
1. Die Einzelmarktbeherrschung (§ 18 Abs. 1–4)	1738
2. Das marktbeherrschende Oligopol (§ 18 Abs. 5)	1748
3. Die Marktbeherrschungsvermutungen (§ 18 Abs. 4, 6 und 7)	1750

III. Erweiterung des Normadressatenkreises nach § 19 Abs. 3 GWB	1751
1. Preisbinder, § 19 Abs. 3 S. 2 GWB	1752
a) Presseunternehmen	1752
aa) Keine Anwendung auf Buchverlage und -importeure	1752
bb) Keine Anwendung bei Preisempfehlung und Höchstpreisfestsetzung	1752
cc) Preisbindungsstufen	1753
b) Landwirtschaftliche Erzeugnisse und Wasserversorgung	1753
2. Legale Kartelle	1754
C. Der Missbrauch	1755
I. Die Generalklausel (§ 19 Abs. 1)	1755
II. Die Regeltatbestände (§ 19 Abs. 2)	1760
1. Der Behinderungsmissbrauch (Nr. 1, 1. Alt.)	1760
a) Allgemeines	1760
b) Behinderung auf dem beherrschten Markt	1761
c) Behinderung auf einem Drittmarkt	1762
d) Formen der Behinderung	1763
aa) Abgrenzung zur ungleichen Behandlung (2. Alt.)	1763
bb) Niedrigpreispolitik	1764
cc) Preis-Kosten-Schere	1765
dd) Behinderung durch Bindung – Ausschließlichkeitsbindungen, Vertriebsbindungen, Verwendungsbindungen, Kopplungsbindungen	1765
ee) Rabatte, Rabattverbote und Bonusfestlegungen	1768
ff) Sonderfall der Kopplungsbindungen	1769
e) Unmittelbarkeit oder Mittelbarkeit	1771
2. Das Diskriminierungsverbot (Nr. 1, 2. Alt.)	1772
a) Anwendungsbereich	1772
aa) Gesetzessystematik und Fallgruppen	1772
bb) Bedeutung	1772
cc) Gleichartigkeit der Unternehmen	1772
dd) Abgrenzung zur Behinderung (1. Alt.)	1775
b) Formen der Ungleichbehandlung	1776
aa) Lieferverweigerung, insbes. bei selektiven Vertriebssystemen	1776
bb) Liefersperre und Beendigung von Geschäftsbeziehungen	1782
cc) Nichtzulassung auf Märkten, Messen, Ausstellungen	1785
dd) Anzeigenverweigerung	1787
ee) Verweigerung der Mitgliedschaft und Behinderung durch Vereinigungen	1788
ff) Preis- und Konditionendiskriminierung	1790
gg) Bezugssperre durch Nachfrager	1795
3. Unbilligkeit und fehlende sachliche Rechtfertigung	1796
a) Bedeutung	1796
b) Ermittlung der Individualinteressen	1798
aa) Interessen des Normadressaten	1798
bb) Interessen des Diskriminierten bzw. Behinderten	1811
c) Drittinteressen	1812
aa) Grundsatz	1812
bb) Einzelfälle	1812

d) Öffentliche Interessen	1813
aa) Grundsatz	1813
bb) Einzelfälle	1813
cc) Insbesondere Nachhaltigkeitsziele	1815
e) Verbraucherinteressen	1815
aa) Grundsatz	1815
bb) Einzelfälle	1816
f) Normative Bewertung und Abwägung der Interessen	1816
aa) Grundsätze	1816
bb) Normative Wertung	1817
cc) Verhältnismäßigkeit	1818
4. Der Ausbeutungsmissbrauch (§ 19 Abs. 2 Nr. 2 und 3, § 29 und § 31 Abs. 4 und 5)	1818
a) Missbräuchliche Preise und Geschäftsbedingungen (§ 19 Abs. 2 Nr. 2)	1818
b) Die Preis- und Konditionenspaltung (§ 19 Abs. 2 Nr. 3)	1832
c) Der Sondertatbestand für missbräuchlich überhöhte Energiepreise (§ 29)	1835
d) Die Missbrauchsaufsicht in der Wasserwirtschaft (§ 31 Abs. 3 bis 5).	1840
5. Die Verweigerung des Zugangs zu Netzen oder anderen Infrastruktureinrichtungen (§ 19 Abs. 2 Nr. 4)	1844
a) Einleitung, Entstehungsgeschichte und rechtspolitische Bewertung	1844
b) Die Tatbestandsmerkmale	1849
aa) Verweigerungshandlung	1849
bb) Daten, Netze und andere Infrastruktureinrichtungen	1850
cc) Marktbeherrschende Stellung	1855
dd) Notwendigkeit der Mitbenutzung	1856
ee) Ausschaltung wirksamen Wettbewerbs	1858
ff) Sachliche Rechtfertigung der Zugangsverweigerung	1859
gg) Angemessenes Entgelt	1863
c) Besonderheiten bei der Durchsetzung der Mitbenutzung	1864
6. Das Verbot der Veranlassung zur Vorteilsgewährung (Nr. 5)	1866
a) Historie und Regelungszusammenhang	1866
b) Normzweck	1867
c) Normadressaten	1867
d) Tatbestand	1868
D. Sanktionen und Verfahren	1872
I. Abstellungsverfügungen der Kartellbehörden (§ 32 GWB)	1872
1. Verwaltungsverfahren	1872
2. Inhalt der Abstellungsverfügung (§ 32)	1873
3. Rechtsmittel	1875
4. Vorteilsabschöpfung (§ 34)	1875
II. Zivilrechtliche Sanktionen	1876
III. Ordnungswidrigkeiten (§ 81 Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 2 GWB)	1878
E. Verhältnis zu anderen Vorschriften	1879
I. Die Diskriminierungs- und Behinderungsverbote für Unternehmen mit relativer oder überlegener Marktmacht nach § 20 GWB	1879
II. Das Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen (§§ 1 ff. GWB bzw. Art. 101 AEUV)	1879

III. Die Sonderregelungen im EnWG	1880
1. Die Aufhebung der §§ 103, 103a GWB aF hinsichtlich der Versorgung mit Elektrizität und Gas	1880
2. Sonderregelungen im EnWG	1880
IV. Die Sonderregelungen des TKG	1881
V. Die Sonderregelungen des PostG	1883
VI. Die Sonderregelungen für Eisenbahninfrastrukturunternehmen	1886
VII. Das Verhältnis zu Art. 102 AEUV	1887
 § 25 Missbräuchliches Verhalten von Unternehmen mit überragender marktübergreifender Bedeutung für den Wettbewerb (§ 19a GWB)	
A. Einleitung	1891
I. Entstehungsgeschichte	1891
II. Normzweck und Systematik	1892
III. Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht	1894
1. Verfassungsrechtliche Fragen	1894
2. Europarechtliche Fragen	1896
B. Feststellung einer überragenden marktübergreifenden Bedeutung für den Wettbewerb (§ 19a Abs. 1 GWB)	1898
I. Funktion und Rechtsnatur	1898
II. Normadressaten	1899
1. Unternehmen: Wer ist gemeint? Und warum?	1900
2. Tatbestandsvoraussetzungen	1901
a) Erhebliche Tätigkeit auf Märkten im Sinne des § 18 Abs. 3a GWB	1901
b) Überragende marktübergreifende Bedeutung für den Wettbewerb	1902
(aa) Marktbeherrschende Stellung auf einem oder mehreren Märkten	1904
(bb) Finanzkraft und Zugang zu sonstigen Ressourcen	1905
(cc) Vertikale Integration und Tätigkeit auf in sonstiger Weise verbundenen Märkten	1906
(dd) Zugang zu wettbewerbsrelevanten Daten	1909
(ee) Intermediations- und Regelsetzungsmacht	1910
C. Untersagung bestimmter Verhaltensweisen (§ 19a Abs. 2 GWB)	1912
I. Allgemeine Grundsätze	1912
II. Untersagungstatbestände	1915
1. Selbstbevorzugung (§ 19a Abs. 2 S. 1 Nr. 1 GWB)	1917
a) Zweck	1917
b) Grundtatbestand	1917
c) Regelbeispiele	1918
2. Sonstige Behinderung auf Absatz- und Beschaffungsmärkten (§ 19a Abs. 2 S. 1 Nr. 2 GWB)	1918
a) Zweck	1918
b) Grundtatbestand	1919
c) Regelbeispiele	1919
3. „Aufrollen“ von Märkten (§ 19a Abs. 2 S. 1 Nr. 3 GWB)	1920
a) Zweck	1920
b) Grundtatbestand	1920
c) Regelbeispiele	1921

4. Behinderung durch Datenverarbeitung (§ 19a Abs. 2 S. 1 Nr. 4 GWB)	1922
a) Zweck	1922
b) Grundtatbestand	1922
c) Regelbeispiele	1924
5. Behinderung von Interoperabilität oder Portabilität (§ 19a Abs. 2 S. 1 Nr. 5 GWB)	1925
a) Zweck	1925
b) Tatbestand	1925
6. Unzureichende Information über eigene Leistungen (§ 19a Abs. 2 S. 1 Nr. 6)	1926
7. Forderung unangemessener Vorteile (§ 19a Abs. 2 S. 1 Nr. 7 GWB)	1927
a) Zweck	1927
b) Tatbestand	1927
III. Rechtfertigungstatbestand (§ 19a Abs. 2 S. 2, 3 GWB)	1928
D. Verwaltungsverfahren	1930
E. Bußgeldsanktionen und Aspekte der privaten Rechtsdurchsetzung ...	1931
F. Verhältnis zu anderen Vorschriften	1931
I. Verhältnis zum Wettbewerbsrecht	1931
II. Verhältnis zum Digital Markets Act	1932
 7. Kapitel. Verbotenes Verhalten von Unternehmen mit relativer oder überlegener Marktmacht (§ 20 GWB)	
 § 26 Das Missbrauchsverbot für marktstarke Unternehmen (§ 20 GWB) – Anspruchsvoraussetzungen	
A. Bedeutung der Norm	1938
I. Schutzzweck, Systematik und Gesetzeshistorie	1938
1. Schutzzweck	1938
2. Systematik und Gesetzeshistorie	1938
3. Insbesondere 10. GWB-Novelle	1939
II. Anwendungsbereich	1940
1. Praxis	1940
2. EU-Recht	1940
a) Verhältnis zu Art. 101 AEUV	1940
b) Verhältnis zu Art. 102 AEUV	1941
B. Normadressaten und verbotenes Verhalten (§ 20 GWB)	1942
I. Relativ marktstarke Unternehmen (§ 20 Abs. 1, 1a und 2 GWB)	1942
1. Relativ marktstarke Unternehmen als Normadressaten (§ 20 Abs. 1 GWB)	1942
a) Relative Marktstärke aufgrund Abhängigkeit und unzureichender Gegenmacht	1942
aa) Abhängigkeit	1942
bb) Keine ausreichende Gegenmacht	1956
2. Anwendung von § 19 Abs. 1 iVm Abs. 2 Nr. 1 GWB auf relativ marktstarke Unternehmen (§ 20 Abs. 1 GWB)	1957
3. Anwendung von § 19 Abs. 1 iVm Abs. 2 Nr. 5 GWB auf relativ marktstarke Unternehmen (§ 20 Abs. 2 GWB)	1957

II. Unternehmen mit überlegener Marktmacht (§ 20 Abs. 3, 3a und 4 GWB)	1957
1. Unternehmen mit überlegener Marktmacht als Normadressaten (§ 20 Abs. 3 GWB)	1957
2. Behinderung von Wettbewerbern durch Unternehmen mit überlegener Marktmacht (§ 20 Abs. 3, 3a und 4 GWB)	1958
a) Allgemeines	1958
b) Kleine und mittlere Wettbewerber	1959
c) Angebote unter Einstandspreis (§ 20 Abs. 3 S. 1, 2 Nr. 1 und 2 GWB)	1959
aa) Systematik und Gesetzhistorie	1959
bb) Aktuelle Regelung nach der 9. GWB-Novelle	1960
cc) Sachliche Rechtfertigung und fehlende Unbilligkeit von unter Einstandspreis angebotenen Lebensmitteln (§ 20 Abs. 3 S. 4 und 5 GWB)	1963
d) Preisscheren (§ 20 Abs. 3 S. 2 Nr. 3 GWB)	1963
aa) Gesetzhistorie	1963
bb) Normadressaten und Schutzrichtung	1964
cc) Gesetzssystematik und Einzelfälle	1964
e) Tipping (§ 20 Abs. 3a GWB)	1966
aa) Normadressaten und relevanter Markt	1968
bb) Behinderung der eigenständigen Erzielung von Netzwerkeffekten durch Wettbewerber	1968
cc) Ernstliche Gefahr, dass der Leistungswettbewerb in nicht unerheblichem Maße eingeschränkt wird	1969
f) Beweiserleichterung (§ 20 Abs. 4 GWB)	1969
III. Wirtschafts- und Berufsvereinigungen sowie Gütezeichengemeinschaften (§ 20 Abs. 5 GWB)	1969
1. Wirtschafts- und Berufsvereinigungen sowie Gütezeichengemeinschaften als Normadressaten (§ 20 Abs. 5 GWB)	1969
2. Ablehnung der Aufnahme in Wirtschafts- und Berufsvereinigungen sowie Gütezeichengemeinschaften (§ 20 Abs. 5 GWB)	1970
§ 27 Rechtsfolgen des § 20 GWB	
A. Zivilrecht	1971
I. Abgrenzung	1971
II. Nichtigkeit (§ 134 BGB)	1972
III. Unterlassung, Beseitigung, Kontrahierungszwang, Schadenersatz (§§ 33, 33a GWB)	1973
1. Unterlassung, Beseitigung, Kontrahierungszwang (§ 33 Abs. 1 GWB)	1973
a) Grundsatz	1973
b) Der Kontrahierungszwang und seine Durchsetzung	1974
c) Ausschreibungspflicht	1975
d) Kontrahierungszwang iSd § 20 Abs. 5 GWB	1975
2. Schadenersatz (§ 33a GWB)	1975
a) Allgemeines	1975
b) Verschulden	1976
B. Verwaltungsverfahren	1977
I. Abstellungsverfügung (§ 32 GWB)	1977
II. Verpflichtungs- sowie Feststellungsverfügung (§ 32 GWB)	1977
C. Bußgeldverfahren	1978

§ 28 Konkurrenzen zu § 20 GWB

A. GWB	1979
I. § 1 GWB	1979
II. § 19 GWB, § 30 Abs. 3 GWB	1979
III. Boykott (§ 21 Abs. 1 GWB)	1980
IV. Nachteilsandrohung etc. (§ 21 Abs. 2 GWB)	1980
B. Behinderung von Mitbewerbern (§ 4 Nr. 4 UWG)	1981
C. EU-Recht	1981

§§ 29–31 (unbelegt)

8. Kapitel. Sonderregelungen für bestimmte Sektoren

§ 32 Landwirtschaftliche Erzeugnisse

A. Die Anwendung der EU-Wettbewerbsregeln auf den Agrarsektor	1983
I. Allgemeines	1983
II. Verfahrensrechtliche Besonderheiten	1989
B. Die Nichtanwendung des Art. 101 AEUV im Agrarsektor	1991
I. Allgemeines	1991
II. Sektorspezifische Ausnahmeregelungen	1992
1. Allgemeines	1992
2. Der Obst- und Gemüsesektor (Art. 160 GMO-Verordnung)	1993
3. Angebotssteuerung in anderen Sektoren	1993
III. Allgemeine Ausnahmeregelungen	1995
1. Allgemeines	1995
2. Die Ausnahmeregelung des Art. 152 Abs. 1a GMO-Verordnung ...	1996
3. Die Ausnahmeregelungen des Art. 209 GMO-Verordnung	1997
aa) Allgemeines.	1997
bb) Die Verwirklichung der GAP-Ziele (Art. 209 Abs. 1	
UAbs. 1 GMO-Verordnung)	1997
cc) Das Genossenschaftsprivileg (Art. 209 Abs. 1 UAbs. 2 GMO-	
Verordnung).	1998
4. Die Ausnahmeregelung des Art. 210 GMO-Verordnung	2000
5. Die Ausnahmeregelung des Art. 210a GMO-Verordnung	2001
6. Die Freistellung nach Art. 101 Abs. 3 AEUV	2002
C. Die Bereichsausnahme im deutschen Kartellrecht (§ 28 GWB)	2003

§ 33 Versicherungen und Banken

A. Grundlagen	2007
I. Begriffsklärung und relevante Bereiche	2007
II. Wettbewerbsrelevante Ausgangsbedingungen	2008
1. Versicherungssektor	2008
2. Bankensektor	2009
III. Bereichsausnahmen, Privilegierung und Freistellung	2012
1. Entwicklung des deutschen Banken- und Versicherungskartellrechts	2012
a) Frühere Bereichsausnahmen	2012
b) Sukzessiver Abbau der Privilegierungen	2012

c) Gesetzliche Sonderfälle	2013
aa) Bundesbank und Kreditanstalt für Wiederaufbau	2013
bb) Sozialversicherungen	2014
d) Dynamische Verweisung auf europäische Gruppenfreistellungen ..	2015
2. Entwicklung des europäischen Banken- und	
Versicherungskartellrechts	2015
a) Anerkannte Besonderheiten	2015
aa) Bankwesen	2015
bb) Versicherungswirtschaft	2016
b) Sozialversicherungen und Unternehmensbegriff	2016
c) Gruppenfreistellung betreffend die Versicherungswirtschaft	2017
IV. Ineinandergreifen des deutschen und europäischen Versicherungs- und	
Bankenkartellrechts	2017
1. Rechtsgrundlagen und Normsystematik	2017
2. Besonderheiten beim behördlichen Informationsaustausch	2018
V. Allgemeiner Rechtsrahmen im Banken- und Versicherungsrecht und	
Verhältnis zum Kartellrecht	2019
1. Versicherungs- und Bankenaufsichtsrecht	2019
2. Single Euro Payments Area (SEPA)	2019
3. Neufassung der Zahlungsdienste-Richtlinie (PSD II)	2021
4. Beihilfen-Regime am Beispiel der Finanzmarktkrise	2022
VI. Erkenntnisse aus einschlägigen Marktuntersuchungen	2023
1. Sektoruntersuchung Unternehmensversicherungen	2023
a) Mit-Rückversicherung und Mitversicherung	2023
b) Vertrieb von Unternehmensversicherungen	2023
c) Horizontale Zusammenarbeit zwischen Versicherern	2023
d) Lange Laufzeiten der Unternehmensversicherungsverträge	2024
2. Sektoruntersuchung Retail-Banking	2024
a) Zahlungssysteme	2024
b) Kreditauskunftssysteme	2025
c) Zusammenarbeit zwischen Banken	2026
d) Festlegung von Preisen und Geschäftsstrategien	2026
3. Grünbuch zur weiteren Integration der Zahlungsverkehrsmärkte ...	2026
4. Untersuchung zu den Kosten von Bar- und Kartenzahlungen	2027
5. Untersuchung zur Anwendung der Verordnung über	
Interbankenentgelte	2027
6. Studie über Entwicklungen auf den Märkten für kartengestützte	
Zahlungen	2027
a) Allgemeine Entwicklung des Zahlungssektors	2028
b) Interbankenentgelte und Systemgebühren	2029
c) Händlergebühren	2029
d) Co-Badging und Wahl der Applikation am Verkaufsort	2029
B. Versicherungswirtschaft und Kartellrecht	2030
I. Normadressaten	2030
II. Marktabgrenzung	2030
1. Sachliche Marktabgrenzung	2030
a) Angebotssubstituierbarkeit	2030
b) Angebotsumstellungsflexibilität	2031
c) Abgrenzung anhand der Nachfrage nach unterschiedlichen	
Versicherungsprodukten	2031
aa) Erstversicherungsmärkte für Nicht-Lebensversicherungen ...	2031
bb) Erstversicherungsmärkte für Lebensversicherungen	2033

cc) Rückversicherungsmärkte	2034
dd) Versicherungsvertrieb	2034
ee) Dienstleistungen an Versicherer	2034
2. Räumliche Marktabgrenzung	2035
a) Erstversicherungsmärkte für Nicht-Lebensversicherungen	2035
b) Erstversicherungsmärkte für Lebensversicherungen	2036
c) Rückversicherungsmärkte	2036
d) Versicherungsvertrieb	2036
e) Dienstleistungen an Versicherer	2036
III. Fusionskontrolle in der Versicherungswirtschaft	2036
1. Europäische Fusionskontrolle	2037
a) Umsatzberechnung	2037
b) Zusammenschlusstatbestände	2038
c) Vorübergehender Anteilerwerb zum Zweck der Veräußerung ..	2038
d) (Versicherungs-)aufsichtsrechtliche Maßnahmen der Mitgliedstaaten (Art. 21 Abs. 4 FKVO)	2038
2. Deutsche Fusionskontrolle	2039
a) Umsatzberechnung	2039
b) Zusammenschlusstatbestände	2039
c) Vorübergehender Anteilerwerb zum Zweck der Veräußerung ..	2039
IV. Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen im Bereich der Versicherungswirtschaft	2040
1. Verbot nach Art. 101 Abs. 1 AEUV	2040
a) Spürbare Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels	2040
b) Wettbewerbsbeschränkendes Verhalten	2040
aa) Informationsaustausch	2041
bb) Versicherungsvertrieb	2043
cc) Risikomanagement	2044
dd) Schadenmanagement und -abwicklung	2044
ee) Fronting	2045
2. Verbot nach § 1 GWB	2045
V. Streichung der Gruppenfreistellung im Bereich der Versicherungswirtschaft	2046
1. Entwicklung und Tradierung der früheren Gruppenfreistellung	2046
a) Erste und zweite GVO für das Versicherungswesen	2046
b) Legalausnahmesystem und Sektoruntersuchung	2046
c) Dritte GVO für das Versicherungswesen	2047
d) Teilweise Tradierung der Wertungen der früheren VO Nr. 267/ 2010 im Legalausnahmesystem	2048
2. Wertungen der früheren VO Nr. 267/2010	2049
a) Begriffsbestimmungen der früheren VO Nr. 267/2010	2049
b) Gemeinsame Erhebungen, Tabellen und Studien nach der früheren VO Nr. 267/2010	2049
aa) Tatbestände	2049
bb) Freistellungsvoraussetzungen	2050
cc) Abstimmungstatbestände	2051
dd) Entzug der Freistellung im Einzelfall	2052
c) Versicherungsgemeinschaften nach der früheren VO Nr. 267/ 2010	2052
aa) Wettbewerbsbeschränkung durch die Versicherungsgemeinschaft	2053
bb) Gegenstand der Freistellung	2054
cc) Marktanteilsschwellen	2054

Inhaltsverzeichnis

dd) Freistellungsvoraussetzungen	2056
ee) Entzug der Freistellung im Einzelfall	2057
VI. Einzelfreistellung im Bereich der Versicherungswirtschaft	2057
1. Einzelfreistellung nach Art. 101 Abs. 3 AEUV	2057
2. Einzelfreistellung nach §§ 2, 3 GWB	2058
VII. Missbrauchsaufsicht im Bereich der Versicherungswirtschaft	2058
C. Bankwesen und Kartellrecht	2058
I. Normadressaten	2058
II. Marktabgrenzung	2059
1. Grobeinteilung der Bereiche	2059
2. Sachliche Marktabgrenzung	2060
a) Abgrenzung von Privatkunden und Gewerbekunden	2060
b) Sortimentsgedanke nicht anwendbar	2061
c) Keine Abgrenzung anhand des Vertriebskanals	2062
d) Abgrenzung anhand der Nachfrage nach unterschiedlichen Bankprodukten	2062
aa) Bankprodukte für Privatkunden	2062
bb) Bankprodukte für Geschäftskunden (KMU)	2065
cc) Bankprodukte für Firmenkunden (große Unternehmen)	2067
dd) Zahlungsverkehr mit Zahlungskarten	2068
3. Räumliche Marktabgrenzung	2068
a) Bankprodukte für Privatkunden	2068
b) Bankprodukte für Gewerbekunden	2069
c) Zahlungsverkehr mit Zahlungskarten	2069
III. Fusionskontrolle im Bereich des Bankwesens	2070
1. Europäische Fusionskontrolle	2070
a) Begriff des Kredit- und Finanzinstituts	2070
b) Umsatzberechnung	2071
c) Vorübergehender Anteilserwerb zum Zweck der Veräußerung ..	2072
2. Deutsche Fusionskontrolle	2072
a) Umsatzberechnung	2072
b) Vorübergehender Anteilserwerb zum Zweck der Veräußerung ..	2073
c) Sonstiges	2073
IV. Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen im Bereich des Bankwesens	2073
1. Verbot nach Art. 101 Abs. 1 AEUV	2073
a) Spürbare Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels	2073
b) Wettbewerbsbeschränkendes Verhalten	2074
aa) Geschäftsverhältnis zum eigenen Bankkunden	2074
bb) Zahlungskarten und Interbankenentgelte	2077
cc) Entgelte für Barverfügungen an fremden Geldautomaten ...	2083
dd) Interbankenverkehr	2083
2. Verbot nach § 1 GWB	2085
V. Einzelfreistellung im Bereich des Bankwesens	2085
1. Einzelfreistellung nach Art. 101 Abs. 3 AEUV	2085
2. Einzelfreistellung nach §§ 2, 3 GWB	2086
VI. Missbrauchsaufsicht im Bereich des Bankwesens	2086

§ 34 Energiewirtschaft

A. Allgemeine Grundlagen	2090
I. Überblick	2090
II. Deregulierung und Re-Regulierung in der Energiewirtschaft	2091

III. Energiewirtschaftliche Grundbegriffe	2093
IV. Die Vorgaben und Eingriffsbefugnisse des europäischen Unionsrechts ..	2094
1. Primärrechtliche Vorgaben	2094
2. Sekundärrechtliche Vorgaben	2096
a) Die Binnenmarktrichtlinien von 1996 und 1998	2096
b) Die Energiemarktregulierung mit den Richtlinien von 2003	2096
c) Versorgungssicherheitsrichtlinie	2097
d) Das sog. „Dritte Liberalisierungspaket“ von 2009	2098
aa) Die Binnenmarktrichtlinien 2009	2098
bb) ACER-VO	2100
cc) StromhandelsVO	2100
dd) ErdgasfernleitungsnetzzugangsVO	2101
e) REMIT-VO	2102
f) Energieeffizienzrichtlinie	2103
g) Das sog. „Winterpaket“ von 2016	2103
h) Der „European Green Deal“ von 2019 und „Fit for 55“ von 2021	2104
i) Die Taxonomie-Verordnung	2105
j) Ausblick	2105
3. Kartellrechtliche Eingriffsbefugnisse der Kommission	2106
a) Überblick	2106
b) Praxis der Kommission	2106
aa) Art. 9 VO (EG) Nr. 1/2003 – Verfahren	2106
bb) Geldbußen	2109
c) Weitere Verfahren	2109
V. Der nationale Rechtsrahmen für die Energiewirtschaft	2110
1. Wichtige Bestimmungen des Energiewirtschaftsgesetzes	2110
a) Überblick	2110
b) Entflechtung	2110
aa) Überblick	2110
bb) Informationelle und buchhalterische Entflechtung	2111
cc) Rechtliche und operationelle Entflechtung	2111
dd) Eigentumsrechtliche Entflechtung	2113
ee) Gaspaket 2024	2114
c) Regulierung des Netzzugangs	2115
d) Sonstige Befugnisse	2117
2. Markttransparenzstelle (§§ 47a ff. GWB)	2117
3. Ordnungsrecht zum Netzzugang und zur Netznutzung	2118
a) Stromnetzzugangsverordnung	2118
b) Stromnetzentgeltverordnung	2118
c) Gasnetzzugangsverordnung	2119
d) Gasnetzentgeltverordnung	2120
e) Anreizregulierungsverordnung	2120
f) Wasserstoffnetzentgeltverordnung	2120
4. Das Recht der Energieversorgung	2121
a) Preisgestaltungsverordnung	2121
b) Grund- und Ersatzversorgung/Allgemeine Versorgungsbedingungen	2121
c) Konzessionsabgabenverordnung	2121
5. Das Recht der Stromeinspeisung	2122
a) Das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG)	2122
b) Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)	2122
c) Kraftwerks-Netzanschlussverordnung	2123

6. Das Messwesen	2124
7. Das Recht der Ladeinfrastruktur	2126
VI. Kartellrechtliche Aufsicht über Energieversorgungsunternehmen – Verhältnis von Kartell- und Regulierungsbehörden	2127
B. Zugang zu Strom- und Gasnetzen	2129
I. Die wirtschaftliche und technische Bedeutung des Netzzugangs	2129
II. Zugang nach früherem Recht	2130
1. Rechtslage vor dem EnWG 1998	2130
2. Rechtslage nach Inkrafttreten des EnWG 1998	2131
a) Spezialgesetzliche Ansprüche für den Zugang zu den Strom- und Gasnetzen	2131
aa) Anspruchsgrundlagen	2131
bb) Verweigerungsgründe	2132
b) Netzzugang aufgrund kartellrechtlicher Bestimmungen	2134
c) Netznutzungsentgelte	2135
aa) Verbändevereinbarungen (VV)	2135
bb) Kartellrechtliche Missbrauchsaufsicht	2136
III. Aktuelle Rechtslage nach Inkrafttreten des EnWG 2005 bzw. 2011	2140
1. Netzanschluss	2140
2. Netzzugangsregelungen	2141
a) Zugangsanspruch und Verweigerungsgründe	2141
b) Ausnahmen	2143
aa) Ausnahme im Zusammenhang mit unbedingten Zahlungsverpflichtungen	2143
bb) Neue Infrastrukturen	2144
3. Netznutzungsentgelte	2145
4. Eingriffsbefugnisse der Regulierungsbehörde	2147
C. Kartellrechtliche Fragen bei der Strom- und Gaslieferung sowie der Stromerzeugung	2150
I. Kartellrechtliche Beurteilung typischer Vertragsklauseln in Energielieferverträgen	2150
1. Überblick	2150
2. Das anwendbare Recht	2151
a) Unionsrecht	2151
aa) Art. 101 AEUV	2151
bb) Art. 102 AEUV	2153
b) Deutsches Kartellrecht	2154
aa) Kartellverbot	2154
bb) Missbrauchsverbot	2155
3. Einzelne typische Klauseln	2155
a) Laufzeitvereinbarungen und faktische Gesamtbedarfsdeckung ...	2155
aa) Rechtsprechung	2155
bb) Amtspraxis	2157
cc) Besonderheiten bei Power-Purchase-Agreements (PPAs)	2161
b) Weiterleitungs- bzw. Weiterveräußerungsverbote	2162
c) Gebietsbeschränkungen	2163
d) Erzeugungsverbote	2163
e) Take-or-Pay-Klauseln	2163
f) Reduzierungs- bzw. Anpassungsklauseln	2164
g) Ölpreisbindungsklauseln	2165
h) Salvatorische Klauseln	2167

II. Missbrauchsaufsicht über Energiepreise	2168
1. Überblick	2168
2. Voraussetzungen des § 29 GWB	2170
a) Marktabgrenzung	2170
aa) Gasmärkte	2170
bb) Strommärkte	2173
b) Missbrauch	2173
aa) § 29 S. 1 Nr. 1 GWB	2173
bb) § 29 S. 1 Nr. 2 GWB	2174
cc) §§ 19, 20 GWB	2175
c) Beweislastumkehr	2177
III. Missbrauchsaufsicht über die Stromerzeugung	2177
D. Kartellrechtliche Fragen der Elektromobilität	2180
I. Überblick	2180
II. Marktabgrenzung	2181
1. Sachliche Marktabgrenzung	2181
2. Räumliche Marktabgrenzung	2182
III. Maßnahmen zur Marktöffnung	2183
1. Vorgaben zu technischer Interoperabilität	2183
2. Vorgaben zu Bezahlverfahren, punktuellm Aufladen und Roaming	2183
3. Perspektiven und Prognosen	2184
E. Fusionskontrolle und Kooperationen in der Energiewirtschaft	2184
I. Fusionskontrolle	2184
1. Überblick	2184
2. Deutsche Fusionskontrolle	2185
a) Anwendungsbereich	2185
b) Zusammenschlusstatbestände	2185
aa) Erwerb des Vermögens ganz oder zu einem wesentlichen Teil	2185
bb) Kontrollerwerb	2186
cc) Anteilserwerb und Gründung von Gemeinschaftsunternehmen	2186
dd) Wettbewerblich erheblicher Einfluss	2187
c) Marktabgrenzung	2190
aa) Strom	2190
bb) Gasmärkte	2193
cc) Weitere Märkte	2197
d) Wettbewerbliche Beurteilung	2198
e) Ministererlaubnis	2202
3. Europäische Fusionskontrolle	2204
a) Anwendungsbereich	2204
b) Zusammenschlusstatbestände	2204
c) Marktabgrenzung	2205
aa) Strommärkte	2205
bb) Gasmärkte	2212
d) Wettbewerbliche Beurteilung	2215
II. Kooperationen in der Energiewirtschaft	2219
1. Überblick	2219
2. Praxis	2220
a) Kooperationen bei Energieeinkaufs-, Erzeugungs- und Vertriebsaktivitäten	2220
b) Kooperationen beim Betrieb von LNG-Terminals	2221

c) Kooperationen im Bereich des (kommunalen) Netzbetriebs	2222
d) Kooperationen im Rahmen von Nachhaltigkeitsinitiativen	2222
F. Konzessionsverträge/Wegenutzungsrechte und Konzessionsabgaben .	2223
I. Inhalt und rechtliche Qualifizierung von Konzessionsverträgen	2223
II. Diskriminierungsfreie Entscheidung über die Vergabe von Wegenutzungsrechten bzw. Konzessionsverträgen	2226
1. Sachliche und räumliche Marktabgrenzung	2226
2. Pflichten im Verfahren	2226
3. Informationsansprüche	2228
4. Auswahlkriterien/Missbrauch	2228
a) Amtspraxis	2229
b) Rechtsprechung	2230
III. Rechtsfolgen bei Beendigung des Konzessionsvertrages	2231
IV. Konzessionsabgaben	2234
 § 35 Unternehmen nach Art. 106 AEUV	
A. Einleitung und Grundbegriffe	2239
I. Funktion, Aufbau und systematische Stellung des Art. 106 AEUV	2239
1. Kurze Übersicht zu Art. 106	2239
2. Art. 106 Abs. 1: Verantwortlichkeit der Mitgliedstaaten	2240
3. Art. 106 Abs. 2: Ausnahmeregelung	2242
4. Art. 106 Abs. 3: Besondere Kompetenzen der Kommission	2242
5. Unterscheidungen und Zusammenhänge	2242
II. Der Unternehmensbegriff des Art. 106 AEUV	2243
1. Allgemeines	2243
2. Einheit unabhängig von Rechtsform und Art der Finanzierung	2244
3. Wirtschaftliche Tätigkeit	2244
a) Tätigkeit von wirtschaftlicher Natur	2244
b) Abgrenzung zur Ausübung staatlicher Hoheitsgewalt	2245
c) Systeme der sozialen Sicherheit und Gesundheitsfürsorge	2247
d) Bildungswesen und Forschungstätigkeiten	2249
B. Die Verantwortlichkeit der Mitgliedstaaten nach Art. 106 Abs. 1 AEUV	2249
I. Begriff des öffentlichen Unternehmens	2250
1. Rückgriff auf die Transparenzrichtlinie	2250
2. Weitergehende Definitionen	2252
II. Begriff der Unternehmen, denen der Staat ausschließliche oder besondere Rechte gewährt („privilegierte Unternehmen“, „Unternehmen mit Sonderrechten“)	2254
1. Allgemeines	2254
2. Die traditionelle Definition der Gewährung ausschließlicher und besonderer Rechte	2254
3. Die erweiterte Definition des EuGH in der Rs	2256
4. Der Gewährungsakt	2260
5. Abgrenzungs- und Auslegungsfragen	2262
a) Richtlinien der Kommission	2262
b) Sonderbeziehung der Inhaber ausschließlicher und besonderer Rechte zum Staat	2263
aa) Allgemeines	2263
bb) Diskretionäre Entscheidung des Staates zur Begünstigung eines Unternehmens oder einer begrenzten Anzahl von Unternehmen	2264
cc) Fälle fehlender ausschließlicher oder besonderer Rechte	2264

c) Die Ausschreibung der Vergabe ausschließlicher oder besonderer Rechte	2265
III. Keine den Verträgen (EUV, AEUV) widersprechende staatliche Maßnahmen	2267
1. Begriff der staatlichen Maßnahme	2267
2. Überblick über die Pflichten des Mitgliedstaates	2269
3. Die Schaffung, Aufrechterhaltung oder Privatisierung öffentlicher Unternehmen	2270
4. Unionsrechtliche Schranken für die Gewährung und Aufrechterhaltung ausschließlicher und besonderer Rechte	2270
5. Beachtung der an die Unternehmen gerichteten Normen (Art. 101, 102 AEUV)	2271
a) Allgemeines	2271
b) Grundvoraussetzungen der Art. 101 und 102 AEUV	2272
c) Art. 106 Abs. 1 iVm dem Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen nach Art. 101 AEUV	2273
d) Art. 106 Abs. 1 iVm dem Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung nach Art. 102 AEUV	2274
aa) Marktbeherrschende Stellung	2275
bb) Aktueller oder potentieller Missbrauch oder gleichartige Auswirkungen	2277
cc) Aktuelle oder potentielle Auswirkungen auf den Handel zwischen Mitgliedstaaten	2298
6. Beachtung der an die Mitgliedstaaten gerichteten Vertragsregeln	2298
a) Erinnerungsfunktion	2299
b) Instrumentalisierungs- und Umgehungsverbot	2299
c) Die Regeln über den freien Warenverkehr (insbes. Art. 34–36 AEUV, ex-Art. 28–30 EG)	2299
aa) Die Praxis der Kommission	2299
bb) Die Rechtsprechung des Gerichtshofs	2300
d) Die Dienstleistungsfreiheit (Art. 56–62 AEUV, ex-Art. 49–55 EG)	2302
aa) Die Praxis der Kommission	2302
bb) Die Rechtsprechung des Gerichtshofs	2302
e) Die Niederlassungsfreiheit (Art. 49–55 AEUV, ex-Art. 43–48, 294 EG)	2305
aa) Die Praxis der Kommission	2305
bb) Die Rechtsprechung des Gerichtshofs	2306
f) Die Pflicht zur Ausschreibung der Vergabe öffentlicher Dienstleistungskonzessionen	2309
g) Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer (Art. 45–48 AEUV, ex-Art. 39–42 EG)	2311
h) Das allgemeine Diskriminierungsverbot gemäß Art. 18 AEUV (ex-Art. 12 EG)	2311
i) Das grenzüberschreitende Element als Voraussetzung der Grundfreiheiten im Binnenmarkt	2312
j) Die Kontrolle staatlicher Beihilfen gemäß Art. 107, 108 AEUV (ex-Art. 87, 88 EG)	2314
IV. Die unmittelbare Anwendbarkeit des Art. 106 Abs. 1 AEUV	2315

V. Das Verhältnis des Art. 106 Abs. 1 AEUV zu bestimmten anderen Vertragsvorschriften	2317
1. Verhältnis des Art. 106 Abs. 1 zu bestimmten staatsgerichteten Normen des Verträge (EUV, AEUV)	2317
a) Allgemeine Loyalitätspflicht nach Art. 3 Abs. 3 EUV iVm Protokoll Nr. 27, Art. 4 Abs. 3 EUV iVm Art. 101/102 AEUV (ex-Art. 3 Abs. 1 lit. g, 10 Abs. 2 iVm Art. 81/82 EG)	2317
aa) Überblick und Zusammenhang	2317
bb) Art. 3 Abs. 3 EUV iVm Protokoll Nr. 27, Art. 4 Abs. 3 EUV iVm Art. 101 AEUV	2319
cc) Art. 3 Abs. 3 EUV iVm Protokoll Nr. 27, Art. 4 Abs. 3 EUV iVm Art. 102 AEUV	2325
dd) Das Verhältnis des Art. 106 Abs. 1 iVm Art. 101/102 AEUV zu Art. 3 Abs. 3 EUV iVm Protokoll Nr. 27, Art. 4 Abs. 3 EUV iVm Art. 101/102 AEUV	2325
b) Art. 37 AEUV (ex-Art. 31 EG)	2327
aa) Überblick und Normzweck	2327
bb) Der sachliche Anwendungsbereich des Art. 37 AEUV	2328
cc) Die Umformungspflicht gemäß Art. 37 Abs. 1 und die Stillhaltepflicht gemäß Art. 37 Abs. 2	2332
dd) Das Verhältnis des Art. 37 zu Art. 106 Abs. 1 und den an die Unternehmen gerichteten EU-Wettbewerbsregeln	2339
2. Verhältnis des Art. 106 Abs. 1 AEUV zu unternehmensgerichteten Normen des AEUV (Art. 101/102)	2340
C. Die Ausnahmeregelung nach Art. 106 Abs. 2 AEUV	2341
I. Übersicht	2341
II. Begünstigte und Tragweite der Ausnahmeregelung des Art. 106 Abs. 2 AEUV	2344
1. Anwendung auf das Verhalten der Unternehmen und auf Maßnahmen der Mitgliedstaaten	2344
2. Einschränkung der Anwendung von primärem und sekundärem Unionsrecht	2346
3. Prüfungsreihenfolge	2347
III. Mit einer Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betrautes Unternehmen (Art. 106 Abs. 2 S. 1, 1. Alt.)	2348
1. Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse	2348
a) Begriff der Dienstleistung iSv Art. 106 Abs. 2	2349
b) Wirtschaftliche Natur der Dienstleistung	2349
c) Allgemeines Interesse an der Erbringung der Dienstleistung	2350
d) Gestaltungsspielraum, Missbrauchskontrolle und unterschiedliche Traditionen der Mitgliedstaaten	2352
2. Betrauung eines bestimmten Unternehmens	2356
a) Funktion der Betrauung	2356
b) Formen und Inhalte eines Betrauungsaktes	2357
c) Umfang und Inhalt der besonderen Aufgabe	2360
IV. Unternehmen mit dem Charakter eines Finanzmonopols (Art. 106 Abs. 2 S. 1, 2. Alt.)	2361
V. Verhinderung der Aufgabenerfüllung	2362
1. Begriff der Verhinderung	2362
a) Grundsätzlich enge Auslegung	2362

b) Verhinderung der Aufgabenerfüllung im Zusammenhang mit Ausgleichssystemen, insbes. Universaldiensten	2363
aa) Staatliche Gewährung ausschließlicher Rechte in Ausgleichssystemen, insbes. im Universaldienstbereich	2363
bb) Bewirkung von Ausschließlichkeit durch Unternehmenshandeln im Universaldienstbereich	2369
cc) Unterschiede im Verhinderungsmaßstab zwischen staatlich bewirkter und privat bewirkter Ausschließlichkeit in Ausgleichssystemen, insbes. im Universaldienstbereich	2370
c) Erwägungen der wirtschaftlichen Zumutbarkeit hinsichtlich Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse außerhalb und unabhängig von Universaldienst und sonstigen Ausgleichssystemen	2371
d) Auswirkungen des Art. 106 Abs. 2 außerhalb von Märkten, in denen eine Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbracht wird	2373
aa) Staatliche Maßnahmen, insbes. die Gewährung und Aufrechterhaltung besonderer und ausschließlicher Rechte ..	2373
bb) Das Verhalten von Unternehmen	2376
e) Keine Aufgabenverhinderung bei „versagendem Monopol“	2377
2. Verhältnismäßigkeitsprüfung, Interessenabwägung	2378
a) Allgemeine Regeln	2378
b) Praxis der Verhältnismäßigkeitsprüfung: Funktionsgarantie statt Strukturbestandsgarantie	2379
c) Strenge Erforderlichkeitsprüfung	2380
d) Zusammenspiel von primärem und sekundärem EU-Recht	2381
3. Verhinderung der besonderen Aufgabe des Finanzmonopols	2381
VI. Die Beeinträchtigung des Unionsinteresses iSv Art. 106 Abs. 2 Satz 2 ..	2382
1. Funktion und Auslegungsregeln	2382
2. Die Beeinträchtigung der Entwicklung des Handelsverkehrs	2383
3. Das Interesse der Union	2384
VII. Die unmittelbare Anwendbarkeit des Art. 106 Abs. 2 AEUV	2385
1. Die Entwicklung der Rechtsprechung	2386
2. Die Haltung der Kommission	2386
3. Die unmittelbare Anwendbarkeit des Art. 106 Abs. 2 Satz 2	2387
4. Die unmittelbare Anwendung des Art. 106 Abs. 2 in der Praxis	2388
VIII. Darlegungs- und Beweislast im Rahmen des Art. 106 Abs. 2 AEUV ...	2389
1. Grundregeln	2389
2. Grenzen der Grundregeln: Vertragsverletzungsverfahren (Art. 258 AEUV) der Kommission gegen Mitgliedstaaten	2390
a) Zusammenfassung	2390
b) Detaillierte Darstellung	2392
aa) Prüfung von Satz 1 des Art. 106 Abs. 2 AEUV	2392
bb) Prüfung von Satz 2 des Art. 106 Abs. 2 AEUV	2394
3. Andere Verfahren	2395
a) Nichtigkeitsklagen gegen Kommissionsbeschlüsse vor EuG und EuGH	2395
b) Verfahren, an denen die Kommission nicht beteiligt ist	2398
IX. Erklärungen und Beispiele zu Art. 106 Abs. 2 AEUV	2400
1. Dienstleistungen von allgemeinem Interesse: Mitteilungen, Grünbuch und Weißbuch der Kommission, Vertragsänderungen ...	2400

2. Die Tatbestandsmerkmale der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse und der Aufgabenverhinderung in verschiedenen Wirtschaftssektoren	2401
a) Überblick	2401
b) Energie	2401
c) Verkehr	2403
d) Telekommunikation/elektronische Kommunikation	2404
e) Post	2405
aa) Die Urteile des Gerichtshofs	2405
bb) Die Postbinnenmarkttrichtlinie und die Bekanntmachung der Kommission	2405
f) Medien	2406
g) Banken	2410
h) Wasserversorgung	2410
i) Abfallentsorgung	2410
j) Arbeitsvermittlung	2411
k) Betriebsrentenfonds	2411
l) Rettungsdienste	2411
3. Art. 106 Abs. 2 AEUV im Recht der staatlichen Beihilfen	2412
a) Grundsätze	2412
b) Sektorspezifische Fragen	2419
D. Art. 106 Abs. 3 AEUV: Die Ermächtigung der Kommission zum Erlass von Richtlinien und Beschlüssen	2421
I. Systematische Stellung und Verhältnis zu den Kompetenzen anderer Unionsorgane	2421
II. Die Aufgaben und Befugnisse der Kommission	2423
1. Allgemeines	2423
2. Verhältnismäßigkeitsprinzip und Ermessen der Kommission	2424
III. Die Instrumente der Kommission, das Erlassverfahren, Formvorschriften, rechtliche Wirkung	2426
1. Einführung, Art. 106 Abs. 3 AEUV schafft keine neuartigen Rechtshandlungsformen	2426
2. Beschlüsse der Kommission nach Art. 106 Abs. 3 AEUV	2427
a) Die Anwendungsmodalitäten	2427
b) Das Aufgreifermessen der Kommission	2427
c) Das Verfahren des Beschlusserlasses	2428
aa) Einführung	2428
bb) Verteidigungsrechte des Mitgliedstaats	2429
cc) Das Vorermittlungsverfahren	2430
dd) Das Hauptverfahren	2431
ee) Rechtliches Gehör bei Verfahrensbeteiligung Dritter	2432
ff) Ergänzende Mahnschreiben	2433
d) Der Erlass des Beschlusses	2434
aa) Voraussetzungen	2434
bb) Eilfälle	2435
cc) Bestimmtheit und Durchsetzung des Beschlusses	2436
e) Das Verhältnis von Kommissionsbeschlüssen nach Art. 106 Abs. 3 AEUV gegen Mitgliedstaaten und nach Art. 101/102 AEUV gegen Unternehmen	2436
f) Annahme, Bekanntgabe und Wirksamwerden der Beschluss	2438

3. Richtlinien der Kommission nach Art. 106 Abs. 3 AEUV	2439
a) Natur und Anwendungsmodalitäten der Kommissionsrichtlinien nach Art. 106 Abs. 3	2439
b) Das Aufgreifermessen der Kommission	2440
aa) Grundlagen	2440
bb) Bisherige Aufgreifpraxis der Kommission	2441
c) Das Verfahren des Richtlinienerlasses	2441
d) Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen der Richtlinie	2442
e) Annahme, Bekanntgabe und Wirksamwerden der Richtlinie	2444
IV. Rechtsmittel im Zusammenhang mit Art. 106 Abs. 3 AEUV	2444
1. Nichtigkeitsklagen gegen das Tätigwerden der Kommission nach Art. 106 Abs. 3	2444
2. Nichtigkeits- und Untätigkeitsklagen gegen das Nichteingreifen der Kommission nach Art. 106 Abs. 3	2445
a) Klagen Einzelner (Unternehmen, Verbände und Bürger)	2445
b) Klagen anderer Mitgliedstaaten und Unionsorgane	2448
V. Das Verhältnis des Art. 106 Abs. 3 AEUV zum Vertragsverletzungsverfahren nach Art. 258 AEUV	2449
1. Beschlüsse	2449
2. Richtlinien	2452
3. Die Definition des Unionsinteresses im Rahmen eines Vertragsverletzungsverfahrens	2452
VI. Die bisherigen Aktivitäten der Kommission nach Art. 106 Abs. 3 AEUV	2453
1. Entscheidungen bzw. Beschlüsse der Kommission	2453
a) Die Entscheidung Griechische Versicherung	2453
b) Die Entscheidung Tarifiermäßigungen Kanarische Inseln und Balearen	2453
c) Die Entscheidung Eilkurierdienstleistungen in den Niederlanden	2453
d) Die Entscheidung Eilkurierdienstleistungen in Spanien	2455
e) Die Entscheidung Hafen von Rødby	2455
f) Die Entscheidung Brüssel-National (Zaventem)	2456
g) Die Entscheidung GSM-Mobilfunk Italien	2457
h) Die Entscheidung GSM-Mobilfunk Spanien	2458
i) Die Entscheidung VTM – Fernsehwerbung in Flandern	2459
j) Die Entscheidung Italienisches Hafenarbeitsgesetz	2459
k) Die Entscheidung Lotsentarife im Hafen von Genua	2460
l) Die Entscheidung Portugiesische Flughäfen	2461
m) Die Entscheidung Spanische Flughäfen (AENA)	2461
n) Die Entscheidung Hybridpostdienst in Italien	2462
o) Die Entscheidung Unzureichende Kontrolle der Bedingungen des Zugangs zum reservierten Postdienst in Frankreich („SNELPD“)	2462
p) Die Entscheidung BdKEP – Beschränkungen im Bereich der Postvorbereitung	2463
q) Der DAWI-Freistellungsbeschluss 2012/21/EU	2463
r) Die Entscheidung Sparbuch A und Blaues Sparbuch	2463
s) Die Entscheidungen Griechischer Braunkohleabbau	2464
t) Die Entscheidung Hybridpostdienste in der Slowakei	2464

2. Richtlinien der Kommission nach Art. 106 Abs. 3 AEUV	2465
a) Die Transparenzrichtlinie	2465
b) Die Richtlinien im Sektor der Telekommunikation bzw. der elektronischen Kommunikation	2467
aa) Die Vorarbeiten	2467
bb) Die schrittweise Umsetzung und die begleitende Harmonisierung	2468
cc) Die Richtlinien der Kommission im Einzelnen	2469
 § 36 Die Behandlung von EGKS-Altfällen	
A. Das Kartellrecht der Montanunion	2477
I. Überblick	2477
II. Konkurrenzen zum seinerzeitigen EG-Kartellrecht	2477
III. Ende des EGKS-Vertrags zum 23. Juli 2002	2478
B. Die Behandlung von EGKS-Altfällen im Einzelnen	2479
I. Kartellverbot	2479
II. Missbrauchskontrolle	2480
III. Fusionskontrolle	2480
 §§ 37–39 (unbelegt)	
 9. Kapitel. Sanktionen, Verfahren und Rechtsmittel im EU-Kartellrecht	
 § 40 Die zivilrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen Art. 101 und 102 AEUV	
A. Zivilrechtliche Wirkungen eines Verstoßes gegen Art. 101 und 102 AEUV	2484
I. Nichtigkeit gemäß Art. 101 Abs. 2 AEUV	2484
1. Grundsätze	2484
2. Trennbarkeit und Teilnichtigkeit	2485
3. Befugnis zur Feststellung der Nichtigkeit	2486
II. Nichtigkeit missbräuchlicher Vereinbarungen gemäß § 134 BGB iVm Art. 102 AEUV	2487
B. Zivilrechtliche Ansprüche aufgrund eines Verstoßes gegen Art. 101 und 102 AEUV	2488
I. Schadensersatzansprüche	2488
1. Grundsätze des Unionsprimärrechts	2488
2. Die Kartellschadensersatzrichtlinie	2493
II. Unterlassungs-, Beseitigungs- und Belieferungsansprüche	2497
C. Parallele Verfahren vor nationalen Gerichten und der Kommission ...	2497
 § 41 Grundsätze des Verwaltungsverfahrens in Wettbewerbssachen	
A. Einführung	2500
I. Die Kommission und die Generaldirektion Wettbewerb	2500
II. Der Grundsatz der kohärenten Anwendung des Gemeinschaftsrechts ...	2502
B. Rechtsquellen des Verfahrensrechts	2502
C. Rechtsnatur und Ablauf des Verfahrens	2504
D. Verfahren bei der formellen Entscheidung: Kollegialprinzip und Verfahren der Beschlussfassung	2507

E. Allgemeine Verfahrensregeln	2509
I. Fehler im Verwaltungsverfahren	2509
1. Rechtsfolgen von Verfahrensfehlern	2509
2. Heilung von Verfahrensfehlern	2510
3. Indiskretionen und Befangenheit	2511
II. Anfechtbarkeit und Nichtigkeit von Entscheidungen	2512
1. Abgrenzung von Anfechtbarkeit und Nichtigkeit	2512
2. Vermutung der Gültigkeit von Rechtsakten	2512
III. Beweisregeln und Beweisverwertungsverbote	2513
1. Beweisregeln	2513
2. Beweisverwertungsverbote für die Kommission	2514
3. Beschränkungen für im Rahmen der Akteneinsicht gewonnene Informationen	2515
IV. Pflicht zur Begründung von Entscheidungen	2516
V. Veröffentlichung von Entscheidungen	2516
VI. Sprachenfragen	2517
VII. Fristen und Verjährung	2517
VIII. Zustellung	2520
IX. Gebühren	2521
F. Die Zusammenarbeit im Netz der Wettbewerbsbehörden (ECN) und die Beteiligung der Mitgliedstaaten an Kommissionsverfahren	2521
I. Allgemeines	2521
II. Informationsrechte und -pflichten	2522
III. Der Beratende Ausschuss	2523
IV. Informationsaustausch	2524
V. Fallverteilung	2526
G. Das Verhältnis der Kommission zu Gerichten der Mitgliedstaaten	2528
I. Allgemeines	2528
II. Zusammenarbeit der Kommission mit den Gerichten der Mitgliedstaaten	2528
III. Parallele Verfahren von Kommission und Gerichten der Mitgliedstaaten	2530
H. Verfahrensregeln in besonderen Sektoren	2531
I. Befugnisse der Kommission im Rahmen des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum	2532

§ 42 Die Ermittlungsbefugnisse der Kommission

A. Allgemeines	2534
I. Adressat der Ermittlungshandlung	2534
II. Anfangsverdacht	2534
III. Mitwirkungspflicht	2536
IV. Sanktionen	2536
V. Wahl der Ermittlungshandlung durch die Kommission	2537
VI. Verwertungsverbote	2537
B. Auskunftsverlangen	2538
I. Einfaches Auskunftsverlangen	2538
II. Auskunftsentcheidung	2539
III. Person des Auskunftspflichtigen	2539
IV. Umfang der Auskunftspflicht	2540

C. Nachprüfungen	2543
I. Formen der Nachprüfung	2543
II. Durchführung der Nachprüfung	2545
III. Umfang der Nachprüfungsbefugnisse	2547
1. Räumlichkeiten des Unternehmens	2548
2. Privaträume	2548
3. Bücher und sonstige Geschäftsunterlagen	2549
4. Mündliche Erklärungen	2551
5. Anwaltsprivileg	2551
D. Mündliche Befragung	2553
E. Rechtsschutz	2554
F. Sektoruntersuchungen	2555

§ 43 Der Antrag auf Negativattest und die Anmeldung von Vereinbarungen mit dem Ziel der Freistellung

§ 44 Das rechtliche Gehör im Verwaltungsverfahren

A. Das rechtliche Gehör im Kartellverfahren	2558
I. Grundsatz des rechtlichen Gehörs	2558
II. Der Anhörungsbeauftragte	2559
III. Rechtsstellung Dritter	2560
IV. Treffen zum Verfahrensstand – „state of play meeting“	2560
B. Beschwerdepunkte	2561
I. Funktion der Beschwerdepunkte	2561
II. Form der Beschwerdepunkte	2561
III. Vollständigkeit der Beschwerdepunkte	2562
C. Akteneinsicht	2564
I. Allgemeines	2564
II. Verfahren der Akteneinsicht nach der Mitteilung	2565
1. Berechtigung zur Akteneinsicht	2566
2. Umfang der Akteneinsicht	2566
a) Einsehbare Dokumente	2566
b) Interne Schriftstücke	2567
c) Geschäftsgeheimnisse und sonstige vertrauliche Informationen	2568
3. Ablauf der Akteneinsicht	2569
4. Folgen unzureichender Akteneinsicht	2570
5. Verwendungsbeschränkung	2571
6. Rechtsschutz im Rahmen der Akteneinsicht	2571
III. Akteneinsicht durch Dritte	2572
IV. Allgemeiner Zugang zu Dokumenten der Kommission	2572
D. Schriftliche Äußerung des Unternehmens	2574
E. Mündliche Anhörung	2575
I. Voraussetzungen	2575
II. Ablauf der mündlichen Anhörung	2575
F. Europäischer Bürgerbeauftragter	2576

§ 45 Der Abschluss des Verfahrens durch Entscheidung und andere Maßnahmen

A. Handlungsformen zur Beendigung des Verfahrens	2578
I. Überblick	2578
II. Einstellung des Verfahrens	2578
III. Übergangsbestimmungen	2579
B. Die Feststellung der Nichtanwendbarkeit (Art. 10 VO Nr. 1/2003) ...	2579
C. Die Verbindlicherklärung von Verpflichtungszusagen (Art. 9 VO Nr. 1/2003)	2580
I. Überblick	2580
II. Voraussetzungen und Verfahren	2581
III. Inhalt	2582
D. Feststellung und Abstellung von Zuwiderhandlungen (Art. 7 VO Nr. 1/2003)	2583
I. Gegenstand der Abstellungsentscheidung	2583
II. Inhalt der Abstellungsanordnung	2584
III. Feststellungsentscheidung	2586
E. Der Entzug des Rechtsvorteils einer Gruppenfreistellungsverordnung (Art. 29 VO Nr. 1/2003)	2587
F. Beratungsschreiben	2587
G. Veröffentlichung der Entscheidung und Behandlung von Geschäftsgeheimnissen	2589
I. Veröffentlichung im Amtsblatt	2589
II. Wahrung von Geschäftsgeheimnissen	2589

§ 46 Geldbußen und Zwangsgelder

A. Geldbußen	2594
I. Allgemeines	2594
II. Adressaten einer Geldbußenentscheidung	2595
1. Unternehmen und Unternehmensvereinigungen	2595
2. Haftung im Konzern	2596
3. Gesamtschuldnerische Haftung beim Innenregress	2600
4. Kartellunterstützer	2601
5. Veränderungen in der Unternehmensstruktur und -inhaberschaft ...	2602
6. Verfahrensrechtliche Aspekte der gesamtschuldnerischen Haftung ..	2605
III. Verschuldenserfordernis	2606
IV. Einzeltat oder einheitliche und fortgesetzte Zuwiderhandlung	2607
V. Bemessung der Geldbuße	2611
1. Allgemeines	2611
2. Gesetzliche Bemessungskriterien	2612
3. Geldbußenobergrenze	2614
4. Bußgeld-Leitlinien der Kommission von 2006	2618
a) Vorbemerkung	2618
b) Grundbetrag	2620
c) Anpassung des Grundbetrages	2626
aa) Erschwerende Umstände	2626
bb) Mildernde Umstände	2628

cc) Aufschlag zur Gewährleistung einer abschreckenden Wirkung	2631
dd) Symbolische Geldbuße, Neuartigkeit und abweichende Berechnungserwägungen	2632
VI. Kronzeugenregelung	2633
1. Allgemeines	2633
2. Antrag und Verfahren	2637
3. Voraussetzungen	2641
a) Vollständiger Erlass der Geldbuße	2641
b) Ermäßigung der Geldbuße	2643
4. Kooperation außerhalb des Anwendungsbereiches der Kronzeugenregelung	2647
VII. Vergleichsverfahren	2648
1. Allgemeines	2648
2. Durchführung des Vergleichsverfahrens	2651
a) Einleitung/Sondierung	2651
b) Vergleichsgespräche	2652
c) Vergleichsausführungen („förmliches Ersuchen“)	2654
d) Mitteilung der Beschwerdepunkte und Erwiderung	2654
e) Entscheidung und Bußgeldreduktion	2654
3. Hybride Vergleichsverfahren	2656
4. Verhältnis von Kronzeugenregelung und Vergleichsverfahren	2659
VIII. Zugang Dritter zu Kronzeugen- und Vergleichserklärungen	2659
IX. Leistungsfähigkeit der Unternehmen	2663
X. Geldbußen bei Verfahrensverstößen	2664
1. Allgemeines	2664
2. Einzelne Tatbestände	2665
XI. Überprüfung der Geldbußenentscheidungen durch die Unionsgerichte	2666
XII. Steuerliche Aspekte	2666
B. Zwangsgelder	2667
C. Verjährung	2670
D. Zahlung, Verzinsung, Erstattung	2672

§ 47 Beschwerden

A. Bedeutung von Beschwerden	2675
B. Voraussetzungen für die Erhebung einer Beschwerde	2676
I. Berechtigtes Interesse des Beschwerdeführers	2676
II. Formvorschriften	2677
C. Rechte des Beschwerdeführers	2677
I. Anspruch auf Untersuchung der Beschwerde	2677
II. Anspruch auf Erlass einer Entscheidung gegen Dritte	2678
III. Fürsorgepflichten gegenüber dem Beschwerdeführer	2678
D. Das Unionsinteresse an der Bearbeitung einer Beschwerde	2678
E. Verfahren der Zurückweisung von Beschwerden	2680
I. Behandlung der Beschwerde durch die Kommission	2680
II. Begründung der Zurückweisung	2682
F. Beschwerden gegen Mitgliedstaaten	2683
G. Rechtsschutz	2683
H. Europäischer Bürgerbeauftragter	2685

§ 48 Einstweilige Maßnahmen

A. Rechtsgrundlage	2685
B. Voraussetzungen	2685
C. Verfahren	2686
D. Regelungsgegenstand	2686
E. Rechtsschutz	2687

§ 49 Rechtsmittel im EU-Kartellrecht

A. Überblick über Rechtsbehelfe gegen Maßnahmen der Kommission in Kartellverfahren	2692
B. Grundzüge des Verfahrens vor den Unionsgerichten	2694
I. Verfahrensregeln	2694
II. Gericht	2694
1. Zuständigkeiten	2695
2. Aufbau	2695
III. Gerichtshof	2697
IV. Der Ablauf des Gerichtsverfahrens	2697
1. Klagefrist	2697
a) Allgemein	2697
b) Fristbeginn	2698
c) Fristberechnung und Fristende	2701
d) Fristversäumung	2704
2. Klageerhebung	2707
a) Inhaltliche Anforderungen an die Klageschrift	2707
b) Formalien	2710
3. Schriftliches Verfahren	2712
a) Klage und Klagebeantwortung	2712
b) Erwiderung und Gegenerwiderung (Replik/Duplik)	2713
c) Vorbringen neuer Angriffsmittel – Präklusion	2713
d) Änderung der Klageanträge	2714
4. Mündliche Verhandlung	2715
a) Vorbericht durch den Berichterstatter	2716
b) Prozessleitende Maßnahmen	2716
c) Mündliche Verhandlung	2718
5. Urteilsverkündung	2720
6. Beschleunigtes Verfahren	2721
V. Verfahrenssprache	2724
VI. Streithilfe	2725
1. Zulässigkeit der Streithilfe	2725
a) Privilegierte Streithelfer	2725
b) Streithilfe durch natürliche und juristische Personen	2726
c) Verhältnis zwischen Streithilfe und Klagebefugnis	2727
d) Antrag auf Zulassung als Streithelfer	2727
2. Rechte der Streithelfer	2728
VII. Kostenentscheidung	2729
1. Antragserfordernis	2729
2. Kostenentscheidung bei Erledigung der Hauptsache und bei Rücknahme der Klage bzw. des Rechtsmittels	2730
3. Kostenentscheidung nach Billigkeitsgesichtspunkten	2731
4. Verjährungsfristen, Verwirkung von Kostenerstattungsansprüchen ..	2731

5. Kostenerstattung für Streithelfer	2731
6. Erstattungsfähige Kosten	2732
7. Kostenfestsetzung	2733
C. Einstweiliger Rechtsschutz	2738
I. Sofortige Vollziehbarkeit und Vollstreckbarkeit von Kommissionsbeschlüssen	2739
1. Abschließende Beschlüsse der Kommission	2739
2. Maßnahmen im Verwaltungsverfahren	2740
II. Einstweiliger Rechtsschutz gemäß Art. 278, 279 AEUV	2741
1. Zulässigkeitsvoraussetzungen	2742
2. Materielle Voraussetzungen	2743
a) Vorbemerkung	2743
b) Notwendigkeit	2744
c) Dringlichkeit: Geltendmachen eines schweren und irreparablen Schadens oder einer unerträglichen Situation für die Allgemeinheit	2744
d) Interessenabwägung	2748
3. Entscheidungspraxis: Fallgruppen	2751
a) Auskunftsverlangen	2751
b) Bußgeldbeschlüsse: Geschäftsgeheimnisse, Zugang zu Dokumenten, Zahlungsverpflichtungen	2752
c) Feststellung von Verstößen gegen Art. 101 oder 102 AEUV und Abstellen des wettbewerbswidrigen Verhaltens	2755
d) Wahrung von Verfahrensrechten	2757
e) Einstweilige Aussetzung im Rahmen der FKVO	2758
4. Vorbeugender Rechtsschutz (Antrag auf Unterlassen eines Rechtsaktes)	2759
D. Anfechtungsklage (Nichtigkeitsklage) gemäß Art. 263 AEUV	2760
I. Allgemein	2760
II. Klagfrist	2760
III. Anfechtbare Rechtsakte	2761
1. Grundsatz	2761
2. Einzelfragen	2763
a) Anfechtbare Rechtsakte	2763
b) Nicht anfechtbare Maßnahmen	2767
c) Bestätigung eines früheren Rechtsaktes	2770
IV. Klagebefugnis	2772
1. Allgemein	2772
2. Klagebefugnis des Adressaten iSv Art. 263 Abs. 4, 1. Alt. AEUV ...	2773
3. Klagebefugnis des Nicht-Adressaten iSv Art. 263 Abs. 4, 2. Alt AEUV	2773
a) „Unmittelbare Betroffenheit“	2773
b) „Individuelle Betroffenheit“	2775
c) Fallgruppen	2776
4. Klagebefugnis bei Handlungen mit Ordnungscharakter iSv Art. 263 Abs. 4 Alt. 3 AEUV	2779
5. Rechtsschutzinteresse	2779
V. Klagegründe gemäß Art. 263 Abs. 2 AEUV	2781
1. Unzuständigkeit	2782
2. Verletzung wesentlicher Formvorschriften	2783
a) Begründungsmangel gemäß Art. 296 Abs. 2 AEUV	2784
b) Verletzung von Verfahrensvorschriften	2787

c) Bestimmungen zur Beschlussfassung innerhalb der Kommission .	2790
d) Ermittlungspflicht der Kommission von Amts wegen	2790
3. Verletzung des AEUV oder einer bei seiner Durchführung anzuwendenden Rechtsnorm	2791
4. Ermessensfehler und Ermessensmissbrauch	2797
5. Beschränkung der Klagegründe?	2798
VI. Nichtigkeitserklärung gemäß Art. 264 AEUV	2799
1. Reichweite gerichtlicher Überprüfung	2799
2. Möglichkeit der Teilanfechtung	2802
3. Uneingeschränkte Überprüfung der Geldbußen (Art. 31 VO Nr. 1/ 2003)	2802
4. Folgen der Nichtigkeitserklärung	2806
a) Rückverweisung an die Kommission	2806
b) Anordnung des Erlasses einer bestimmten Maßnahme durch die Kommission?	2807
E. Untätigkeitsklage gemäß Art. 265 AEUV	2808
I. Überblick	2808
II. Klagebefugnis gemäß Art. 265 Abs. 3 AEUV	2808
III. Erzwingbare Maßnahmen	2810
1. Befassung bei Beschwerden	2810
2. Anordnungsbefugnis des Gerichts gegenüber der Kommission	2811
IV. Zulässigkeitsvoraussetzung: Obligatorisches Vorverfahren gemäß Art. 265 Abs. 2 AEUV	2812
1. Aufforderungsschreiben	2812
2. Eine die Untätigkeit ausschließende Stellungnahme	2812
3. Klagefrist	2814
V. Abgrenzung von Untätigkeitsklage und Anfechtungsklage	2814
F. Schadensersatzklage gemäß Art. 268 AEUV	2816
I. Einleitung	2816
II. Anspruchsvoraussetzungen	2818
III. Klagefrist, Zeitpunkt der Klageerhebung und Verjährung	2823
IV. Durchführung eines Vorverfahrens	2825
V. Zuständigkeit und Anforderungen an die Klageschrift	2826
VI. Ersatzfähiger Schaden	2827
G. Rechtsmittel beim Gerichtshof	2829
I. Einleitung	2829
II. Rechtsmittelfähige Entscheidungen	2831
III. Rechtsmittelfrist	2833
IV. Rechtsmittelbefugnis	2833
V. Beschränkung des Rechtsmittels auf Rechtsfragen	2835
1. Anforderungen an die Rechtsmittelschrift	2835
2. Bindung an die Tatsachenfeststellung durch das Gericht	2836
3. Tatsachen- und Beweiswürdigung durch das Gericht	2837
4. Unzuständigkeit des Gerichts und Verfahrensfehler	2840
5. Verletzung von Unionsrecht	2842
VI. Besonderheiten des Verfahrens	2844
VII. Entscheidung des Gerichtshofs als Rechtsmittelgericht	2845

H. Außerordentliche Rechtsbehelfe	2846
I. Wiederaufnahme des Verfahrens	2846
1. Allgemein	2846
2. Voraussetzungen	2847
3. Gerichtliche Entscheidung	2848
II. Drittwiderspruch	2849
III. Urteilsberichtigung und Urteilsauslegung	2849

10. Kapitel. Sanktionen, Verfahren und Rechtsmittel im deutschen Kartellrecht

1. Abschnitt. Zivilrecht

§ 50 Zivilrechtliche Sanktionen

A. Überblick	2854
B. Rechtsverhältnis der Beteiligten	2854
I. Kartellverbot	2854
1. Nichtigkeit	2854
2. Einschränkungen der Nichtigkeitssanktion	2856
a) Lehre von der fehlerhaften Gesellschaft	2856
b) Schiedssprüche, Vergleiche und Urteile	2858
3. Teilnichtigkeit und geltungserhaltende Reduktion	2859
a) Teilnichtigkeit oder Gesamtnichtigkeit	2859
b) Teilnichtigkeit oder Anpassung überschießender Regelungen ...	2863
4. Ausführungs- und Folgeverträge	2864
II. Missbrauchsaufsicht	2865
III. Fusionskontrolle	2868
C. Drittschutz	2869
I. Zivilrechtsansprüche	2869
II. Verstoß	2870
III. Anspruchsberechtigung	2871
1. Betroffenheit: Der Kreis der potentiell Anspruchsberechtigten	2871
2. Betroffenheit: Haftungsbegründender erster Verletzungserfolg?	2875
a) Abgrenzung von Haftungsgrund und Haftungsumfang bei Vermögensschäden	2878
b) Würdigung der Auffassung des BGH	2884
IV. Anspruchsgegner	2887
V. Anspruchsinhalt	2895
VI. Insbesondere: Schadensersatzansprüche	2898
1. Verschulden	2899
2. Schaden	2901
3. Schadensabwälzung	2903
a) Anwendungsbereich	2904
b) <i>passing-on defence</i>	2906
c) <i>passing-on attack</i>	2910
4. Schadenspauschalierung	2914
5. Mitverschulden	2916
6. Verzinsung	2917
7. Gesamtschuld	2918

8. Rückgriffshaftung	2924
a) Regress des Haftungsschadens	2925
b) Bußgeldregress	2928
9. Bündelung von Ansprüchen mehrerer Anspruchsberechtigter	2934
VII. Verjährung	2937
VIII. Anwendbarkeit	2940
IX. Ausblick	2940

2. Abschnitt. Verwaltungsrecht

§ 51 Entscheidungsbefugnisse der Kartellbehörden und Vorteilsabschöpfung

A. Entscheidungsbefugnisse der Kartellbehörden	2945
I. Einführung	2945
II. Abstellung und nachträgliche Feststellung von Zuwiderhandlungen (§ 32 GWB)	2946
1. Überblick	2946
2. Verfahren	2947
3. Abstellungsverfügung (§ 32 Abs. 1 und 2)	2948
a) Allgemein	2948
b) Abstellungsentscheidung (Abs. 1)	2949
c) Abhilfemaßnahmen zur Abstellung der Zuwiderhandlung (Abs. 2)	2951
4. Rückerstattungsanordnung (§ 32 Abs. 2a)	2953
5. Feststellungsentscheidung (§ 32 Abs. 3)	2954
6. Sanktionen und Rechtsschutz	2955
III. Einstweilige Maßnahmen (§ 32a GWB)	2955
IV. Verpflichtungszusagen (§ 32b GWB)	2959
1. Einführung	2959
2. Verbindlicherklärung von Verpflichtungszusagen	2961
a) Mitteilung von Bedenken nach vorläufiger Beurteilung durch die KartB	2961
b) Angebot von Verpflichtungszusagen	2962
c) Verbindlicherklärung der Zusagen sowie Verzicht auf Abstellungsverfügung und einstweilige Maßnahmen	2963
d) Sanktionen	2964
3. Aufhebung von Verfügungen und Wiederaufnahme des Verfahrens .	2964
4. Rechtsschutz	2965
V. Entscheidung oder Mitteilung über Nichteinschreiten (§ 32c GWB) ...	2966
1. Überblick	2966
2. Förmliche Entscheidung über Nichteinschreiten (§ 32c Abs. 1)	2967
3. „Vorsitzendenschreiben“ (§ 32c Abs. 2)	2969
VI. Entzug der Freistellung (§ 32d GWB)	2969
VII. Maßnahmen nach einer Sektoruntersuchung (§ 32f GWB)	2970
1. Überblick	2970
2. Anwendungsbereich, Zuständigkeit	2972
3. Feststellung einer erheblichen und fortwährenden Störung des Wettbewerbs (§ 32f Abs. 3 S. 1)	2973
4. Anordnung von Abhilfemaßnahmen (§ 32f Abs. 3 S. 6)	2975
5. Veräußerungsanordnung (§ 32f Abs. 4)	2976
6. Verpflichtungszusagen (§ 32f Abs. 6 iVm § 32b)	2977

7. Absenkung der fusionskontrollrechtlichen Aufgreifschwellen (§ 32f Abs. 2)	2978
8. Verfahren, Sanktionen, Rechtsschutz	2978
B. Vorteilsabschöpfung (§§ 34 und 34a GWB)	2979
I. Vorteilsabschöpfung durch Kartellbehörden	2980
II. Vorteilsabschöpfung durch Verbände	2982
 § 52 Ermittlungsbefugnisse der Kartellbehörden	
A. Einführung	2985
B. Auskunftsrecht	2986
I. Formlose Auskunftersuchen	2986
II. Auskunftsverlangen (§ 59 Abs. 1 GWB)	2987
1. Anwendungsbereich	2987
2. Adressaten, Auskunftspflichtige	2989
3. Umfang der Auskunftspflicht	2991
4. Voraussetzungen	2994
a) Anfangsverdacht	2994
b) Erforderlichkeit	2995
c) Geeignetheit	2995
d) Verhältnismäßigkeit	2996
e) Zumutbarkeit	2997
f) Fristen	2997
g) Form	2998
5. Einschränkungen der Auskunftspflicht	2998
a) Auskunftsverweigerungsrechte	2998
b) Geheimhaltungsinteresse	3001
c) Anwaltsgeheimnis	3003
III. Recht zur Befragung (§ 59 Abs. 1 S. 8 GWB)	3003
C. Einsichts- und Prüfungsrecht/Betretungsrecht (§ 59a Abs. 1, 2, 3 GWB)	3004
I. Anwendungsbereich	3005
II. Form/Adressaten	3006
III. Umfang/Grenzen	3006
IV. Betretungsrecht (§ 59a Abs. 3 GWB)	3007
D. Durchsuchungen (§ 59b GWB)	3007
I. Anwendungsbereich	3007
II. Voraussetzungen	3008
III. Form/Adressaten	3008
IV. Umfang/Grenzen	3009
V. Befragung im Rahmen von Durchsuchungen	3010
E. Befugnisse des BKartA nach EU-Recht (§ 50 GWB)	3011
F. Zwangsmittel und Bußgelder	3012
G. Gesetzliches Verwertungsverbot, Amtshilfe, Verwertung in anderen Verfahren	3012
H. Beschwerde gegen Beschlüsse nach §§ 59, 59a und 59b GWB	3013
I. Formalien	3013
II. Besonderheiten	3013
1. Keine aufschiebende Wirkung	3013
2. Praktische Handhabung	3014
3. Feststellungsantrag	3014
III. Rechtsbeschwerde gegen Beschlüsse nach §§ 59, 59a, 59b GWB	3015

I. Befugnis zu Sektoruntersuchungen (§ 32e GWB)	3015
J. Befugnis zur Untersuchung von Verstößen gegen den DMA (§ 32g GWB)	3019
 § 53 Kartellverfahrensrecht (GWB, VwGO, VwVfG, VwZG, VwVG)	
A. Kartellbehörden	3022
I. Übersicht	3022
1. Das Bundeskartellamt	3022
2. Die Landeskartellbehörden	3024
3. Das Bundesministerium für Wirtschaft	3024
II. Zuständigkeit	3024
1. Örtliche Zuständigkeit	3024
2. Sachliche Zuständigkeit (§ 48 Abs. 2)	3024
a) Zuständigkeit des BKartA	3025
b) Zuständigkeit der Landeskartellbehörden	3025
3. Monitoring über Strom- und Gasmärkte (§ 48 Abs. 3)	3026
4. Abweichende Zuständigkeitsverteilung (§ 49 Abs. 3 und 4)	3026
5. Zuständigkeit für Vollzug des europäischen Rechts (§ 50)	3027
6. Andere grenzüberschreitende Sachverhalte	3028
7. Funktionale Zuständigkeit	3028
8. Rechtsfolgen fehlender Zuständigkeit	3029
III. Vorabentscheidung über Zuständigkeit (§ 55 GWB)	3029
IV. Zuständigkeit der Monopolkommission	3029
V. Vergabekammern beim BKartA	3030
VI. Markttransparenzstellen für den Großhandel mit Strom und Gas sowie für Kraftstoffe; Wettbewerbsregister	3031
B. Zusammenarbeit mit anderen Behörden	3031
I. Zusammenarbeit im Netzwerk der europäischen Wettbewerbsbehörden	3031
1. Ermittlungen im Netzwerk der europäischen Wettbewerbsbehörden	3031
2. Zustellung im Netzwerk der europäischen Wettbewerbsbehörden	3032
3. Vollstreckung im Netzwerk der europäischen Wettbewerbsbehörden	3032
4. Informationsaustausch im Netzwerk der europäischen Wettbewerbsbehörden	3033
II. Sonstige Zusammenarbeit mit ausländischen Wettbewerbsbehörden	3034
III. Zusammenarbeit mit anderen Behörden	3034
C. Verfahren	3035
I. Formloses Vorverfahren	3036
II. Förmliches Verfahren	3036
1. Amtsverfahren	3036
2. Antragsverfahren	3037
3. Feststellender Verwaltungsakt	3037
III. Einstweilige Anordnungen, Regelung eines einstweiligen Zustandes (§ 60 GWB)	3038
1. Formelle Voraussetzungen	3038
2. Materielle Voraussetzungen	3038
a) Anordnungsanspruch	3040
b) Anordnungsgrund	3040
3. Inhalt der Regelung	3040
4. Verfahren	3041
5. Entscheidung	3041
6. Rechtsbehelfe, Schadensersatz- und Entschädigungsansprüche	3041

D. Beteiligte am Verfahren	3042
I. Beteiligtenfähigkeit (§ 54 Abs. 4 GWB)	3042
II. Geborene Beteiligte (§ 54 Abs. 2 Nr. 1, 2 und 4 GWB)	3043
1. Allgemein	3043
2. Antragsteller (Nr. 1)	3043
3. Verfügungsadressaten (Nr. 2)	3043
4. Veräußerer (Nr. 4)	3045
5. Bundeskartellamt (§ 54 Abs. 3)	3045
III. Beteiligung kraft faktischer Hinzuziehung	3045
IV. Gekorene Beteiligte kraft Beiladung (§ 54 Abs. 2 Nr. 3 GWB)	3045
1. Allgemein	3045
2. Antragsberechtigte	3046
3. Verfahrensbeteiligte	3046
4. Erhebliche Interessenberührung	3046
5. Beiladungsermessen der Kartellbehörde	3048
6. Zeitpunkt der Beiladung	3052
7. Wirkung der Beiladung	3053
8. Beschwerde	3053
E. Verfahrensregeln	3054
I. Einleitung	3054
II. Justizförmiges Verfahren	3054
1. Unabhängige Beschlussabteilungen	3054
2. Rechtliches Gehör (§ 56 Abs. 1)	3055
a) Bedeutung, Umfang	3055
b) Heilung	3057
3. Akteneinsicht	3058
a) Umfang und Zeitpunkt	3058
b) Form und Ablauf	3059
c) Akteneinsicht durch Dritte	3059
d) Grenzen	3060
4. Untersuchungsgrundsatz (§ 57 Abs. 1)	3061
a) Allgemein	3061
b) Ermittlungsbefugnisse	3062
c) Mitwirkungspflichten der Beteiligten	3065
5. Mündliche Verhandlung (§ 56 Abs. 7)	3065
III. Verfahrensabschluss	3067
1. Formelle Verfügung	3067
a) Tenor, Bestimmtheitsgebot	3067
b) Begründung; Nachschieben von Gründen	3068
c) Heilung	3069
d) Rechtsmittelbelehrung	3069
e) Zustellung	3069
f) Vollstreckung	3070
g) Bindungswirkung einer Verfügung für den Zivilrichter	3070
2. Schriftliche Mitteilung der Beendigung eines Verwaltungsverfahrens	3072
IV. Widerruf und Rücknahme von Verwaltungsakten/Vertrauensschutz/ Wiederaufnahme des Verfahrens	3072
F. Sonstiges Verwaltungshandeln	3073
I. Informationsanfragen, Beratungen	3073
II. Freigaben im Fusionskontrollverfahren	3074
III. Abmahnungen	3074
IV. Auskünfte, Bekanntmachungen (§§ 27, 43, 61 Abs. 3 GWB)	3074

V. Tätigkeitsberichte, Jahresberichte, Fallberichte und Pressemitteilungen sowie Veröffentlichung von Verwaltungsgrundsätzen (§ 53 GWB)	3075
G. Gebühren	3076

§ 54 Rechtsmittel gegen Entscheidungen der Kartellbehörden

A. Überblick	3080
B. Beschwerde (§§ 73 ff. GWB)	3081
I. Zuständige Gerichte	3081
II. Zulässigkeit	3082
1. Beschwerdearten	3082
a) Anfechtungsbeschwerde (§ 73 Abs. 1)	3082
b) Verpflichtungsbeschwerde/Untätigkeitsbeschwerde (§ 73 Abs. 3)	3083
c) Fortsetzungsfeststellungsbeschwerde (§ 76 Abs. 2 S. 2 und Abs. 3)	3084
d) Feststellungsbeschwerde	3087
e) Leistungsbeschwerde	3088
f) Vorbeugende Unterlassungsbeschwerde	3088
2. Beschwerdebefugnis	3089
a) Gesetzliche Regelung (§ 73 Abs. 2 und 3)	3089
b) Rechtsschutzbedürfnis und Beschwer	3092
3. Verfahrensbeteiligte	3095
a) Gesetzliche Regelung	3095
b) Erweiternde Auslegung	3095
4. Rücknahme der Beschwerde	3096
III. Formalien der Beschwerde	3096
1. Anwaltszwang	3096
2. Fristen	3097
a) Einlegungsfrist (§ 74 Abs. 1 und 2)	3097
b) Begründungsfrist (§ 74 Abs. 3)	3098
c) Gemeinsame Vorschriften für Beschwerdeschrift und -begründung	3098
3. Inhalt der Beschwerde	3099
IV. Wirkung der Beschwerde	3100
1. Aufschiebende Wirkung (Suspensiveffekt)	3100
a) Eintritt kraft Gesetzes	3100
b) Entsprechende Anwendung bei Lücken?	3100
c) Durch gerichtliche Anordnung (§ 66 Abs. 2)	3101
2. Entscheidungen nach § 67	3101
a) Anordnung/Aussetzung der sofortigen Vollziehung durch die Kartellbehörde	3101
b) Wiederherstellung bzw. Anordnung der aufschiebenden Wirkung durch Gericht der Hauptsache	3102
3. Einstweilige Anordnungen durch das Gericht der Hauptsache (§ 68 S. 1 iVm § 60)	3106
V. Verfahren vor dem Beschwerdegericht	3107
1. Gesetzliche Grundlage	3107
2. Tatsacheninstanz	3108
3. Untersuchungsgrundsatz (§ 75)	3108
a) Inhalt und Umfang	3108
b) Mitwirkungspflichten der Beteiligten	3109
c) Grenzen der Aufklärungspflicht	3110

4. Mündliche Verhandlung (§ 65)	3110
a) Ladung, Anordnung des persönlichen Erscheinens, Terminnachricht, Anwaltszwang	3111
b) §§ 169 bis 201 GVG iVm § 72 Nr. 1, insbes. § 172 Nr. 2, 174 Abs. 3 GVG	3111
c) Gegenstand der mündlichen Verhandlung, Rechtsgespräch, Fragepflicht	3111
5. Beweiserhebung	3112
a) Erforderlichkeit	3112
b) Verfahren	3113
6. Zwischenverfahren nach § 70 Abs. 2 S. 4–6	3113
VI. Beschwerdeentscheidung	3114
1. Form und Inhalt	3114
2. Entscheidungsgrundlage/Zeitpunkt	3115
3. Umfang der Ermessensüberprüfung	3116
4. Rechtliches Gehör, Akteneinsicht, Geschäftsgeheimnisse	3117
5. Entscheidung über die Zulassung der Rechtsbeschwerde	3120
6. Rechtsmittelbelehrung	3122
7. Verkündung, Zustellung, Abschriften an Dritte	3123
8. Tatbestandsberichtigung	3123
C. Rechtsbeschwerde	3124
I. Formalien	3124
1. Rechtsbeschwerdebefugnis	3124
2. Einlegung, Frist, Form	3124
3. Begründung	3124
II. Umfang der rechtlichen Nachprüfung	3124
1. Rüge von Verfahrensfehlern	3124
2. Verstöße gegen materielle Vorschriften	3125
III. Inhalt der Entscheidung	3126
D. Ausschließliche Zuständigkeit des BGH für Verfahren nach § 19a GWB	3126
I. Zielsetzung	3127
II. Reichweite der Ausnahmeregelung	3127
III. Verfahren	3128
IV. Kritik	3129
V. Ausblick	3130
E. Kosten/Streitwert	3130

3. Abschnitt. Ordnungswidrigkeitenrecht und Strafrecht

Vorbemerkung zu §§ 55–58: Die Sanktionierung von Kartellabsprachen im Ordnungswidrigkeiten- und Strafrecht

§ 55 Ordnungswidrigkeitenrecht

A. Der Ordnungswidrigkeitentatbestand des § 81 GWB	3136
I. Hauptfallgruppen aus der Praxis	3136
1. Unzulässige Kartellabsprachen zwischen Wettbewerbern	3137
2. Submissionsabsprachen	3138
3. Verstöße gegen fusionskontrollrechtliche Vorschriften	3140
4. Druckausübung	3143

5. Boykott	3144
6. Preisbindungsverbot	3145
II. Verjährung von Einzelverstoß und Serientat	3146
1. Grundsätze des Verjährungsrechts	3146
2. Einheitstäterbegriff und Zurechnung von Tathandlungen	3149
a) Die Beendigung der Tat in der Rechtsprechung des BGH	3149
b) Sonstige Zurechnungsgrenzen	3152
B. Formen der Täterschaft	3153
I. Unmittelbare Täterschaft und „Handeln für einen anderen“	3153
II. Aufsichtspflichtverletzung gem. § 130 OWiG	3155
1. Allgemeine Grundsätze	3155
2. Anforderungen an Aufsichtsmaßnahmen im Einzelnen	3156
a) Grundsätze	3156
b) Beispiele aus der Rechtsprechung	3157
c) Einzel- oder Kollegialverantwortung	3158
d) Besondere Aufsichtspflichten	3159
aa) Vortaten	3159
bb) Niederlassungsbezogene Aufsichtspflichten	3159
cc) Aufsichtspflichten im Konzern	3160
III. Geldbuße gegen juristische Personen und Personenvereinigungen gem. § 30 OWiG	3162
1. Selbstständigkeit der Verbandsbuße	3162
2. Bußgeldfestsetzung im Konzern	3163
a) Rechtslage vor Inkrafttreten der 9. GWB-Novelle (2017)	3163
b) Neuregelung des § 81a Abs. 1 GWB (§ 81 Abs. 3a GWB aF) ...	3164
aa) Voraussetzungen des § 81a Abs. 1 GWB (§ 81 Abs. 3a GWB aF)	3164
bb) Nachweisanforderungen im Hinblick auf die Ausübung bestimmenden Einflusses	3169
cc) Rechtsfolgen	3172
dd) Kritik	3172
3. Bußgeldfestsetzung bei Rechtsnachfolge	3174
a) Rechtslage vor Inkrafttreten der 8. GWB-Novelle 2013	3174
b) Einführung des § 30 Abs. 2a OWiG im Rahmen der 8. GWB- Novelle 2013	3175
c) Einführung der kartellrechtlichen Nachfolgehafung durch die 9. GWB-Novelle 2017	3177
C. Rechtskraft und Doppelahndung	3180
I. Strafklageverbrauch	3180
II. Aktive Täterschaft neben Aufsichtspflichtverletzung	3182
III. Die Bedeutung der BGH-Rechtsprechung zum Fortsetzungszusammenhang	3183
1. Rechtsprechung bis 1994	3183
2. Rechtsprechung seit 1994	3184
3. Konsequenzen	3186
a) Bußgeldrechtliche Konsequenzen	3186
b) Zivilrechtliche Konsequenzen	3188
D. Vorsatz, Fahrlässigkeit und Irrtum	3189
I. Vorsatz und Fahrlässigkeit	3189
II. Irrtumsfragen	3190
1. Tatbestandsirrtum	3190
2. Verbotsirrtum	3191

§ 56 Kartellstrafrecht (§§ 263 und 298 StGB)

A. Einleitung: Sanktionsrahmen im Ordnungswidrigkeiten- und Strafrecht	3194
B. Allgemeine Zuständigkeit der Verfolgungsbehörden	3196
C. Die Straftatbestände im Einzelnen	3198
I. Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB)	3198
1. Tatbestand	3198
2. Tätige Reue	3202
II. Submissionsbetrug gem. § 263 StGB	3203
1. Tatbestand	3203
2. Eingehungsbetrug	3204
a) Entscheidungen des BGH	3204
b) Kritik im Schrifttum	3205
3. Erfüllungsbetrug	3205
a) Entscheidungen des BGH	3205
b) Vorsatz und Irrtum	3205
III. Sonstige Straftatbestände	3206

§ 57 Verfahrensrecht

A. Zuständigkeit der Verfolgungsbehörden	3211
I. Landeskartellbehörden und Bundeskartellamt (§ 48 GWB)	3211
II. Kartellbehörden und Staatsanwaltschaften	3214
1. Primäre Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft	3214
2. Abgabe des Verfahrens an die Kartellbehörde	3215
3. Abgabe des Verfahrens von der Kartellbehörde an die Staatsanwaltschaft	3215
4. Übernahme des Verfahrens durch die Staatsanwaltschaft	3216
B. Verfahrensablauf und Rechte der Betroffenen	3216
I. Verfahrenseröffnung	3216
II. Ermittlungsmaßnahmen	3218
1. Einleitung	3218
2. Auskunftsverlangen (umfassend für das Verwaltungsverfahren → § 52 Rn. 3 ff.)	3220
3. Durchsuchung und Beschlagnahme	3224
a) Durchsuchung bei Verdächtigen und Unverdächtigen	3224
b) Anordnung der Durchsuchung	3225
c) Rechtsbehelfe gegen Durchsuchungsanordnung	3226
d) Ablauf der Durchsuchung	3227
e) Mitwirkungspflichten anwesender Personen	3228
f) Vorsätzliche Störungen	3230
g) Beschlagnahme	3230
h) Durchsicht von Geschäftspapieren	3231
i) Anordnung der Beschlagnahme	3231
j) Beschlagnahmeprivilegien	3232
aa) Durchsuchung und Beschlagnahme beim externen Rechtsanwalt	3232
bb) Dokumente im Gewahrsam des Mandanten	3234
cc) Verhältnis von Verteidigerprivileg und „Legal Privilege“	3236
k) Zufallsfunde	3237

l) Richterliche Bestätigung und Rechtsbehelfe	3238
m) Protokollierung von Durchsuchung und Beschlagnahme	3238
4. Zeugenvernehmung	3239
a) Grundsätzliche Rechte und Pflichten der Zeugen	3239
b) Zeugnisverweigerungsrechte	3240
c) Auskunftsverweigerungsrechte	3241
d) Aussagepflicht juristischer Personen oder Personenvereinigungen	3242
e) Rechtsanwalt als Zeugenbeistand	3243
5. Vernehmung des Betroffenen bzw. Beschuldigten	3243
a) Der Grundsatz der Aussagefreiheit	3243
b) Recht zur Verteidigerkonsultation	3245
6. Informationsübermittlung	3245
III. Verteidigerbestellung und Akteneinsicht	3247
1. Verteidiger	3247
2. Akteneinsicht	3248
3. Rechtliches Gehör im Ermittlungsverfahren	3254
IV. Beweiswürdigung und Abschluss des Ermittlungsverfahrens	3255
1. Ordnungswidrigkeitenverfahren	3255
a) Einstellung des Verfahrens durch die Kartellbehörde	3256
aa) Einstellung gem. § 170 Abs. 2 StPO iVm § 46 Abs. 1 OWiG	3256
bb) Einstellung gem. § 47 OWiG	3256
b) Erlass eines Bußgeldbescheids	3257
aa) Streitiger Bescheid oder einvernehmliche Verfahrensbeendigung („Settlement“)	3257
bb) Formelle Anforderungen an die Abfassung eines Bußgeldbescheids	3257
2. Strafverfahren	3258
a) Einstellung des Verfahrens nach § 170 Abs. 2 StPO	3258
b) Einstellung gem. § 153 StPO	3259
c) Einstellung gem. § 153a StPO	3259
d) Verfolgungsbeschränkung gem. §§ 154, 154a StPO	3260
e) Anklageerhebung und Strafbefehlsantrag	3260
V. Sanktionsbemessung und Kosten des Verfahrens	3260
1. Bußgeldbemessung nach GWB und OWiG	3260
a) Gesetzliche Vorgaben für die Bußgeldbemessung	3261
aa) Bußgeldgrundrahmen	3261
bb) Sonderbußgeldrahmen gem. § 81 Abs. 2 GWB aF/ Mehrerlösbußen	3262
cc) Bußgeldrahmen bis zu 10 % des Gesamtumsatzes	3264
dd) Die Bußgeldleitlinien des BKartA	3270
ee) Bestehen einer „Sanktionslücke“ zwischen Verkündung der 7. GWB-Novelle 2005 und Inkrafttreten der Preissmissbrauchsnovelle 2007?	3271
ff) Buße zur Abschöpfung des wirtschaftlichen Vorteils gem. § 17 Abs. 4 OWiG	3272
gg) Einziehungsanordnung nach § 29a OWiG	3274
b) Die Zumessungskriterien für natürliche Personen (für juristische Personen → Rn. 127 ff.) im Einzelnen	3275
aa) Tatbezogene Zumessungskriterien	3275
bb) Schuldbezogene Zumessungskriterien	3277
cc) Die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Täters gem. § 17 Abs. 3 OWiG	3278

dd) Bußgeldhöhe und -kumulation bei Tatmehrheit	3278
ee) Die Regelung des § 81d Abs. 1 S. 1 GWB	3279
c) Bußgeldzumessung gegenüber juristischen Personen und Personenvereinigungen	3280
aa) Grundsätze	3280
bb) Art und Ausmaß der Zuwiderhandlung (§ 81d Abs. 1 S. 2 Nr. 1 GWB)	3281
cc) Bedeutung der betroffenen Produkte und Dienstleistungen (§ 81d Abs. 1 S. 2 Nr. 2 GWB)	3281
dd) Art der Ausführung (§ 81d Abs. 1 S. 2 Nr. 3 GWB)	3281
ee) Vorausgegangene Zuwiderhandlungen des Unternehmens (§ 81d Abs. 1 S. 2 Nr. 4 GWB erster Teil)	3281
ff) Compliance-Maßnahmen des Unternehmens (§ 81d Abs. 1 S. 2 Nr. 4 GWB zweiter Teil)	3282
gg) Positives Nachtatverhalten (§ 81d Abs. 1 S. 2 Nr. 5 GWB) ..	3282
hh) Wirtschaftliche Verhältnisse (§ 81d Abs. 2 S. 1 GWB)	3283
ii) Bußgeldleitlinien des BKartA	3284
d) Kronzeugenprogramm	3287
e) Kosten im außergerichtlichen Verfahren	3291
2. Anordnung des Vermögensarrests, § 30 Abs. 6 OWiG	3292
a) Prüfungsvoraussetzungen	3292
b) Zuständigkeit	3293
c) Kritik an der Regelung	3294
3. Sanktionsbemessung im Strafverfahren	3294
4. Zahlungserleichterungen	3295
a) Bußgeldverfahren	3295
b) Strafverfahren	3295
5. Steuerliche Behandlung von Geldbußen, Geldstrafen, Haftungsbeträgen und Verfahrenskosten	3296
a) Geldbußen nach § 81d Abs. 3 GWB iVm § 17 Abs. 4 OWiG ...	3296
b) Geldbußen nach § 81c Abs. 2 GWB und Geldstrafen	3296
c) Haftungsbetrag nach § 81e GWB	3298
d) Verfahrenskosten	3299
6. Verzinsung des Bußgeldes	3299
7. Sonstige Sanktionen und Sanktionsfolgen	3301
a) Eintragung in das Gewerbezentralregister, Bundeszentralregister oder Wettbewerbsregister	3301
aa) Gewerbezentralregister	3301
bb) Bundeszentralregister	3301
cc) Wettbewerbsregister	3302
b) Ausschluss von weiteren Vergaben	3304
c) Zivilrechtliche Beseitigungs-, Unterlassungs- und Schadensersatzansprüche	3305

§ 58 Rechtsmittel im OWiG-Verfahren

A. Einspruch gegen Bußgeldbescheid gem. § 67 OWiG zum OLG	3309
I. Sonderrechtsweg vor Kartellgerichte	3309
II. Wesen des Einspruchs	3309
III. Frist und Form	3311
IV. Verfahren nach Einspruchseinlegung	3311
1. Allgemeines	3311
2. Rücknahme des Einspruchs und Rechtsmittelverzicht	3312

3. Zuständigkeit des OLG/Verweisung an andere Spruchkörper	3313
a) Verweisung an das Strafgericht	3313
b) Einstellungsurteil und -beschluss	3314
c) Hauptverhandlung oder Beschlussverfahren	3314
4. Ablauf der Hauptverhandlung	3314
5. Verständigungslösung im gerichtlichen Verfahren gem. § 257c StPO	3316
6. Abfassung des Urteils und Rechtskraft	3317
B. Rechtsbeschwerde zum BGH gem. § 79 OWiG	3317
I. Zuständiges Rechtsbeschwerdegericht	3317
II. Wesen der Rechtsbeschwerde	3317
III. Form und Frist	3318
IV. Gegenstand des Verfahrens	3319
V. Entscheidungsmöglichkeiten	3319

11. Kapitel. Kartellzivilprozesse

§ 59 Einführung, Rechtsweg, Zuständigkeit

A. Einführung	3324
I. Vorbemerkung	3324
II. Änderungen seit der 7. GWB-Novelle	3325
1. Verhältnis zur Sozialgerichtsbarkeit	3325
2. Die 8. GWB-Novelle	3325
a) Zuständigkeit der Kammer für Handelssachen	3325
b) Verbandsklagebefugnis	3325
3. Die 9. GWB-Novelle	3325
4. Die 10. GWB-Novelle	3326
5. Die 11. GWB-Novelle	3326
B. Rechtsweg	3327
I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten	3327
II. Abgrenzungsfragen	3328
1. Abgrenzung zu öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten	3328
a) Allgemeines	3328
b) Grundsätze	3328
c) Prozesse gegen fiskalisches Handeln der öffentlichen Hand	3329
d) Aktivprozess der öffentlichen Hand	3329
e) Vorfragen	3329
2. Verhältnis zur Sozialgerichtsbarkeit	3329
a) Rechtslage bis zum 31.12.2010	3329
b) Rechtslage ab dem 1.1.2011	3329
III. Rechtswegzuständigkeit	3330
1. Allgemeines	3330
2. Entscheidung über den Rechtsweg	3330
C. Zuständigkeit der Kartellgerichte	3331
I. Sachliche Zuständigkeit	3331
1. Ausschließliche Zuständigkeit	3331
a) Allgemeines	3331
b) Vorrang der Zuständigkeit der Kartellgerichte	3331
2. Landgerichte (§ 87 GWB)	3331
a) Grundlagen	3331
b) Kartellstreitsachen im engeren Sinn (§ 87 S. 1 GWB)	3332

c) Kartellstreitsachen im weiteren Sinn (§ 87 S. 2 GWB) – Rechtsstreitigkeiten mit kartellrechtlichen Vorfragen	3333
aa) § 87 S. 2 GWB und die Rechtslage bis zur 6. GWB-Novelle	3333
bb) Zuständigkeit des angerufenen Kartellgerichts	3333
cc) Unzuständigkeit des angerufenen Nicht-Kartellgerichts	3334
d) Auftreten kartellrechtlicher Fragen im Laufe des Rechtsstreits ...	3335
e) Vorläufiger Rechtsschutz	3335
3. Besondere Kartell-Landgerichte kraft Zuweisung (§ 89 GWB)	3336
a) § 89 Abs. 1 GWB	3336
b) Kartell-Landgerichte durch Staatsvertrag	3337
c) Auswirkung auf die anwaltliche Vertretung	3337
4. Rechtsfolgen fehlender Zuständigkeit	3337
a) Allgemeines	3337
b) Negative Kompetenzkonflikte	3338
5. Oberlandesgerichte (§§ 91, 92, 93 GWB)	3338
a) Zuständigkeit für Zivil-, Verwaltungs- und Bußgeldsachen	3338
b) Kartellsenate	3339
c) Begriff der Kartellsache	3339
aa) Frühere Auslegung	3339
bb) Neuregelung durch die 6. GWB-Novelle	3339
d) Fristwahrende Einlegung der Berufung	3340
e) Nachträgliche Kartellberufungssachen	3341
f) Besondere Kartellberufungsgerichte durch Zuweisung	3341
g) Kartell-Oberlandesgerichte durch länderübergreifende Zuweisung	3341
6. Der Bundesgerichtshof (§ 94 GWB)	3341
a) Kartellsenate	3341
b) Begriff der Kartellsache	3342
c) Unterbleiben der Abgabe an den Kartellsenate	3342
II. Funktionelle Zuständigkeit	3342
1. Zivilkammer und Kammer für Handelssachen	3342
2. Verweisungen zwischen Kammer für Handelssachen und Zivilkammer	3343
III. Örtliche Zuständigkeit	3343
1. Allgemeine Vorschriften der Zivilprozessordnung	3343
2. Gerichtsstände	3344
IV. Internationale Zuständigkeit der deutschen Gerichte	3344
1. Grundlagen	3344
a) Einführung	3344
b) EU-Verordnungen und Staatsverträge	3345
2. EuGVVO	3345
a) Anwendbarkeit auf Kartellsachen	3345
b) Gerichtsstände der EuGVVO	3346
aa) Allgemeines	3346
bb) Gerichtsstand des Sachzusammenhangs	3348
cc) Gerichtsstand für einstweilige Maßnahmen	3348
c) Gerichtsstandsvereinbarungen	3348
d) Auswirkungen des Brexits	3349
D. Sonderregelung der Klageverbindung (§ 88 GWB)	3349
I. Anspruchshäufung und Auswirkungen	3349
1. Objektive Klagehäufung	3349
2. Subjektive Klagehäufung	3350
3. Verbindung mit einer Widerklage	3350
II. Verbindung in derselben Prozessart	3350

E. Streitwertanpassung (§ 89a GWB)	3350
F. Benachrichtigung und Beteiligung der Kartellbehörden (§ 90 GWB)	3352
I. Unterrichtung der Kartellbehörden	3352
II. Beteiligung der Kartellbehörden	3352
1. Zuständigkeit	3352
2. Ausübung der Beteiligungsrechte	3352
3. Stellungnahme zur Schadenshöhe	3353
4. Verbraucherrechtliche Streitigkeiten	3353

§ 60 Zivilprozess und Europäisches Kartellrecht

A. Grundlagen	3355
I. Die Anwendung europäischen Kartellrechts durch die Gerichte der Mitgliedstaaten	3355
II. Der Grundsatz der Verfahrensautonomie und seine Einschränkungen	3355
B. Die Kommission und die Gerichte der Mitgliedstaaten	3356
I. Die Kommission	3356
II. Die Parallelzuständigkeit von Kommission und Gerichten im System der Legalausnahme	3356
1. Die Rechtslage vor dem 1.5.2004	3356
2. Das geltende Recht	3357
III. Das Verhältnis der Gerichte der Mitgliedstaaten zur Kommission	3357
1. Allgemeines	3357
2. Die Bindungswirkung nach Art. 16 VO Nr. 1/2003	3357
a) Grundsatz	3357
b) Voraussetzungen	3358
aa) Identität des Gegenstands	3358
bb) Entscheidungen mit Bindungswirkung	3358
c) Eintritt der Bindungswirkung von Kommissionsentscheidungen	3359
d) Reichweite	3359
e) Rechtsfolgen der Nichtbeachtung des Art.	3359
3. Aussetzung nach § 148 ZPO	3360
4. Die Kooperation von Kommission und Gerichten	3360
a) Art. 15 VO Nr. 1/2003 und § 90a GWB	3360
b) Die Bekanntmachung der Kommission	3361
C. Das Vorabentscheidungsverfahren nach Art. 267 AEUV	3361
I. Grundlagen	3361
II. Verfahren	3362
1. Allgemeines	3362
2. Vorlagefähige Fragen	3363
3. Zur Vorlage befugte Gerichte	3363
4. Voraussetzungen	3364
5. Wiederholte Vorlagen	3364
6. Parallele Vorlagen	3364
7. Vorlagepflicht nach Art. 267 Abs. 3 AEUV	3365
8. Verfahren im Ausgangsstreit	3366
a) Allgemeines	3366
b) Anfechtbarkeit der Vorlageentscheidung?	3366
9. Der Inhalt des Vorabentscheidungsersuchens	3366
10. Die Grundzüge des Verfahrens vor dem EuGH und die Stellung der Parteien	3367
11. Die Entscheidung des Gerichtshofs	3369

12. Die Urteilstwirkungen	3369
13. Die Rechtsfolgen verfahrensfehlerhafter Vorlage oder Nichtvorlage ..	3370
14. Vertretung der Parteien und Kosten	3370
D. Reformen	3370
I. Stärkung der privaten Durchsetzung des Europäischen Kartellrechts	3370
II. Die Schadensersatzrichtlinie (RL 2014/104/EU) vom 26. November 2014	3371
 § 61 Zivilprozessualer Rechtsschutz in Kartellsachen (ohne Kartellschadensersatzprozesse)	
A. Einleitung	3373
B. Verfahren	3373
I. Klagearten	3373
1. Leistungsklagen	3373
2. Feststellungsklagen	3373
3. Gestaltungsklagen	3375
II. Vorläufiger Rechtsschutz	3375
C. Besonderheiten	3375
I. Verbandsklagebefugnis (§ 33 Abs. 4 GWB)	3375
II. Prüfungskompetenz der Zivilgerichte	3376
1. Das System der Legalausnahme	3376
2. Bindung der Zivilgerichte an kartellbehördliche Entscheidungen (§ 33b GWB, vormals: § 33 Abs. 4 GWB)	3376
D. Darlegungs- und Beweislast	3377
I. Grundsätze	3377
II. Besonderheiten der Marktbeherrschungsvermutungen in § 18 GWB und der Missbrauchsverbote in §§ 19 bis 21 GWB	3378
1. Die Marktbeherrschungsvermutungen in § 18 Abs. 4, 6 und 7 GWB	3378
a) Allgemeines	3378
b) Einzelmarktbeherrschungsvermutung (§ 18 Abs. 4 GWB)	3378
c) Oligopol-Marktbeherrschungsvermutungen (§ 18 Abs. 6, 7 GWB)	3378
2. Das Verbot des Missbrauchs marktbeherrschender Stellungen nach § 19 GWB	3379
a) Behinderungsmisbrauch (§ 19 Abs. 2 Nr. 1, 1. Alt. GWB)	3379
b) Diskriminierung (§ 19 Abs. 2 Nr. 1, 2. Alt. GWB)	3379
c) Ausbeutungsmisbrauch (§ 19 Abs. 2 Nr. 2 GWB)	3379
d) Strukturmissbrauch (§ 19 Abs. 2 Nr. 3 GWB)	3379
e) Missbräuchliche Zugangsverweigerung (§ 19 Abs. 2 Nr. 4 GWB)	3379
f) Vorteilsgewährung (§ 19 Abs. 2 Nr. 5 GWB)	3380
3. Das Verbot missbräuchlichen Verhaltens durch marktstarke Unternehmen und Unternehmen mit überlegener Marktmacht in § 20 GWB	3380
a) § 20 Abs. 1 und Abs. 1a GWB	3380
b) § 20 Abs. 3	3380
c) § 20 Abs. 3, 3a und 4 GWB	3380
d) § 20 Abs. 4	3381
4. Das Boykottverbot (§ 21 GWB)	3381

E. Prozessuale Durchsetzung von Abwehr- und Belieferungsansprüchen	3381
I. Abwehransprüche (§ 33 Abs. 1 GWB)	3381
II. Belieferungsansprüche als Gegenstand von Klageverfahren	3383
1. Überblick	3383
2. Leistungsklage	3384
3. Feststellungsklage	3385
4. Unterlassungsklage als effektivere Rechtsschutzmöglichkeit?	3385
III. Belieferungsansprüche im Wege der einstweiligen Verfügung	3386
1. Allgemeines	3386
2. Leistungsverfügungen auf Belieferung	3388
3. Antrag	3389

§ 62 Kartellschadensersatzprozesse

A. Vorbemerkung	3390
B. Grundlagen	3390
C. Klagearten	3392
I. Leistungs- und Feststellungsklage	3392
II. Leistungsklage	3393
III. Feststellungsklage	3394
1. Zulässigkeit (Feststellungsinteresse)	3394
2. Die Begründetheit	3395
D. Anspruchsbündelung	3395
E. Beweisfragen	3396
I. Grundlagen	3396
II. Der nach § 286 ZPO zu führende Beweis	3396
1. Allgemeines	3396
2. Die Bindungswirkung kartellbehördlicher Entscheidungen	3397
a) Vorbemerkungen	3397
b) Sachliche Reichweite – Feststellungswirkung	3397
c) Persönliche Reichweite	3398
d) Räumliche Reichweite	3399
e) Zeitliche Reichweite	3399
3. Betroffenheit	3399
4. Das Beweismaß des § 286 ZPO	3400
III. Der nach § 287 ZPO zu führende Beweis	3401
1. Beweismaß und Darlegungsanforderungen	3401
2. Die Beweisführung	3403
3. Anscheins- und Indizienbeweis	3404
a) Kein Anscheinsbeweis für die Entstehung von Kartellschäden	3404
b) Indizienbeweis	3405
aa) Grundlagen	3405
bb) Notwendigkeit des Indizienbeweises in Kartellschadensersatzfällen	3406
cc) Beweiserhebung und Beweiswürdigung	3406
IV. Entscheidung durch Zwischenurteil über den Grund (§ 304 ZPO)	3409
V. Die Vermutung des § 33a Abs. 2 S. 1 GWB	3410
VI. Schadensersatzansprüche mittelbarer Abnehmer	3411
1. Allgemeines	3411
2. Die Vermutung des § 33c Abs. 2 GWB	3412
VII. Passing-on-defence/Vorteilsausgleichung	3413

§ 63 Informationsbeschaffung und Zugang zu Beweismitteln

A. Einführung	3418
B. Akteneinsicht	3418
I. Allgemeines	3418
II. Einsicht des Geschädigten in die Verfahrensakten der Kommission	3419
III. Einsicht in Bußgeldakten des BKartA	3420
1. Rechtsgrundlage und Zuständigkeit	3420
2. Entscheidungen	3421
a) OLG Düsseldorf – Kaffeeröster	3421
b) EuGH – Pfeleiderer und Donau Chemie	3421
IV. Einsicht nach § 56 Abs. 3 bis 6 GWB in die Akten von Kartellverwaltungsverfahren	3422
V. Akteneinsicht nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG)	3423
C. Veröffentlichung von Entscheidungen	3423
I. Veröffentlichung von Entscheidungen der Kommission	3423
II. Veröffentlichung von Bußgeldentscheidungen des BKartA (§ 53 Abs. 5 GWB)	3423
D. Akteneinsicht im Zivilprozess	3424
I. Einsicht in die Prozessakten des Kartellzivilgerichts	3424
II. Akteneinsicht durch das Kartellzivilgericht	3424
E. Anordnung der Urkundenvorlegung nach § 142 ZPO	3425
F. Offenlegung von Beweismitteln (§§ 33g, 89b bis 89e GWB)	3426
I. Überblick	3426
II. Offenlegungs- und Auskunftsansprüche (§ 33g GWB)	3427
1. Offenlegungsanspruch des Geschädigten (§ 33g Abs. 1 GWB)	3427
a) Allgemeines	3427
b) Voraussetzungen	3428
aa) Anspruchsberechtigung	3428
bb) Anforderungen an den Parteivortrag zur Glaubhaftmachung	3428
c) Schuldner des Offenlegungsanspruchs	3429
d) Anspruchsinhalt	3429
e) Erforderlichkeit	3430
2. Anspruch des auf Schadensersatz oder Offenlegung in Anspruch Genommenen (§ 33g Abs. 2 GWB)	3431
3. Auskunftsanspruch (§ 33g Abs. 10 GWB)	3432
4. Einschränkungen	3432
a) Unverhältnismäßigkeit (§ 33g Abs. 3 GWB)	3432
b) Kronzeugenerklärung und Vergleichsausführungen (§ 33g Abs. 4 GWB)	3434
c) Kartellverfahrensrechtliche Dokumente (§ 33g Abs. 5 GWB)	3435
d) Weigerungsrecht Zeugnisverweigerungsberechtigter (§ 33g Abs. 6 GWB)	3435
5. Weitere Regelungen (§ 33g Abs. 7 bis 9 GWB)	3436
a) Aufwendungsersatz (§ 33g Abs. 7 GWB)	3436
b) Anspruch auf Schadensersatz (§ 33g Abs. 8 GWB)	3436
c) Beweisverwertungsverbot (§ 33g Abs. 9 GWB)	3436
III. § 89b GWB	3436
1. Überblick	3436
2. Zuständigkeitsfragen	3437
3. § 89b Abs. 1 und 2 GWB	3437

4. Entscheidung (§ 89b Abs. 3 GWB)	3438
a) Anwendungsbereich und Entscheidungsart	3438
b) Antragserfordernis	3438
c) Zwangsvollstreckung	3438
d) Stufenklage?	3439
5. Selbstständige Geltendmachung von Ansprüchen nach § 33g Abs. 1, 2 und 10 GWB	3439
a) Allgemeines	3439
b) Aussetzung des Schadensersatzprozesses (§ 89b Abs. 4 GWB) ...	3440
6. Einstweiliges Verfügungsverfahren (§ 89b Abs. 5 GWB)	3440
a) Grundlagen	3440
b) Verfügungsgrund	3440
c) Verfügungsanspruch	3440
7. Gerichtliches Freigabeverfahren (§ 89b Abs. 6 GWB)	3441
a) Allgemeines	3441
b) Einschränkung des Anwendungsbereichs	3441
c) Voraussetzungen	3441
d) Geschäftsgeheimnisse Dritter	3441
e) Selbstständiges Verfahren nach § 89b Abs	3441
f) Zuständigkeit	3442
8. Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen und sonstiger vertraulicher Informationen (§ 89b Abs. 7 GWB)	3442
a) Allgemeines	3442
b) Anwendungsbereich	3443
c) Gerichtliches Ermessen	3443
d) Maßnahmen	3443
aa) Düsseldorfer Verfahren	3444
bb) In camera-Verfahren	3444
cc) Geheimnisschutzmaßnahmen in der Vorlageanordnung nach § 89b Abs	3445
9. Gerichtliche Überprüfung von Ausschlussstatbeständen des § 33g Abs.	3445
10. Zwangsvollstreckung	3446
a) Allgemeines	3446
b) Vollstreckung der Herausgabe von bestimmaren Beweismitteln	3446
IV. Offenlegungsanordnungen gegenüber Dritten	3447
V. Informationsansprüche gegen Wettbewerbsbehörden (§ 89c GWB)	3447
1. Grundlagen	3447
2. Antragsberechtigung	3448
3. Gegenstand der Vorlagepflicht	3448
4. Verfahren	3449
a) Überblick	3449
b) Erste Stufe (§ 89c Abs. 1 GWB)	3449
aa) Antrag	3449
bb) Glaubhaftmachung und Subsidiarität	3449
cc) Verhältnismäßigkeit (§ 89c Abs. 3 GWB)	3449
dd) Ablehnungsrecht der Behörde	3450
ee) Entscheidung	3450
c) Zweite Stufe (§ 89c Abs. 2 GWB)	3450
aa) Erforderlichkeit	3451
bb) Verhältnismäßigkeit	3451
cc) Ermessen	3451
dd) Verfahren	3451

VI. Beweisregeln (§ 89d GWB)	3451
1. Allgemeines	3451
2. Beschränkungen	3451
a) Subjektive Beschränkung	3451
b) Kronzeugenerklärungen und Vergleichsausführungen	3452
c) Beweismittel iSd § 33g Abs.	3452
3. Konkurrenzen	3452
4. Rügeobliegenheit?	3453
VII. Gemeinsame Vorschriften für die §§ 33g und 89b bis 89d GWB (§ 89e GWB)	3453
1. § 89e Abs. 1 GWB	3453
2. § 89e Abs. 2 GWB	3453

§ 64 Kartellrecht und Schiedsverfahren

A. Überblick	3454
B. Schiedsvereinbarungen	3455
1. Allgemeines	3455
2. Schiedsfähigkeit des Kartellrechts	3455
3. Kartellrechtliche Ansprüche als Gegenstand von Schiedsvereinbarungen	3456
a) Allgemeines	3456
b) Auslegung	3456
c) Parteiwille	3457
d) Übertragbarkeit der EuGH-Rechtsprechung zu Gerichtsstandsvereinbarungen?	3457
4. Schiedsort	3458
a) Bestimmung des Schiedsortes	3458
b) Bedeutung des Schiedsortes	3459
5. Materielles Recht	3459
a) Rechtswahl	3459
b) Grenzen der Rechtswahl	3459
aa) Inland	3459
bb) Inlandsauswirkung	3460
6. Verstoß gegen das Kartellrecht	3460
C. Prüfung der Zulässigkeit des Schiedsverfahrens	3461
I. § 1032 ZPO	3461
1. § 1032 Abs. 1 ZPO	3461
2. § 1032 Abs. 2 ZPO	3461
3. § 1032 Abs. 3 ZPO	3461
II. § 1040 Abs. 3 ZPO	3461
D. Verfahren auf Aufhebung und Vollstreckbarerklärung	3462
I. Aufhebungsverfahren	3462
1. Aufhebungsgründe	3462
a) Allgemein	3462
b) Wirksamkeit der Schiedsvereinbarung	3462
c) „ordre public“	3463
d) EU-Kartellrecht	3463
2. Verfahren	3464
a) Antrag	3464
b) Sachliche Zuständigkeit	3464

c) Örtliche Zuständigkeit	3465
d) Entscheidung	3465
II. Vollstreckbarerklärung	3465
III. Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche	3465
Sachverzeichnis	3467

